

# Politische Berichte

## Zeitschrift für linke Politik

### In dieser Ausgabe



**2-3** | Konjunktur und Arbeitsmarkt – große Unsicherheit bei den Experten | Für Aufnahme von Flüchtlingen | EP-Resolution zur Rechtsstaatlichkeit in Polen | Abstimmungen Schweiz: Erwartetes und Unerwartetes

**4-7** | EU-Paket zu Corona-Hilfen | Regierung stellt Plan zur Wiederbelebung der spanischen Wirtschaft vor | dok: Europäische Kommission zum SURE-Programm vom 25.9.2020 | Blick auf das Reallabor Italien – hart umkämpfte Nutzung der EU-Fonds | Wie Frankreich die Krise bewältigen will | dok: France Relance

**8-9** | Aktionen – Initiativen – Thema: Pandemie-Gesetze und Verordnungen



**10** | ... wir berichteten: (Mit)regieren an der Weser | dok Petition: „Für die Würde unserer Städte“

Wanderungssalden der LINKEN bei den Kommunalwahlen 2014 und 2020 in Köln – Wahl des Rates



**11-13** | Kommunalwahlen NRW | Grüne im Aufschwung, CDU gefestigt. SPD und Linke sind Verlierer | Köln: Statt Schwarz-Grün – jetzt Grün-Schwarz? | Wahlanalyse kommunalpolitisches forum nrw (Auszug, vorab)

**14** | Kommunale Politik: Linke zur Klimapolitik

**16** | Covid-19-Pandemie: Arbeitsschutzaspekte



**17** | Warnstreiks für besseren Manteltarifvertrag ÖPNV und höhere Tarife im öffentlichen Dienst | Mehr Geld für Bauarbeiter – Wegezeit kommt

**18-20** | Perspektiven der EU-Außenpolitik | Die EU, internationale Konventionen und Organisationen | Die Akteur\*innen der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik

**20** | Rechte Provokationen – demokratische Antworten | Redaktionsnotizen

PB 6/2020 erscheint am 17. Dezember



**21-23** | Der Militarismus der AfD – Stärkung des Militärischen, Schwächung des Politischen

**24** | „Krieg im Pazifik“ unvermeidlich? Presseberichte – rls-Studie – Stimmen aus der VR China



**25** | Resonanz: „Lutherstadt Wittenberg; Judenhass – in Stein gemeißelt“ Wie weiter in der Berichterstattung?

**26** | Präsenz und Online – wie gehen unser Verein und Kooperationspartner mit der Situation um?

**27** | Covid-19 als Herausforderung linker Politik | Covid-19-Sterblichkeit | Einwurf: Wie gefährlich ist Covid-19 wirklich?



**30** | Schweiz 1820. Lesegesellschaften – Bildung und Weiterbildung für breite Volksschichten

**32** | Rezensionen: Zadoff: Geschichte Israels | Micha Brumlik: Antisemitismus. 100 Seiten.

Ausgabe Nr. 5 am 15. Oktober 2020, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

## Konjunktur und Arbeitsmarkt – große Unsicherheit bei den Experten

Alfred Küstler, Stuttgart. Stellvertretend drei Aussagen zur Wirtschaftsentwicklung und den Aussichten für den Arbeitsmarkt, alle gezeichnet von einem gewissen Optimismus, aber großer Unsicherheit.

**22.9.2020, ifo Konjunkturprognose Herbst 2020, deutsche Wirtschaft weiter auf Erholungskurs.** In Deutschland wird die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 5,2% niedriger sein als im Jahr 2019. Beim unterstellten Erholungstempo wird das Bruttoinlandsprodukt erst im vierten Quartal 2021 sein Vorkrisenniveau erreichen. Die Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate liegt dann im kommenden Jahr bei 5,1%. 2022 wird sich die Erholung fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt weiterhin überdurchschnittlich mit 1,7% zulegen.

Der gesamtwirtschaftliche Ausblick ist mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Zum einen nimmt das Infektionsgeschehen mit dem Coronavirus seit dem Sommer vielerorts wieder zu und in manchen Ländern wurden erneut Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass diese Maßnahmen regional und zeitlich begrenzt sein werden, so dass sich die Konjunktur wie skizziert nur langsam erholt. Ein erneuter Shutdown in Deutschland oder in einem der Partnerländer hätte das Potenzial, eine zweite Rezession auszulösen. Zum anderen wurden durch die Corona-Pandemie andere Krisenherde nicht entschärft. So wird für die Prognose unterstellt, dass ein harter Brexit oder eine Eskalation des US-Handelskrieges ausbleiben. Ungewiss ist weiterhin, mit welchen konjunkturellen Folgen der Strukturwandel in der deutschen Automobilindustrie eingesehen wird.

<https://www.ifo.de/ifo-konjunkturprognose/20200922>

**30.9.2020 Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktbericht September:** Der Einbruch im zweiten Quartal ist aber bei

weitem noch nicht wettgemacht. Zudem bergen die aktuell steigenden Corona-Infektionszahlen Risiken für die Binnen-nachfrage wie für den Außenhandel. Der Arbeitsmarkt steht weiter unter Druck, es zeigen sich aber leichte Zeichen der Besserung. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich stabilisiert, unterschreiten aber deutlich die Vorjahreswerte. Auch die gemeldete Nachfrage nach neuen Mitarbeitern hat sich gefangen, bleibt aber auf einem niedrigeren Niveau. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) sind im September im Zuge der einsetzenden Herbstbelebung kräftig gesunken. Auch saisonbereinigt waren Rückgänge zu verzeichnen. Der Einfluss der Corona-Krise zeigt sich aber weiterhin in einem deutlich höheren Niveau von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als im Vorjahr. Nach wie vor wird der Arbeitsmarkt durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit stabilisiert.

[https://www.arbeitsagentur.de/datei/arbeitsmarktbericht-september-2020\\_ba146655.pdf](https://www.arbeitsagentur.de/datei/arbeitsmarktbericht-september-2020_ba146655.pdf)

**14. September 2020: Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), Konjunkturprognose:** 1. Der private Konsum liegt in diesem Jahr 6 1/2 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Voraussichtlich werden viele Bundesbürger größere Anschaffungen, die sie eigentlich erst für 2021 geplant haben, vorziehen, um die Mehrwertsteuersenkung zu nutzen. Das wird zwar zu einem kleinen Einbruch im ersten Quartal 2021 führen. Im Jahresverlauf wächst der Konsum dann aber um knapp vier Prozent. 2. Unternehmen investieren in wirtschaftlichen Krisenzeiten typischerweise deutlich weniger – entsprechend schrumpfen die Investitionen in diesem Jahr um fast 20 Prozent. Stabilisiert sich die Weltwirtschaft weiter, ist aber auch hier Erholung in Sicht: Die IW-Konjekturexperten rechnen für 2021 mit einem Zuwachs von 12 1/2 Prozent. 3. Im ersten Halbjahr haben die Bundesbürger nicht mehr so kräftig gebaut. Kein Wunder: Kurzarbeit und Unsicherheit lassen viele von größeren Projekten

zurücktreten. Dennoch wird bei Bauvorhaben im laufenden Jahr ein Wachstum von zwei Prozent erreicht, für 2021 sind noch 1 1/2 Prozent realistisch. 4. Die Pandemie hat die Weltwirtschaft und damit auch den deutschen Außenhandel stark beeinträchtigt, die Exporte liegen im Jahresdurchschnitt 13 3/4 Prozent unter den Werten des Vorjahrs. 2021 wachsen sie um 9 1/2 Prozent. Die Importe sinken in diesem Jahr um 9 3/4 Prozent und steigen im kommenden Jahr um 9 1/2 Prozent. 5. Die Pandemie trifft den deutschen Arbeitsmarkt mit deutlich mehr Wucht als die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Zwar sorgt die Kurzarbeit dafür, dass Unternehmen nicht allzu viele Mitarbeiter entlassen müssen – dennoch sinkt die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um 350 000.

<https://www.iwkoeln.de/presse/pressemittelungen/beitrag/michael-groemling-wirtschaftsleistung-sinkt-um-6-14-prozent.html>

## Für Aufnahme von Flüchtlingen

Christiane Schneider, Hamburg. Wie in vielen anderen Städten gingen nach dem Brand, der das völlig überfüllte Lager in Moria/Lesbos zerstörte, auch in Hamburg Tausende Menschen auf die Straße, um ihrer Forderung nach schneller Aufnahme der Geflüchteten Nachdruck



zu verleihen (Bild 1). Einige Bundesländer und zahlreiche Städte erklärten ihre Aufnahmefähigkeit; Umfragen ergaben eine unerwartet große Zustimmung in der Bevölkerung. Die EU und die Regierungen ihrer Mitgliedsländer

### Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK  
- ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:  
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), alfred.kuestler@gnn-verlage.com; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.

Aktionen - Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich),

t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Rüdiger Lötzter, ruediger@loetzter.com; Johann Witte, johann-first@web.de.

Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), rgehring@efbh.be; Eva Detscher, eva.detscher@web.de; Thilo Janssen

Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (rst, verantwortlich), rosemarie.steffens@web.de; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de

Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), foehlernmuennen@gmail.de.

Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.

detscher@web.de; Rolf Gehring, rgehring@efbh.be;

Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.

kuestler@gnn-verlage.com; Martin Fochler, foehlernmuennen@gmail.de.

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@web.de

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 €, Ausland: 48 €, Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, stuttgart@gnn-verlage.com

jedoch verweigerten eine der Not angemessene Hilfe. Die EU-Kommission arbeitete stattdessen Vorschläge aus, die die rigorose Abschiebung von Geflüchteten endgültig zur zentralen Aufgabe europäischer Flüchtlingspolitik beinhalteten. – Am 18.9. scheiterte im Bundesrat der Antrag von Berlin und Thüringen auf Änderung des Artikel 23a AufenthG: Danach sollten zukünftig Bundesländer Landesaufnahmeprogramme ohne die bisher notwendige Zustimmung des Bun-



desinnenministers beschließen können. (Bild 2) Die Grüne Jugend Hamburg hatte zu einer Kundgebung in Rathausnähe aufgerufen und den Senat aufgefordert, den Antrag zu unterstützen. Der jedoch enthielt sich.

Regierungsparteien aus Thüringen, Berlin und Bremen – Grüne, Linke und SPD – fordern jetzt Seehofer in einer gemeinsamen Stellungnahme auf, aufnahmebereiten Bundesländern zu ermöglichen, eigene Landesprogramme aufzulegen und Schutzsuchende aufzunehmen. Andernfalls wollen sie klagen.

### EP-Resolution zur Rechtsstaatlichkeit in Polen

Jakub Kus, Warschau. Am 17. September nahm das Europäische Parlament eine Entschließung (P9\_TA-PROV 2020/0225) zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Feststellung der Gefahr eines schwerwiegenden Verstoßes der Republik Polen gegen die Rechtsstaatlichkeit an, die zehnte Entschließung zur Rechtsstaatlichkeit in Polen seit 2016. In der Entschließung, die keine Rechtskraft hat, heißt es, die Bedenken des Parlaments beziehen sich auf: das Funktionieren des Gesetzgebungs- und Wahlsystems, die Unabhängigkeit der Justiz, die Rechte auf Schutz der Grundrechte, einschließlich der Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten.

Die Resolution wurde von der Mehrheit der polnischen Abgeordneten der Opposition unterstützt. Die Reaktion auf diese Entschließung in Polen war ernüchternd sowohl auf Seiten der Regierung

als auch der Opposition. Einer der „Falken“ der Regierung, Justizminister Zbigniew Ziobro, sagte: „Lassen Sie uns alles tun, damit Polen und andere EU-Länder sich nicht darauf einigen, EU-Mittel mit Rechtsstaatlichkeit zu verknüpfen“, und drohte mit „Widerstand gegen Versuche (...), uns zum Beispiel zu zwingen, die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare anzuerkennen“. Ausschluss von EU-Mitteln ist das einzige, was die polnische rechte Regierung im Zusammenhang mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit befürchtet. Die neoliberalen und linke Opposition hat dieses Ereignis praktisch ignoriert, abgesehen von kurzen Aussagen und Kommentaren auf Twitter.

In den sozialen Medien blieb das Thema ebenfalls fast unbemerkt – warum? Die Unabhängigkeit des polnischen Justizsystems ist in der Tat nur für bestimmte soziale Gruppen von Interesse, auch weil es bereits nicht gut funktionierte, bevor der rechte Flügel seine Unabhängigkeit angriff. Die Verteidigung der Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten auf Seiten der liberalen Opposition bleibt deklarativ, und die neoliberalismus-kritischen Meinungen der Linken fehlen in den offiziellen Medien praktisch. Die Regierung und die Mehrheit der Öffentlichkeit (einschließlich der Opposition) sind der Ansicht, dass die Stellungnahmen des Europaparlaments nicht von großer Bedeutung sind, und stellen nicht ohne Grund fest, dass die Europäische Kommission in dieser Angelegenheit letztlich nicht energisch handelt. Am 30. September hatte die Europäische Kommission auch erstmals nationale Berichte über den Stand der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedsstaaten vorgelegt. Dies ließ die polnische Regierung zu dem Schluss kommen, dass es in vielen Ländern Verstöße gab, sich die EU-Institutionen allerdings nur um Polen und Ungarn „kümmerten“.

Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung, Rolf Gehring

### Abstimmungen Schweiz: Erwartetes und Unerwartetes

Alfred Küstler, Stuttgart. Am 27. September hatte das Schweizer Stimmvolk gleich fünf Themen zur Abstimmung; die Abstimmung im Mai war wegen Corona abgesagt gewesen. Mit 61,7 Prozent Nein scheiterte erwartungsgemäß die Initiative der Schweizer Volkspartei (SVP) gegen das EU-Abkommen zur Personenfreizügigkeit deutlich. Viele befürchteten, dass dann auch andere Verträge mit der EU im Bereich Handel und Wissenschaft sofort hinfällig würden; außerdem hat sich die Stimmung bei der Zuwanderung gegen

die nationalistische SVP gedreht. Jetzt muss die Schweiz die Verhandlungen mit der EU um ein sogenanntes Rahmenabkommen zu Ende bringen. Die EU verlangt, dass der Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt mit einem institutionellen Rahmen geregelt wird und nicht in jedem Einzelfall. Strittig ist jetzt noch der „Lohnschutz“ und das Streitschlichtungsverfahren. Vermutlich wird auch das noch einmal vors Volk kommen.

Mit dem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub zieht die Schweiz nach mit den in anderen europäischen Ländern vorhandenen Regelungen, 60,3% stimmten dafür, auch das war erwartet worden. Höhere Kinderfreibeträge bei der Steuer, die die Regierung für den Betreuungsaufwand gewähren wollte, scheiterten mit 63,2% Nein, weil die linken Parteien (SP und Grüne) mit dem Argument überzeugten, das komme vor allem den Besserverdienenden zu gute. In der Höhe war das Nein nicht erwartet worden.

Das neue Jagdgesetz, das es den Kantonen erlaubt hätte, bei einer Gefährdung von Schafherden (und inzwischen auch zunehmend Kälbern) durch den Wolf, diesen leichter abzuschließen, scheiterte mit 51,9%, es stimmten die urbanen Regionen gegen die Berggebiete. Es war übrigens das Thema bei den fünf Abstimmungen, bei dem die meisten Werbeanzeigen und Plakate geschaltet wurden (538 Contra- und 108 Ja-Inserate; zum Vergleich Begrenzungsinitiative: 118 pro und 279 contra). Die Umfragen hatten ein knappes Ja erwarten lassen.

Ein hauchdünnes Ja mit 50,1% gab es für die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge; die Umfragen sagten eine höhere Zustimmung voraus. Die Befürworter wiesen darauf hin, dass die jetzigen Flugzeuge ab 2030 nicht mehr fliegen können, dass die Schweiz aber in der Lage sein müsse, ihren Luftraum zu kontrollieren und das nicht an die Nato abschieben könne. Die Gegner sind zum Teil grundsätzlich für eine Schweiz ohne Armee, zum Teil hielten sie die Luftwaffe für weniger wichtig als Kampffähigkeit im Bereich Kriegsführung über Internet oder hielten 6 Milliarden Franken für zu viel.

Am 29. November stehen zwei Abstimmungen an: die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative (Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards durch Schweizer Unternehmen auch im Ausland), die Regierung empfiehlt eine Ablehnung (im Parlament 108 Nein, 88 Ja und 2 Enthaltungen). Der Ausgang ist ungewiss: vor allem die Kirchen werben massiv für eine Zustimmung. Die zweite Abstimmung betrifft ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Auch hier will die Regierung ein Nein (Parlament: 125 Nein und 72 Ja).

# EU: Einigung über Corona-Hilfen und Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 – unterschiedliche Bedingungen der Umsetzung in den Mitgliedsländern

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

In den Sommermonaten hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf Corona-Hilfen und einen neuen EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 geeinigt. Damit wurde das bisher größte Finanz- und Haushaltspaket in der Geschichte der EU beschlossen. Es umfasst 1 800 Milliarden Euro, wovon 1 074 Milliarden Euro für den nächsten siebenjährigen Haushaltsumfang und 750 Milliarden Euro für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Folgen der Corona-Pandemie-Krise vorgesehen sind.

Auf seiner Plenartagung vom September hat das Europaparlament beschlossen, die Europäische Kommission zu beauftragen, auf den Finanzmärkten 750 Milliarden Euro für den Aufbauplan „EU der nächsten Generation“ („Next Generation EU“) aufzunehmen. Diese 750 Milliarden Euro Sondermittel teilen sich wie folgt: 390 Milliarden als Zuschüsse für Staaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, 360 Milliarden,

die als Kredite vergeben werden.

Dieses Ergebnis ist ein Kompromiss insbesondere zwischen den Vorschlägen Deutschlands, Frankreichs und der Kommissionspräsidentin von der Leyen und den vier Staaten Österreich, Niederlanden, Dänemark und Schweden, den selbsternannten „sparsamen Vier“. Nach den ersten Vorschlägen sollten EU 500 Milliarden als Zuschüsse und 250 als Kredite vergeben werden.

Eine Voraussetzung für die Freigabe der Mittel ist, dass auch Finanzmittel für Klimaschutz- und Digitalisierungs-Projekte eingesetzt werden. Die EU-Regierungen müssen die Kommissionsscheidung dann mit qualifizierter Mehrheit bestätigen.

Die Entscheidungen signalisieren einen Paradigmawechsel in der EU-Finanzpolitik. Hatten sich bisher mehrere Staaten, allen voran Deutschland, strikt gegen jede Art von gemeinsam zu tilgenden Anleihen (Euro-Bonds, Corona-Bonds) gewehrt, so werden jetzt erstmals im Namen der EU Schulden aufgenommen. Die Finanzmittel werden „umverteilt“

und dann gemeinsam über Jahrzehnte getilgt.

Die selbsternannten „sparsamen Vier“ mussten der Schuldenufnahme zustimmen, aber sie haben erreicht, dass die Zuschüsse in den Sondermitteln gesenkt und der Kreditanteil erhöht wurde. Deutschland soll aus dem Gesamtpaket 1,3 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für den Aufbau in den neuen Bundesländern und für Entwicklung im ländlichen Raum erhalten.

In einer Kompromissformel, die alle 27 Länder annahmen, wurde die Mittelvergabe an Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Empfängerländern gebunden. Sowohl darum wie um die konkreten Konditionen der Zuschüsse sind weitere Auseinandersetzungen zu erwarten.

Vor allem aber sind die Bedingungen, wie die EU-Länder sowohl von der Pandemie wie von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Gegenmaßnahmen betroffen sind, in hohem Maße unterschiedlich.

Quellen: Pressemitteilungen Kommission und Europaparlament

## Regierung stellt Plan zur Wiederbelebung der spanischen Wirtschaft vor

CLAUS SEITZ, SAN SEBASTIÁN

Am 7. Oktober hat die spanische Regierung in einer Online-Konferenz mit Botschaftern der europäischen Mitgliedsländer, mit Vertretern der spanischen autonomen Regionen und von Unternehmen und Gewerkschaften den ersten Aufschlag gemacht und die Hauptlinien ihres Plans zur Wiederbelebung der spanischen Wirtschaft vorgestellt. Von den 140 Milliarden Euro, die das Land 2021 bis 2026 aus den europäischen Fonds erhalten soll, sollen 72 Milliarden in den ersten drei Jahren (2021–2023) investiert werden, 59 Milliarden Euro aus dem Plan „Recuperación y resiliencia“ (Wiederaufbau und eine widerstandsfähigere Union) und 12,4 Milliarden Euro aus dem Plan „React-EU“ (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas).

Zu einer großangelegten, tiefgehenden

Modernisierung der spanischen Wirtschaft, die die Lücke zu anderen europäischen Ländern um zwei Drittel schließt, und zur Förderung des Wirtschaftswachstums sollen die Fonds-Mittel vor allem in die Bereiche Klimawandel und Umwelt (37 %) und digitaler Wandel (33 %) fließen, sowie in Maßnahmen für die Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts und für die Gleichstellung der Geschlechter. (Siehe Kasten.)

Im Staatshaushalt 2021 werden die ersten 26,64 Milliarden Euro dafür vorgesehen, die, bis sie tatsächlich von der EU überwiesen werden, über Schuldenufnahmen vorfinanziert werden sollen.

Die Steuerung der Investitionsprogramme soll über eine innerministerielle Kommission unter Vorsitz von Sanchez und eine sektorale Konferenz mit Verantwortlichen der autonomen Regionen unter Leitung der Finanzministerin erfolgen. Eine Co-Verwaltung der Programme zusammen mit den autonomen Regionen und den Gemeinden, bei denen ein Großteil der Kompetenzen bei der Umsetzung liegt, soll entwickelt werden. Am 26. Oktober wird unter Anwesenheit der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen der Regierungsplan mit den Präsidenten der autonomen Regionen beraten werden.

Daneben plant die Regierung eine Gesetzesreform zur Beschleunigung der Verteilung der Fondsmitte und ihrer effektiven Verwendung. Ministerpräsident Sanchez: „Wir können uns nicht erlauben, dass die Bürokratie die wirtschaftliche Erholung und die Modernisierung, die unser Land fordert und braucht, behindert.“

Unternehmen, Vertreter der Sozialgesellschaft und des akademischen Bereichs forderte Sanchez auf, sich einzumischen. Zusätzlich zu den öffentlichen Investitionen werde der Schwung privater Investitionen benötigt. Auf Basis der europäischen Hilfen sollen über Finanzierungsinstrumente und öffentlich-private Zusammenarbeit 500 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Dialogforen auf hohem Niveau zu verschiedenen Themen sollen geschaffen werden: Wissenschaft und Innovation, Digitalisierung, Energie, Wasser, Mobilität, Industrie, Tourismus, Demographie, Kultur und Sport.

Mit Hilfe der europäischen Mittel soll 2021 das spanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um zusätzliche 2,6 Prozent auf 9,8 % gesteigert werden und 800 000 zusätzliche Arbeitsplätze sollen entstehen. Ein sehr starker Impuls, der auf dem Kalkül der Regierung basiert, dass jeder investierte Euro mit einem Wachs-



Präsentation des Regierungsplans durch die vier Vize-Ministerpräsidenten

tum von 1,2 Euro zurückwirken wird. Verschiedene Experten werten dies „als hochgestecktes Ziel“, für dessen Erreichen bestimmte Umstände gegeben sein müssten, z.B. dass die Projekte tatsächlich eine so hohe Wirksamkeit entfalten, wie von der Regierung erwartet wird, oder dass Spanien sich in die Lage versetzt, auch so rasch und effektiv investieren zu können.

Unsicherheit und Zweifel bestehen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Corona-Virus-Pandemie und ihrer Auswirkungen. Mit Spannung schaut man auf die Verhandlungen der definitiven Verträge für den europäischen Wiederaufbaufonds.

Im Vorfeld der Konferenz hatte die Regierung die Grenze für die öffentlichen Ausgaben im Jahr 2020 auf 196,1 Milliarden Euro angehoben. Gegenüber dem Planungsstand vor Ausbruch der Pandemie bedeutet dies eine Erhöhung um 53 %. Den autonomen Regionen wurde das mögliche Defizit von 0,1 % (vor Beginn der Pandemie vereinbart) auf 2,2 % des BIP (nicht verpflichtend, sondern zur Orientierung) angehoben.

Es wird damit gerechnet, dass der großzügige Rahmen für die öffentlichen Ausgaben Hindernisse für die Zustimmung des Staatshaushalts 2021 im Parlament beseitigt.

Die Aufhebung der Fiskalregeln und die europäischen Hilfen wirken wie ein Sauerstoffballon auf die Absicht der Regierung, eine expansive Politik durchzu-

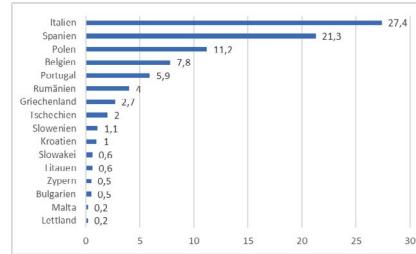
## DOK: Europäische Kommission zum SURE-Programm vom 25.9.2020

rog. Die Kommission begrüßt die Entscheidung, 16 Mitgliedstaaten im Rahmen von SURE eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 87,4 Mrd. Euro zu gewähren

Die Europäische Kommission begrüßt die Zustimmung des Rates, 16 Mitgliedstaaten im Rahmen des SURE-Instruments finanzielle Unterstützung in Höhe von 87,4 Mrd. Euro zu gewähren, um zum Schutz von Arbeitsplätzen und Erwerbstätigen beizutragen. Finanzielle Unterstützung wird in Form von Darlehen gewährt, die den Mitgliedstaaten zu günstigen Konditionen von der EU gewährt werden. Die Auszahlungen an die Mitgliedstaaten werden voraussichtlich in den kommenden Wochen beginnen. Diese Darlehen werden den Mitgliedstaaten dabei helfen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu bewältigen, um die Beschäftigung im Kontext der Pandemiekrisen zu erhalten. Insbesondere werden sie den Mitgliedstaaten helfen, die Kosten zu decken, die in direktem Zusammenhang mit der Finanzierung nationaler Kurzarbeitsprogramme stehen, sowie weitere ähnliche Maßnahmen, die sie als Reaktion auf die Pandemie insbesondere für Selbstständige

ergriffen haben. SURE könnte auch gesundheitsbezogene Maßnahmen finanzieren, insbesondere am Arbeitsplatz, um eine sichere Rückkehr zur normalen Wirtschaftstätigkeit zu gewährleisten. Die Entscheidungen folgen den im August vorgelegten Unterstützungsvorschlägen der Kommission und der Aktivierung des Instruments in der vergangenen Woche. Die Mitgliedstaaten können weiterhin formelle Anträge auf Unterstützung im Rahmen von SURE stellen, das insgesamt über eine Finanzkraft von bis zu 100 Mrd. Euro verfügt, um zum Schutz der von der Pandemie betroffenen Arbeitsplätze und Arbeitnehmer beizutragen. SURE = Support mitigating Unemployment Risks in Emergency, vorübergehende Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Ausnahmesituationen

Abb. 1: Höhe der SURE-Darlehen, die einzelne Mitgliedstaaten gemäß Kommissionsvorschlag erhalten sollen (in Mrd. Euro)<sup>17</sup>



führen. Die Abschaffung der Ausgabendeckelung wird die Bürgermeister der großen Städte besänftigen und einige

potentielle Alliierte (wie die baskischen PNV und die katalanische ERC) zufrieden stellen.

## Info: Wofür will die spanische Regierung die Fondsmittel verwenden?

### Klimawandel und Umwelt

Die quantitativen Ziele des spanischen Nationalen Integrationsplans für Energie und Chemie sollen um 40 % schneller erreicht werden:

- Ausbau der Wind- und Solarenergie, der Photovoltaik. Errichtung von 100 000 Ladestellen für Elektrofahrzeuge. Bis 2023 sollen 250 000 neue Elektrofahrzeuge verkehren.
- Mehr als eine halbe Million von Wohnungen sollen energetisch renoviert werden.
- 2 Milliarden Euro sind vorgesehen für die integrierte Verwaltung der Küsten, für Wasserressourcen und für die Restaurierung von 3 000 Flusskilometern.

### Digitaler Wandel

- In Übereinstimmung mit der europäischen Digitalstrategie und mit der spanischen Digitalagenda 2025 sollen 80 % der Spanier eine Ausbildung in digitaler Kompetenz erhalten.
- 75 % der Bevölkerung sollen über 5 G-Netzdeckung verfügen, alle über einen schnellen Internetanschluss. 150 000

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sollen in Telearbeit (Homeoffice) ausgebildet werden. Digitalisierungsprogramme für 2,5 Millionen kleine und mittlere Firmen sollen aufgelegt werden.

### Weitere Bereiche

- Schaffung von mehr als 65 000 Kinderkrippenplätzen für Kinder von null bis drei Jahren.
- Schaffung von 1.460 Begleitungs- und Orientierungseinheiten für schutzbefürftige Schüler. Besondere Erziehungsprogramme für 3 000 auf bestimmte Erziehungsprobleme spezialisierte Zentren.
- Finanzierung von 250 000 elektronischen Geräten mit Internetverbindung zur häuslichen Benutzung.
- Schaffung von interaktiven digitalen Kursräumen in 19 000 Erziehungszentren.
- Schaffung von 200 000 neuen beruflichen Ausbildungsplätzen in vier Jahren. Ausdehnung der Berufsausbildung auf 3 000 Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern.

- Rehabilitierung und Anpassung der Infrastruktur von Wohnheimen zur Verbesserung der Betreuung von 75 000 behinderten Personen.
- Erleichterung des Zugangs zu Fernbetreuungsdiensten für 870 000 Personen, die in ihren eigenen Wohnungen leben.

Die gesamten 140 Milliarden Euro sollen in folgende zehn Hauptbereiche fließen:

- Erziehung und Berufsausbildung 18 %
- Modernisierung und Digitalisierung des produktiven Bereichs 17 %
- Wissenschaft, Innovation und Stärkung des nationalen Gesundheitssystems 17 %
- Städtische und ländliche Agenda 16 %
- Infrastruktur und widerstandsfähige Ökosysteme 12 %
- Energetischer Wandel 9 %
- Pflege und Beschäftigungspolitik 6 %
- Modernisierung der öffentlichen Verwaltung 5 %
- Kultur, Sport und Modernisierung des Steuerwesens 1 %

# Blick auf das Reallabor Italien – hart umkämpfte Nutzung der EU-Fonds

PAOLA GIACULLI, BERLIN

In Italien wie in anderen Ländern herrscht wieder große Sorge über das erneut schnelle Verbreiten des Corona-Virus. Das könnte zu neuen großen Beschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft führen. Ein neues Dekret soll Massenversammlungen und Feiern verbieten und Sperrstunden für Bars und Restaurants einführen. Die Menschen haben auch in Italien die Executive unterstützt und sich im Grunde an die aufgezwungenen harten Regeln des zwei Monate langen Lockdown gehalten. Die Auflagen sind weiterhin hoch, aber die Gefahr lauert auch hier bei großen Zusammenkünften und Feiern. Jetzt gilt Maskenpflicht in ganz Italien auch im Freien.

## Krise der Fünf-Sterne

Die zentrale Regierung der Fünf-Sterne und der Sozialdemokraten (PD) kann im Grunde eine positive Bilanz aus den Regional- und Kommunalwahlen vom 20. und 21. September ziehen. In der Toskana, Apulien und Kampanien wurden die Mitte-Links-Regierungen (ohne Fünf-Sterne) wiedergewählt. Die populistische Lega ist geschwächt worden, aber sie verlor an die rechte Partei der Fratelli d'Italia (FdI). Salvini's Führung wird in der Partei zu Gunsten eines „gemäßigeren“ Kurses infrage gestellt.

Andererseits herrscht große Ungewissheit über den Kurs der früher stärksten Partei Fünf-Sterne (mit 32,7 bei der Parlamentswahl von 2018), die auch diesmal heftige Verluste erlitt und in eine tiefe Identitätskrise gestürzt ist. Die Führung ist vakant und die politische Linie ein Rätsel. In zweieinhalb Jahren hat sie fast die Hälfte ihrer Stimmen verloren und ist von Lega (bei 23 bis 24 Prozent noch stärkste Partei), PD (19–20 Prozent) und, in einer letzten Umfrage selbst von FdI (bei 16 Prozent) überholt worden. Ein Teil ihrer Wählerschaft ist zum rechten Lager übergetreten, während sich viele der linksorientierten Wähler\_innen entweder enthielten oder insbesondere diesmal die PD wählten, um die Lega zu verhindern. Gegen eine Empfehlung, lokale Bündnisse mit der PD zu schmieden, wehrten sich viele der Fünf-Sterne vor Ort. Die Bilanz ist hier differenziert. In Ligurien verlor der gemeinsame Kandidat gegen Mitte-Rechts, und dieses Bündnis kann die Region weiter regieren. Auf kommunaler Ebene wurde der Fünf-Sterne-Kandidat zum Beispiel im südlichen Matera, der auch von linken Listen unterstützt wurde, mit 67 Prozent gewählt.

Die Krise der Fünf-Sterne könnte ein ernster Instabilitätsfaktor für die Regierung werden, die außerdem die innere Kritik von der PD-Abpaltung Italia Viva, die Formation Renzis, aushalten muss. Die ernüchternden Wahlergebnisse dürften aber Renzis Ambitionen gedämpft haben, denn selbst in seiner Heimat Toskana erreichte Italia Viva nur 4,5 Prozent. Allerdings in einer weiter wegen Corona ungewissen Lage scheint es eher wahrscheinlich, dass die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleibt.

Trotz Wahlmisserfolg trösteten sich die Fünf-Sterne offiziell mit dem Ergebnis eines Referendums, demzufolge die Zahl der Abgeordneten um ein Drittel reduziert wurde (ca. 70 Prozent Ja). Der von den Fünf-Sternen initiierten Reform hatte die PD wegen des Koalitionspaktes im Parlament zugestimmt. Dabei wurde versprochen, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, um die negativen Auswirkungen der Reform auf die Repräsentativität zu korrigieren. Dies steht noch aus. Sowohl das Referendum als auch die für den Frühling geplanten Regionalwahlen in sieben Regionen waren wegen der Corona-Pandemie verschoben worden.

Wie auch auf globaler Ebene ist dies die größte Ungewissheit für das Land, das von Anfang an für eine gemeinsame Lösung bzw. Schuldenaufnahme in Europa zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen vehement plädiert hat. Obwohl die beschlossenen Aufbaufonds (750 Milliarden Euro) für Zuschüsse und Kredite aufgrund des Widerstandes der „geizigen“ Vier (Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden) nur 390 Milliarden Euro (statt der vorgeschlagenen 500) an Zuschüssen vorsieht, stellte Ministerpräsident Giuseppe Conte die Beschlüsse des Juli-Sondergipfels des Europäischen Rates als einen Erfolg für Italien dar. Da sei verhindert worden, hieß es, dass die Mitgliedsstaaten ein Veto gegen die nationalen Aufbaupläne einlegen können, die unter Beachtung bestimmter Ziele vorzulegen sind, um die Hilfsmaßnahmen abzurufen. Die Bereitstellung dieser Hilfen, die äußerst notwendig für die durch die Pandemie besonders betroffenen Länder wie Italien sind, zieht sich. Dazu braucht es die Zustimmung des Europaparlaments über den mit den Aufbaufonds verknüpften mehrjährigen Finanzrahmen, und die Ratifizierung der nationalen Parlamente. Italien hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bzw. Frau Merkel aufgefordert, bei den Verhandlungen mit dem Europaparlament zu vermitteln, das u.a. eine Aufstockung

der gekürzten Programme und einen effektiven Schutz gegen Rechtstaatsverletzungen fordert. Das Ringen hält weiter an (Stand 10. Oktober).

Inzwischen bereitet die italienische Regierung ihre Aufbaupläne vor. Vom EU-Paket SURE sollen 27,4 Milliarden ab dem 15. Oktober Ausgaben für Kurzarbeitergelder ausgleichen. Ungewiss ist es noch aufgrund des Widerstandes der Fünf-Sterne, ob die ESM-Kredite, die einen schlechten Ruf wegen der aufgezwungenen Auflagen im Fall Griechenlands haben, abgerufen werden sollen. Insgesamt (MFR + Aufbaufonds) wird Italien über ca. 209 Milliarden (127 an Darlehen, 81 als Zuschüsse) verfügen können, insbesondere für den digitalen und grünen Übergang 65,4 Milliarden (Anmerkung: die 209 Milliarden sind natürlich für den Rahmen 2021–2026 zu verstehen – so wie der MFR es vorsieht – sieben Jahre – und mit dem Aufbaufonds verknüpft, was eine bedenkliche Operation ist, da die Fonds hin und her geschoben werden und im MFR selbst sogar für Gesundheit, Forschung und Bildung gekürzt wurden, wogegen sich das Europaparlament zu Recht auflehnt.) Eines der angekündigten Vorhaben ist die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs, um die massive Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Angesichts der verheerenden Bodenerosion, der Vernachlässigung von ländlichen und städtischen Gebieten und der Betonierung, die aufgrund des Klimawandels eine immerwährende Gefahr für das Leben der Menschen und die Wirtschaft sind, wäre es dringend notwendig, hier zu investieren. Aber die dazu bereitgestellten Fonds wurden seit 2010 nur zu 26 Prozent (1,5 Milliarden von 5,8 Milliarden Euro) von den Regionen ausgeschöpft. Auf Druck der Unternehmer, deren Verein Confindustria eine besonders aggressive Politik betreibt, sollen aber umstrittene Großbauprojekte wie ein umweltschädliches, obsoletes Tunnelprojekt in den Alpen für die Bahnstrecke Turin-Lyon in die Liste der Infrastrukturvorhaben aufgenommen werden, die auch durch die EU-Fonds zu finanzieren sind.

In einem jüngsten Interview (FAZ, 8. Oktober) erwähnt Ministerpräsident Conte Investitionen auch für umstrittene Infrastrukturen wie Flughäfen. Aber ausgerechnet diese werden am wenigstens gebraucht. Überall ist der Luftverkehr wegen der Pandemie fast zum Erliegen gekommen, und Italien ist keine Ausnahme. Außerdem trägt dies sicherlich nicht zu einer grünen Transformation bei. Dringende Lösungen werden für einen lebenswichtigen Bereich wie

den Tourismus erarbeitet. In Florenz und Rom wurden 70 Prozent der während des Lockdowns geschlossenen Hotels nicht wiedereröffnet. Durch die Bereitstellung eines Fonds der Cassa dei Prestiti e Depositi, eine Art KfW, soll verhindert werden, dass ausländische Investoren systematisch Hotels übernehmen oder diese in den Händen der organisierten Kriminalität landen. Gerade davor warnen die Staatsanwaltschaften: Der Tourismus

mit 13 Prozent des Bruttoinlandprodukts und 15 Prozent der Beschäftigten stellt eine Goldgrube für illegale Aktivitäten dar.

Angesichts der schwierigen Lage greifen die Industrieunternehmer (Confidustria), die vom Kurzarbeitergeld profitieren, insbesondere die Zuschusspolitik der Regierung an. Die Corona-Hilfsmaßnahmen belaufen sich auf insgesamt 100 Milliarden Euro. Im dritten Quartal ist

die Produktion im Vergleich zum zweiten Quartal um 34,6 Prozent gestiegen. Im August ist sie dennoch im Jahresvergleich um 0,3 Prozent gesunken. Beim aktuellen Trend könnte der Stand vom vierten Quartal 2019 nach einer Prognose des Finanzministeriums erst im dritten Quartal 2022 wieder erreicht wird, wenn die Infektionen des Coronavirus durch einen Impfstoff ab dem zweiten Quartal 2021 eingedämmt werden können.

## Wie Frankreich die Krise bewältigen will

MATTHIAS PAYKOWSKI KARLSRUHE

Das hundert Milliarden Euro umfassende Programm „France Relance“ (Aufschwung für Frankreich) wird von der französischen Regierung als „beispielloser Plan zum Wiederaufbau“ bezeichnet. 40 Milliarden Euro davon sind aus dem EU-Fonds vorgesehen. Der Plan wurde Anfang September vorgestellt, die Größenordnung entspricht etwa einem Drittel des französischen Staatshaushalts.

Drei Säulen, „Herzstück“ des Programms, formulieren die Ansprüche: „1. Den ökologischen Wandel beschleunigen“ (30 Milliarden Euro). „2. Unsere Wirtschaft souveräner und wettbewerbsfähiger machen“ (34 Milliarden Euro). Und „3. Der soziale und territoriale Zusammenhalt in den Diensten von Beschäftigung und Kompetenzen“ (35 Milliarden Euro).

Zum im Frühjahr aufgelegten Corona-Hilfspaket von 460 Milliarden Euro (!) sind weitere 70 Projekte als förderungs-

würdig befunden. Investiert werden soll in Zukunftstechnologien und -kompetenzen, in Stärkung des „Wachstumsvermögen Frankreichs“ sowie den Umbau der Wirtschaft (Stichwort Digitalisierung). Adressaten der drei Säulen sind: 1. Transport, Wohnen, Energie, Landwirtschaft. 2. die französischen Unternehmen und 3. Arbeitsmarkt und Bildung (Siehe auch Kasten).

Die Wette, die Präsident Macron und die französische Regierung eingehen, ist, dass die Maßnahmen nicht nur die Verwerfungen der Corona-Krise mildern und auffangen, sondern auch einen zukunftssichernden Umbau der Gesellschaft befördern, sowie dazu beitragen, dass Wirtschaft und Konjunktur wieder anspringen.

Die Maßnahmen sind überwiegend auf 2022 und 2023 terminiert. Etliches geht darüber hinaus: Bis 2030 stehen z.B. sieben Milliarden Euro allein für die Entwicklung der Wasserstofftechnologie bereit. Für Flugzeugbau, Automobilin-

dustrie und Tourismus wird es weiter staatliche Unterstützung geben. Der Arbeitsmarkt wird durch finanzielle Mittel für die Unternehmen und die Kurzarbeitsregelungen gestützt. So ist Kritik aus den Gewerkschaften auch eher verhalten. Die Gewerkschaft CFDT merkt an, dass bei allen Maßnahmen, die vor allem auf die Wirtschaft zielen, die Ärmsten der Armen der französischen Gesellschaft nicht vergessen werden dürfen!

Nicht wirklich überraschend: Die Idee vom „Aufbau der industriellen Souveränität“ ist für die französische Gesellschaft nicht ganz neu. „Relokalisierung in strategischen Sektoren“ meint aktuell Gesundheit, bestimmte industrielle Vorstoffe, Elektronik, 5G sowie Nahrungsmittel. Das bleibt hoffentlich nicht die einzige Antwort auf die dramatische Erfahrung mit nicht- bzw. nicht ausreichend vorhandenen Schutzmasken.

Quellenhinweis: [https://www.economie.gouv.fr/files/files/directions\\_services/plan-de-relance/annexe-fiche-mesures.pdf](https://www.economie.gouv.fr/files/files/directions_services/plan-de-relance/annexe-fiche-mesures.pdf) (in franz. Sprache)

### DOK: France Relance

#### 1. Den ökologischen Wandel beschleunigen

- das Transportwesen zu revolutionieren, indem der Zugverkehr der heutigen Zeit angepasst wird und dem Schienennetz wieder der Anspruch zukommt, alle Gebiete des Landes zu beleben (4,7 Milliarden Euro für den Zugverkehr, 1,2 Milliarden Euro für die Fahrradinfrastruktur und die Alltagsverkehrsmittel);
- überall im Land in die energetische Gebäudesanierung zu investieren (4 Milliarden Euro für öffentliche Gebäude, 2 Milliarden Euro für private Wohnungen, 500 Millionen Euro für Sozialwohnungen und 200 Millionen Euro für kleine und mittlere Unternehmen sowie Kleinstunternehmen);
- sich der Herausforderung der Energieversorgung und der Technologien zu stellen, indem in grünen Wasserstoff (2 Milliarden Euro), in grüne Technologien (3,4 Milliarden Euro) und in die De-

karbonisierung unserer Industrie (1,2 Milliarden Euro) investiert wird; in eine hochwertige Ernährung für alle mittels einer gesunden Landwirtschaft und einer Rückbesinnung auf lokale Produkte zu investieren (1,2 Milliarden Euro).

#### 2. Unsere Wirtschaft souveräner und wettbewerbsfähiger machen

- eine massive Senkung der Steuerlast für die Unternehmen. Diese Senkung wird allen Branchen zugutekommen, jedoch insbesondere der Industrie und dem Handel;
- eine Beihilfe zum Tagesgeschäft der Unternehmen, indem ihnen langfristig Eigenmittel und Geldfluss garantiert werden (3 Milliarden Euro zur Unterstützung der Finanzierung von Unternehmen);
- den Aufbau einer industriellen Souveränität: 1 Milliarde Euro für die Rückverlagerung der Produktion, davon 600 Millionen Euro, um in strategische

Branchen für die Zukunft zu investieren, und 400 Millionen Euro für Projekte im Rahmen der Initiative „Territoire d’industrie“.

#### 3 . Der soziale und territoriale Zusammenhalt im Dienste von Beschäftigung und Kompetenzen

- ein Jugendprogramm (6,7 Milliarden Euro) mit Beihilfen zur Einstellung und Ausbildung sowie subventionierten Arbeitsplätzen;
- die Einrichtung eines Schutzhirms gegen Arbeitslosigkeit (7,6 Milliarden Euro), der die Implementierung der Kurzarbeit auf lange Sicht beinhaltet; die Entwicklung von Kompetenzen, um aus dieser Krise mit Hilfe von Investitionen in Höhe von 900 Millionen Euro in ein Investitionsprogramm zugunsten der Ausbildung und 1 Milliarde Euro für France compétences und Pôle emploi eine Chance zu machen.

Quelle: <https://de.ambafrance.org/France-Relance-Ein-Plan-zum-Aufbau-des-Frankreiche-s-von-morgen>

## Die Politik schafft sich ihre Gegner selbst – Bundesvorstand der Humanistischen Union: Wie verteidigen wir das Grundgesetz gegen seine Verteidiger?

Die Politik hat sich das Erstarken dieser Gegner der Pandemie-Gesetze und -Verordnungen zu weiten Teilen selbst zuzuschreiben. Wenn die Exekutive Übergewicht erhält, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit aus Pandemie-Gründen eingeschränkt werden, wenn nicht mehr politisch argumentiert, sondern von Alternativlosigkeit gesprochen wird (wie es schon seit Jahren der Fall ist), dann schadet das dem politischen Diskurs und der Demokratie. Wenn Diskussionen erstickt werden und die Orte des demokratischen Diskurses geschlossen sind, dann gärt es in der Meinungsblase. Als Deutschlands älteste Bürgerrechtsorganisation setzt sich die Humanistische Union e.V. seit nunmehr fast sechzig Jahren ein für den Schutz der Grundrechte und für das Grundgesetz. Mit Erstaunen erleben wir in diesen Tagen eine neue, ungeahnte Popularität des Grundgesetzes. Diese Entwicklung sehen wir nicht nur mit Freude, sondern auch mit Sorge. Das Grundgesetz kann und darf nicht einseitig vernahmt werden ... In diesen Zeiten sind Vereine und Initiativen wichtiger denn je. Die Diskussion um die Corona-App und damit verbundene Datenschutzprobleme z.B. hat gezeigt, wie wertvoll die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist und welche legitimatorische Kraft daraus erwachsen kann.

„Vereine und Stiftungen – und also die Zivilgesellschaft an sich – sind systemrelevant“, betont Werner Koep-Kerstin, Bundesvorsitzender der Humanistischen Union. Demokratie und Zivilgesellschaft sind auch notwendig für das Aushandeln der Verhältnismäßigkeit bei den Corona-Maßnahmen. Durch stärkeres Einbinden der Zivilgesellschaft kann Vertrauen gestärkt und die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien verringert werden. Wir

<http://www.humanistische-union.de/nc/aktuelles/presse/pressedetail/back/presse/article/die-politik-schafft-sich-ihr-gegner-selbst/>

## Vier NGOs veröffentlichen Offenen Brief

Deutschland hat im weltweiten Vergleich die direkten gesundheitlichen Folgen der Corona-Krise gut gemeistert. Die besonnene Reaktion der Politik und einer großen Mehrheit der Bevölkerung haben Schlimmeres verhindert. Angesichts der vielfältigen Maßnahmen, die bis zu der Einschränkung von Grundrechten reichten, muss nun Bilanz gezogen werden, fordern MEHR DEMOKRATIE, BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND), BUND DER STEUERZÄHLER

müssen Orte und Strukturen schützen, in denen diskutiert werden kann. Wir brauchen gerade jetzt keine Einschränkung und Verunsicherung durch die Aberkennung der Gemeinnützigkeit vieler Vereine. Auch die finanziellen Folgen der Pandemie für die Zivilgesellschaft müssen abfangen werden: „Wir brauchen einen Schutzschild für NGOs“, so Koep-Kerstin ... Vielen ist jetzt erst die zentrale Bedeutung der Grundrechte für unsere Republik, aber auch für das jeweils eigene Leben deutlich geworden. Dieses neue Bewusstsein muss genutzt werden, um die Grundrechte auch in Zukunft zu verteidigen. Die Grundrechte müssen aber nicht nur den Regierenden gegenüber verteidigt werden, sondern auch gegen die, die sie lediglich als Alibi oder Waffe verwenden. „Auch dafür brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft“, stellt Koep-Kerstin fest und erläutert die Forderungen der Humanistischen Union:

- Wir brauchen mehr demokratisches Engagement, mehr Zivilgesellschaft, mehr Diskussion. Vereine und Stiftungen, die Zivilgesellschaft an sich, sind systemrelevant.

- Es gab und gibt erhebliche Defizite bei der parlamentarischen Mitwirkung bei staatlichen Pandemie-Maßnahmen, die Dominanz der Exekutive ist offensichtlich. Politische Entscheidungen müssen aber transparent vorbereitet und getroffen werden; wissenschaftliche Erkenntnisse sind dafür die Grundlage, dürfen aber die Entscheidungen nicht determinieren. Es gibt keine alternativlosen Entscheidungen. Nur so können die notwendige Akzeptanz einschneidender Maßnahmen bei Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet und demokratiefeindliche Radikalisierungen eingehemt werden.

und FOODWATCH in einem Offenen Brief.

„Demokratien sind in der Lage, ihre Entscheidungen selbst zu überprüfen. Das stärkt die Demokratie“, heißt es in dem Schreiben an die Bundestagsfraktionen weiter. Darin rufen die Verbände zu einer Überprüfung von Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie auf. Sie schlagen die Einberufung einer Parlamentskommission vor, die hälftig mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und mit Vertreterinnen und Vertretern der

Zivilgesellschaft besetzt sein soll. Die Ergebnisse sollen einem losbasierten Bürgerrat vorgelegt werden.

„Die Bekämpfung der Corona-Pandemie, der Lockdown, die Schutzmaßnahmen: Alles hat zu weitreichenden Einschränkungen geführt, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen. Aber jetzt ist es an der Zeit, diese Maßnahmen zu evaluieren und Erkenntnis für künftige Krisen daraus zu ziehen“, erklären die Verbände übereinstimmend. Zu bewerten seien die Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen, deren Zustandekommen sowie die Zusammenarbeit mit den Bundesländern. Daraus sollen Rückschlüsse für zukünftiges Krisenmanagement gezogen werden. Die vier Organisationen machen den Vorschlag an vier Punkten fest: Die getroffenen Maßnahmen hätten alle Ebenen des täglichen Lebens stark beeinflusst, dies verlange nach einer konstruktiv-kritischen Bilanz. Die Demokratie sei ein lernfähiges System, eine Fehlerkultur sei notwendig, um die Gesellschaft widerstandsfähiger zu machen. Die Demokratie lebe von der Debatte sowie vom Aufarbeiten vergangener Geschehnisse und Krisen. Hier könne Deutschland eine Vorbildfunktion für andere Länder übernehmen. Und schließlich mache die Corona-Krise gesellschaftliche Gräben sichtbarer, die nur überwunden werden könnten, wenn alle Positionen Gehör fänden und ein Dialog stattfindet. Dabei zeigen die Verbände Verständnis für die Unsicherheit der Politik, notwendige Entscheidungen zu treffen. Im weltweiten Vergleich habe Deutschland die direkten gesundheitlichen Folgen vergleichsweise gut gemeistert. Die richtige Zeit für eine systematische Aufarbeitung sei möglicherweise erst in der nächsten Legislaturperiode. Vorbereitungen für eine Auswertung könnten jedoch bereits jetzt getroffen werden.

<https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/news/vier-ngos-veröffentlichen-offenen-brief/>

## Pandemie und Ungleichheit: Der Normalzustand ist das Problem

Die Corona-Pandemie legt seit Monaten die weltweit herrschenden gesellschaftlichen Ungleichheiten erbarmungslos bloß. Während sich in Europa erst eine erneute Ausbreitung des Corona-Virus andeutet, kostet die Pandemie in anderen Teilen der Welt ungebrochen extrem viele Menschenleben. Insbesondere schwarze Menschen sind davon – nicht nur in den USA – ungleich stärker betroffen, sowohl gesundheitlich als auch materi-

ell. Denn sie haben aufgrund des herrschenden strukturellen Rassismus einen schlechteren Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und sind überproportional häufig von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen ... Auch in Deutschland bleiben insbesondere diejenigen Menschen gefährdet, die sich ein Social Distancing schlachtweg finanziell nicht leisten können. Auch Hartz-IV-Empfänger\*innen sind von einer Infektion mit Corona um ein Vielfaches stärker betroffen. Geringverdienende und Erwerbslose leiden besonders stark unter der Corona-Krise, die auch in ökonomischer Hinsicht existenzbedrohend ist. Selbst die „Corona-Warn-App“ reproduziert die herrschenden Verhältnisse: Die Anforderung nach einem Smartphone mit den nötigen technischen Voraussetzungen schließt einmal mehr Geringverdienende und solche aus, die gar kein Mobiltelefon besitzen: Wer die App nutzen will, muss es sich leisten können. Natürlich gab und gibt es mehr als genug Gründe, sich aus grund- und menschenrechtlicher Sicht kritisch mit den Maßnahmen und den massiven Grundrechtseinschränkungen zu beschäftigen und dieser Kritik Ausdruck zu verleihen. Die Eingriffe waren und sind massiv und sehr pauschal, beispielsweise die komplette Aussetzung des Versammlungsrechts. Dies wurde mit guten Gründen vom Bundesverfassungsgericht gekippt, wenn dieses auch ein paar Wochen be-

<https://www.grundrechtekomitee.de/details/pandemie-und-ungleichheit-der-normalzustand-ist-das-problem>

## Wieviel Lohnausfall mussten die Beschäftigten hinnehmen?

Die CLEAN CLOTHES CAMPAIGN untersuchte wieviel Lohnausfall Millionen von Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie weltweit hinnehmen mussten. Infolge der Coronakrise wurden ihre Löhne gekürzt oder gar nicht gezahlt. Der Bericht „Un(er)paid in the pandemic“ gibt die Befunde zwischen März und Mai wieder. Die Lohnausfälle entstanden infolge der Stornierung von Aufträgen der Modemarken, durch unbezahlten Urlaub sowie staatlich sanktionierte Lohnkürzungen. Die Studie hat Berichte von Beschäftigtenorganisationen und aus Medien ausgewertet. Sie wurde gemeinsam mit dem Worker Rights Consortium (WRC) erstellt. Es wird geschätzt, dass allein in Süd- und Südostasien die Arbeiter\*innen in der Bekleidungsindustrie 38% weniger Einkommen erhielten. In einigen Regionen in Indien sind es durchschnittlich sogar mehr als 50% weniger bezahlter Lohn. Wenn man diese Ergebnisse für die globale Bekleidungsindustrie außer China extrapoliert, bedeutet das einen moderat geschätzten Lohnverlust von 2,7 bis 4,9 Mrd. Euro für März, April und Mai.

<https://saubere-kleidung.de/2020/08/underpaid-in-the-pandemic/>

nötigte bis zu der überfälligen Entscheidung. Auch ausladende Bußgeldkataloge und Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Corona-Anordnungen, sowie die Disziplinierung der Bürger\*innen durch Polizei und Ordnungsamt sind besorgnisregende Methoden. Bei den schnell von der organisierten Rechten dominierten Demonstrationen wird jedoch immer wieder deutlich: Es geht vielen Anwesenden vor allem um ihre eigenen Bedürfnisse. Rücksicht auf Angehörige von Risikogruppen oder ein Bezug auf die Folgen der herrschenden Ungleichheiten aufgrund struktureller Bedingungen wird weder auf den Veranstaltungen noch in Redebeiträgen genommen. Der vergleichsweise sanfte Verlauf der Corona-Pandemie in Deutschland nährte die grundsätzliche Infragestellung von Maßnahmen gegen ein Virus, das „nicht schlimmer als eine Grippe“ sei. Verschwörungsmythen, oft mit antisemitischem Unterton, dienten dort als einfache Deutungen der Krise, wo eine grundsätzlichere Kritik an struktureller Ungleichheit, hervorgerufen durch das kapitalistische Wirtschaftssystem, angebracht wäre. Das Verbreiten von Fehlinformationen über das Virus, angereichert mit rechtem und rassistischem Gedankengut, verbreitet sich auch weiterhin im Internet. Die Wirkmächtigkeit der Verschwörungsmythen ist auf der Straße wie auch virtuell höchst gefährlich ...

Im Gefolge der Veröffentlichung der Studie berichtete die Financial Times, dass Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie Asiens auf 5,1 Mrd. Euro Lohn verzichten mussten, weil Modemarken ihre Aufträge stornierten oder sie hinauszögerten oder die Bezahlung der Aufträge zurückhielten in der Pandemie. H&M, Gap und Arcadia (Topshop) lehnten bisher eine Kommentierung der Befunde ab ... Ziel dieses Berichts ist es, die „Lohnlücke“, also die Bandbreite der Lohnausfälle in sieben Ländern aufzuzeigen, mit denen Textilarbeiterinnen und -arbeiter konfrontiert sind. Die Zahlen basieren zwar nur auf groben Berechnungen, geben aber einen Hinweis auf die Summen, die es bräuchte, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu versorgen.

Der Bericht zielt darauf ab, die Verantwortung von Markenfirmen gegenüber den Beschäftigten in ihren Lieferketten zu verdeutlichen. Der Bericht fordert internationale Markenfirmen zu einer verbindlichen Lohnzusage („wage assurance“) auf, um die verheerende Lohnlücke zu schließen.

## Kommunen müssen trotz Corona handlungsfähig bleiben

Zu der Meldung über ein Anwachsen des Investitionsstaus in den Kommunen sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei Die Linke:

Angesichts des Investitionsrückstaus von 147 Milliarden Euro drohen die Maßnahmen des Bundes zu einem Tropfen auf dem heißen Stein zu werden. Bund und Länder müssen absichern, dass die Kommunen auch in Corona-Zeiten ihren Aufgaben nachkommen können. Die aktuellen Corona-Lasten müssen voll gegenfinanziert werden. Die Zins- und Tilgungsverpflichtungen überschuldetter Kommunen müssen vorübergehend vom Bund übernommen werden. Zudem brauchen wir einen Altschuldenfonds, der hoch verschuldeten Kommunen einen Neustart ermöglicht. Damit gewinnen wir Zeit, um die Finanzierung der Städte und Gemeinden langfristig auf gesunde Füße zu stellen ... Wir brauchen handlungsfähige Städte und Kreise, um der Pandemie mit lokalen Maßnahmen zu begegnen und negative langfristige Folgen, wie sie fehlende Investitionen mit sich bringen, zu vermeiden. Kommunen handlungsfähig zu halten ist auch ein Verfassungsauftrag. Dazu müssen die finanziellen Belastungen der Städte und Kreise durch Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise im Rahmen des Konnexitätsprinzips voll gegenfinanziert werden. Um die Finanzierung der Städte und Gemeinden langfristig gerecht zu sichern sind unter anderem zwei Maßnahmen zu ergreifen: Der Bund muss die Städte und Gemeinden von der Finanzierung sozialer Aufgaben entlasten. Hartz IV, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfen und vieles weitere sind von Faktoren abhängig, die von den Kommunen kaum zu beeinflussen sind. Die ungleiche Verteilung zwischen den Kommunen bedeutet aber für manche Kommunen eine deutlich überdurchschnittliche Belastung. Außerdem muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickelt werden, die weitere Einkommensarten und Personengruppen wie Mieten, Lizenzgebühren, Selbstständige und Freiberufler einbezieht.

<https://www.die-linke.de/start/presse/detail/kommunen-muessen-trotz-corona-handlungsfahig-bleiben/>





## (Mit)regieren an der Weser

Stellungnahme von Christoph Spehr, Landessprecher der Bremer Linken aus:  
<https://www.links-bewegt.de/de/article/132.mit-regieren-an-der-weser.html>

Einiges hat die neue Regierung bereits auf den Weg gebracht: Das Sozialticket wird für Kinder kostenlos und für Erwachsene auf 25 Euro verbilligt. Statt Personalabbau gibt es Personalaufbau im öffentlichen Dienst. Der Landesmindestlohn soll auf über 12 Euro steigen. Cannabis für den Eigenkonsum ist entkriminalisiert, der Drogenkonsumraum eröffnet, das erste Stadtteil-Gesundheitszentrum in der Planung. Für Kultur, Sportvereine, Frauen- und Queerprojekte gibt es mehr Geld. Eine Genossenschaftsförderung ist in Vorbereitung, und die Entscheidung für die vollständige Rekommunalisierung der Stadtreinigung ist gefallen.

**Sozialticket, Mindestlohn und mehr Personal.** Ebenso wichtig sind die Dinge, die nicht passiert sind. Die Millionen-Subventionen für die Privathochschule werden nicht fortgesetzt, was zur Eingliederung in das öffentliche Hochschulwesen führen wird. Beim Polizeigesetz wird es keine Verschärfungen geben (stattdessen erhebliche Liberalisierungen, wie das Verbot von Racial Profiling und die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle). Vieles geht aber eindeutig zu langsam. In der Bodenpolitik, der Mietenpolitik, bei der Zahl der Sozialwohnungen geht nichts voran. In der Klima- und Verkehrspolitik ist noch kaum etwas erreicht. Trotz politischen Beschlüssen gibt es keine Ausbildungsumlage, keine höheren Krankenhaus-Investitionen, keine Abkehr von der Investoren-getriebenen Stadtentwicklung, kein Housing First, keinen Härtefallfonds für Stromsperren, kein Arisierungs-Mahnmal und kein einziges öffentliches Klo.

**Veränderungen brauchen (noch) zu viel Zeit.** Das liegt manchmal am Unwillen der Koalitionspartner, aber mindestens so oft an der Schwerkraft der Ver-

waltung und am Widerstand organisierter Lobbys. Der Weg, bis Dingetatsächlich das Licht der realen Welt erblicken, ist sehr weit und erfordert viel Kraft, Beharrlichkeit, Mobilisierung, Druck, Problemlösung, und nochmal Druck – die ganze Palette eben. Das ist oft schwer für eine Partei, die instinktiv davon ausgeht, dass Beschlüsse die Wirklichkeit unmittelbar und zuverlässig ändern. Und eigentlich sollte es ja auch so sein. Politische Willensbildung schneller und direkter in tatsächliche Veränderung zu überführen, ist eine zentrale Aufgabe einer linken Partei, wenn es ums Regieren geht.

Der bislang härteste Konflikt in der Koalition war der um die Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete. Angesichts von etwa 200 Corona-Infektionen durch die völlig unangemessene Massenunterbringung wäre die Schließung der 750-Personen-Einrichtung fällig gewesen. Das aber wollte das grüne Sozialressort auf keinen Fall. Nach einer langen Nacht war der Kompromiss: Harte Begrenzung der Belegung auf 250 Personen, Anmietung zusätzlicher Unterkünfte, Umbaumaß-Siehe auch PB 8/2019: Bremen: ... was aus linker Sicht mit in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist, <http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1908-09/pb19-08-09-i.pdf#page=19>

nahmen für eine bessere Unterbringung, endlich vernünftige und zumutbare Quarantäne-Regeln. Mehr war nicht drin. Das hat auch der Linken viel Kritik aus der Bewegung eingebracht ...

**Die Dreier-Koalition macht das Regieren nicht leichter.** Wir haben selber keinen Vergleich, aber uns kommt es nicht so vor, dass Dreier-Koalitionen schwieriger sind als Zweier-Koalitionen. Die Fronten der Konflikte sind jedes Mal unterschiedlich, und sie verlaufen nicht nur zwischen den Koalitionsparteien, sondern oft zwischen den Ressorts. Farbe hin, Farbe her ... Nach einem Jahr gibt es weiterhin unterschiedliche Auffassungen unter uns, ob Regieren eine gute Idee ist. Das ist gut so. Es sorgt für Kritik, verhindert Selbstzufriedenheit und erzwingt die ständige Bilanz, ob die Ergebnisse den Stress rechtfertigen. Allerdings verschieben sich die Kriterien. Dinge, die nicht im Wahlprogramm stehen, werden wichtiger. Können wir rechtzeitig verhindern, dass ein Gelände geräumt, eine Fläche verscherbelt, linke Organisationen kriminalisiert werden? Haben Initiativen, Bewegungen, Gewerkschaften, Belegschaften mehr Möglichkeiten, sich einzuschalten, als bisher? Nutzen wir die Spielräume, die sich bei personellen und institutionellen Entscheidungen bieten, die länger wirken als 4 Jahre? Was können wir bei den großen Fragen – der Bildungsgerechtigkeit, der städtischen Armut, den vom Strukturwandel gefährdeten Berufsbiografien, der Klimaneutralität – landespolitisch wirklich tun? Und – tun wir es auch? – Es bleibt spannend.

Sicht mit in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist, <http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1908-09/pb19-08-09-i.pdf#page=19>

DOK: Petition: Aktionsbündnis NRW „Für die Würde unserer Städte“

Unterstützung angewiesen sind ... – ihren Finanzbedarf durch vergleichbare Steuersätze zu sichern, statt wie aktuell astromomische Gewerbesteuer- und Grundsteuerhebesätze verlangen zu müssen.

Damit dies gelingen kann, muss das Land NRW die Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten: – Das bedeutet, dass neben auskömmlichen Mitteln für die anstehenden Aufgaben, die Kommunen bei den Kosten sozialer Leistungen entlastet werden müssen – Dazu zählt auch eine Altschuldenhilfe, die so ausgestaltet sein muss, dass Kommunen ihre Altschulden spätestens in den nächsten 30 Jahren abgebaut haben ... – Außerdem bedarf es der Förderung kommunaler Investitionen durch Bund und Land vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung.

aus 37 NW-Städten, Facebook: <https://www.facebook.com/AktionsbuendnisfuerdieWuerdeunsererStaedte>

Adressaten: Ministerpräsident Armin Laschet, Landtagspräsident André Kuiper sowie die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen.  
In Nordrhein-Westfalen sind die Lebensperspektiven und die Zukunftschancen der Menschen ungleich verteilt. Es gibt Städte und Regionen in unserem Land, die ihren Kindern und Jugendlichen nicht die besten Bildungschancen anbieten können ... Die soziale Lage in diesen Städten ist besorgniserregend und ihre Wirtschafts- und Steuerkraft gering. Aus diesem Grund werden sie auch von einer hohen Schuldenlast geplagt, so dass ihnen die finanziellen Mittel fehlen, um ihre Lage aus eigener Kraft zu verbessern. Die Corona-Krise verschärft diese Situation und führt zu einem noch größeren Abstand zwischen reichen und armen Städten ... Alle Städte müssen in die Lage versetzt werden, – in eine *klimafreundliche Infrastruktur und Mobilität* zu investieren, ... – eine *moderne Bildungsinfrastruktur* aufzubauen, ... – ein *zeitgemäßes Kulturangebot* aufrecht zu erhalten und es den Anforderungen der Zeit entsprechend weiter zu entwickeln ... – die *Voraussetzungen für zukunftsweisende Digitalisierungsangebote* zu schaffen. ... – die *öffentliche Infrastruktur* erhalten zu können, so dass Straßen, Brücken, Innenstädte, der ÖPNV und die öffentlichen Einrichtungen in einem guten Zustand versetzt werden können – die *soziale Lage* zu verbessern, in dem durch gezielte *Unterstützungsleistungen*, denen geholfen wird, die auf diese Oberbürgermeister, Bürgermeister und Kämmerer beruhen. Siehe auch: PB 3/2020: Konjunkturpaket mit Licht und Schatten – Altschuldenproblematik weiter ungelöst. <http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-03-i.pdf#page=11>

# Grüne im Aufschwung, CDU gefestigt. SPD und Linke sind Verlierer der Kommunalwahl in NRW

WOLFGANG FREYE, ESSEN

Die Grünen sind der eindeutige Wahlsieger in NRW, sie haben in einigen Großstädten die SPD überholt und stellen das erste Mal in mehreren Großstädten die Oberbürgermeister\*innen, darunter Aachen, Bonn und Wuppertal. In Köln wurde die von Grünen und CDU unterstützte Henriette Reker wiedergewählt. Dieser Sprung ist umso bemerkenswerter, als

die Grünen bei der Landtagswahl 2017 Mühe hatten, in den Landtag zu kommen und mit gerade einmal 6,03% schlecht abschnitten.

Ebenso als Wahlsieger der Kommunalwahl fühlt sich die CDU, obwohl sie 3,2% verlor und das schlechteste Ergebnis bei einer Kommunalwahl verzeichnen muss. Immerhin, sie hat gerade im Ruhrgebiet Boden gemacht und stellt mehr Oberbürgermeister und Landräte und sie hat sich

in einer viel breiter aufgestellten Parteienlandschaft behauptet.

Eindeutige Wahlverlierer gibt es auch, und das ist zunächst die SPD. Landesweit ist sie in ihrem Jahrzehntelangen „Stammland“ nur noch knapp vor den Grünen. Selbst bei der ersten Direktwahl des Ruhrparlaments, der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) lag sie mit 29,38% nur knapp vor der CDU, die 27,18% erhielt. Entsprechend →

## Köln: Statt Schwarz-Grün – jetzt Grün-Schwarz?

JÖRG DETJEN, KÖLN

In Köln wurde das Ergebnis mit Spannung erwartet. Die SPD hatte sich in der laufenden Periode ziemlich blamiert, die CDU hatte sich an die Grünen geschmiegt, um an der Macht zu bleiben. Die Grünen waren in den Stadtwerke-Skandal verwickelt, zogen aber personelle Konsequenzen. Die FDP war bundesweit in der Krise. Eine kleine ökologische Gruppe war Steigbügelhalter von Schwarz-Grün, spaltete sich und trat dann mit zwei Gruppen an. Die Linke hatte eine richtig gute Ratsarbeit absolviert und hatte in einigen sehr wichtigen Fragen sogar der SPD die Oppositionsführerschaft abgenommen.

### Die Oberbürgermeisterin

Beim ersten Wahlgang zur Oberbürgermeister/in Wahl erhielten:

Henriette Reker (CDU, Grüne)	187.389 Stimmen
Andreas Kossiski (SPD)	111.353 Stimmen
Jörg Detjen (Die Linke)	29.810 Stimmen

Es folgten weitere 10 Kandidatinnen und Kandidaten. Der OB-Kandidat der Linken erhielt mit 7,2% ein „respektables Ergebnis“ (wdr). Ungewöhnlich deshalb, weil er 2.900 Stimmen mehr erhielt als die Linke Ratsliste. Die Kölner Wählerinnen und Wähler hatten es in der Stichwahl bei den Oberbürgermeister/in-Wahl in der Hand, wählen sie Grün-Schwarz oder Grün-Rot. Sie wählten mit 60% wieder die Oberbürgermeisterin Reker.

### Der Stadtrat

Die Parteien erhielten:

Grüne .....	28,5 % / +9,0 % .....	= 118.997
SPD .....	21,6 % / -7,8 % .....	= 90.040
CDU .....	21,5 % / -5,7 % .....	= 89.659
Die Linke.....	6,5 % / -0,5 % .....	= 27.044
FDP .....	5,3 % / -0,2 % .....	= 21.965
Volt .....	5,0 % / +5,0 % .....	= 20.783
AfD.....	4,4 % / +0,8 % .....	= 18.272
Sonstige .....	7,2 % / -1,0 % .....	= 30.467

Am 13.9. beteiligten sich 51,4% der Kölnerinnen und Kölner an der Wahl. Das waren 2% mehr als 2014, 422.000 statt

399.000 Personen. Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 lag bei 64,6%.

Vor der Kommunalwahl gab es eine sehr breite Kampagne unter dem Motto „Kein Veedel für Rassismus“. Im letzten Rat hatten AfD und pro Köln 5 Sitze. Da sich pro Köln inzwischen aufgelöst hat und seit vielen Jahren das rechts-extreme Potential bei ca. 8% liegt, ist das Abschneiden der AfD mit vier Sitzen überschaubar.

Auffällig war bei der Kommunalwahl die soziale Spaltung der Stadt. Selbst die Stadt Köln schreibt in ihrer immer wieder guten Wahlanalyse zur Kommunalwahl 2020: Die „Schere der politischen Teilhabe zwischen den Stadtteilen und ihren unterschiedlichen Sozialstrukturen geht noch weiter auseinander.“

Sie verweist darauf, dass 2014 die geringste Wahlbeteiligung in den Stadtteilen 25,9% betrug und in den höchsten 63,2% = Spannbreite 37,3%

2020 betrug die geringste Wahlbeteiligung 22,5%, die höchste 69,2% = Spannbreite 46,7%. D.h. der Gewinnzuwachs von Stimmen bei den Grünen und ökologischen Gruppen geht einher mit einer höheren Wählermobilisierung in den besserverdienenden Stadtteilen. Das trifft vor allem die SPD, aber auch Die Linke, deren Wählerschichten weniger zu Wahl gehen.

Interessant, dass die Grünen inzwischen die stärkste Partei im Kölner Stadtrat ist. Gleichzeitig geben sie Stimmen an die Partei Volt und kleine ökologische Gruppen ab. Volt erhielt aus dem Lager der Grünen 11.600 Stimmen. Die Mittelschicht strotzt im Kölner Stadtrat. Wenn man sich die obige Tabelle ansieht, kann man die Wählerwanderungen deutlich erkennen. Dabei hat die Linke aus der Wählerschaft der Grünen 800 Stimmen gewonnen, aber 1.700 Stimmen an die Grünen verloren, also minus 900 Stimmen.

Darüber hinaus hat die Linke an die Gruppe der Sonstigen 2.300 Stimmen

Wanderungssalden der LINKEN bei den Kommunalwahlen 2014 und 2020 in Köln – Wahl des Rates



verloren, dahinter verbergen sich Volt, Die Partei, Klimafreunde und die Gruppe GUT.

Die Linke hat von der SPD +800 Stimmen erhalten, eher ein schwacher Zuwachs, nach der desaströsen Politik der Kölner SPD in den letzten Jahren. Überraschend, aus der Wählerschaft der CDU konnten +1000 Stimmen gewonnen werden. Das kann eigentlich nur über soziale Inhalte erfolgt sein. Positiv ist auch, dass die Linke gegenüber der Wahl 2014 63,7% Stammwähler hat. D.h. Die Linke ist in Köln keine Protestpartei, sondern eine feste Größe in der Kölner Stadtgesellschaft. Daran muss man weiter arbeiten, das fällt niemanden in den Schoß.

### Wie geht es weiter

Die Linke im Kölner Rat hat weiterhin sechs Sitze. Die Kölner Monatszeitschrift „Stadtrevue“ wünscht sich Grün-Rot-Rot:

„Die Linke in Köln ist undogmatisch und verkehrs- und umweltpolitisch oft mindestens so grün wie die Grünen selber. In einem Bündnis mit Grünen und SPD könnten sie zudem die mittlere Position einnehmen: Dass Klimapolitik für die Linke auch Sozialpolitik bedeutet, hat niemand so stark herausgestellt, wie ihr OB-Kandidat Jörg Detjen.“

Es ist eher unwahrscheinlich, dass es dazu kommt. Grüne und CDU haben mit der Oberbürgermeisterin Reker im Rat eine Stimme Mehrheit und werden die kleinen ökologischen Gruppen an sich ziehen.

kam es innerparteilich nicht gut an, dass SPD-Landesvorsitzender Sebastian Hartmann in einer ersten Stellungnahme zu den Verlusten von über 7% die „Talohle“ für seine Partei überwunden sah. Streit ist vorprogrammiert. Bei der Neuwahl des Landesvorstandes im Dezember will der SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, Thomas Kutschaty, gegen Hartmann antreten.

Ebenfalls zu den Verlierern der Kommunalwahl gehört Die Linke. Während sie bei der Kommunalwahl 2014 mit +0,33% noch leicht zulegen konnte – obwohl die kurze, zweijährige Landtagsepisode der Partei Die Linke. NRW schon 2012 zu Ende war – verlor sie absolut betrachtet knapp 50 000 Wähler\*innen, mehr als jede\*n 7. Wähler\*in. Von den 164 Mandaten in den kreisfreien Städten und Landkreisen blieben noch 135. Eine vollständige Übersicht über die kreisangehörigen Gemeinden und Bezirksvertretungen liegt noch nicht vor, das Bild dürfte jedoch ähnlich sein.

Dabei gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede bei den Wahlergebnissen, die deutlich machen, dass oft lokale Gründe eine große Rolle spielen. In einzelnen Orten wie Iserlohn konnte Die Linke zulegen, ebenso in Bonn und den Landkreisen des Braunkohlengürtels. In Städten wie Bonn und Bochum konnte sie die Ergebnisse halten. Und auch in der Millionenstadt Köln ist der Verlust von 0,5% auf 6,5% überschaubar, wenn man berücksichtigt, dass dort wie in anderen Großstädten erhebliche linke Konkurrenz von VOLT, die aus dem Stand über 5% erhielt, und der Partei Die PARTEI zu verzeichnen war.

Die Linke verlor nicht nur auf dem Land, sondern in Großstädten

Insgesamt ist das Ergebnis aus zwei Grünen mehr als ernüchternd:

1. Die Verluste der Partei Die Linke sind vor allem Verluste in den Großstädten des Ruhrgebiets. Dort verlor sie im Schnitt 1,2% der Wählerstimmen, also das ein-einhalfache des landesweiten Durchschnitts. Mit anderen Worten: Auf dem Land, wo sie immer schwach war, verlor Die Linke, in den Großstädten an der Ruhr verlor sie jedoch noch mehr, bis hin zu 2,8% in Oberhausen, 2,1% in Herne oder 1,4% in Essen.

2. Die kommunale Basis der Partei Die Linke, die in NRW mit mehreren hundert Mandatsträger\*innen gar nicht so klein war, schrumpft. Das Wahlergebnis hat mit unter 4% eine Größenordnung erreicht, die einen Einzug in den nächsten Landtag noch schwieriger macht. 2017 scheiterte Die Linke denkbar knapp mit 4,9%. Überträgt man das Kommunalwahlergebnis, so hatte sie die 5%-Hürde 2014 in 19 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten „gerissen“, diesmal nur noch in 7.

Es gibt also viel Grund, sich mit den Ursachen des Wahldesasters auseinanderzusetzen. Stattdessen gab es auf dem Landesparteitag wieder Diskussionen, wie es sie in NRW seit 20 Jahren gibt: Die Linke müsse mehr Kraft in die außer-parlamentarische Arbeit setzen, Mandate auch in kommunalen Gremien seien gar nicht so wichtig und eher etwas für „realpolitische Gartenzwerge“. Fest steht: Geht die Entwicklung so weiter, hat Die Linke immer mehr Gelegenheit zum Kampf auf der Straße ... allerdings. Die Wirksamkeit, Interessen zu verfolgen und mit eigenen Initiativen in die kommunalen Entscheidungsgremien zu bringen, wird auch erheblich schrumpfen.

#### Weitere Verluste in „sozialen Brennpunkten“

Durchgängig kann man sagen, dass Die Linke in allen Großstädten weiter in den Stadtteilen mit großen sozialen Problemen verloren hat. Dabei handelt es sich gleichzeitig um die Stadtteile mit niedriger Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung ist insgesamt zwar etwas gestiegen, aber die Spaltung hat sich deutlich vergrößert. In Essen lag sie nach Kommunalwahlbezirken (Wahlkreisen) zwischen 30,0% und 66,8%, in Duisburg gab es z.B. auch Stadtteile mit einer Wahlbeteiligung von unter 20% – der Wahlberechtigten, wohlgemerkt, die in diesen Stadtteilen wegen hoher Anteile von Nicht-EU-Bürger\*innen oft weit unter der Einwohner\*innenzahl liegt. Bei den Wähler\*innen, die Die Linke 2009 und 2014 noch als Hoffnungsträger gewählt haben, hat sich oft Enttäuschung breit gemacht. Die Linke hat für sie nicht viel erreicht.

Diese Tendenz ist durch Zugewinne in den sogenannten urbanen Milieus, gera-

de auch unter jüngeren Leuten teilweise ausgeglichen worden, aber auch nur teilweise. Das wird deutlich an Zugewinnen in eher studentischen und akademisch geprägten Stadtteilen. Hier ist Die Linke oft in Konkurrenz zu den Grünen. Dabei ist auffällig, dass Die Linke sich in den Städten, wo die Grünen an der Mehrheitsbildung in der Stadt beteiligt waren tendenziell eher besser halten konnte. Das gilt für Bonn, Köln, Wuppertal und auch Münster. Im Ruhrgebiet ist dies übrigens in Bochum der Fall, der einzigen Stadt, in der sich Die Linke halten konnte. Auch hier ist es anscheinend so, dass im Zweifelsfall, wenn nicht andere Erfahrungen vorliegen, den Grünen mehr an Veränderungskraft zugetraut wird, als der Partei Die Linke.

Allgemein kann man sagen, dass eine konkrete, in der Stadtgesellschaft verankerte Interessenvertretungspolitik vor Ort der wichtigste Schlüssel für zumindest gehaltene Wahlergebnisse war – Wahlen werden nicht in Wahlkämpfen gewonnen, sondern in den Jahren vorher. Das gilt allerdings nicht für die Fälle, wo die Ergebnisse der Arbeit durch Streit nach außen negiert wurden – die gab es nämlich auch. Interessant ist im Ruhrgebiet z.B., dass das Wahlergebnis der Partei Die Linke für das Ruhrparlament im Schnitt unter dem für die Räte lag (4,1% zu 4,3%), in einigen Städten aber nicht. In Essen lag es z.B. 0,3% über dem Ergebnis für den Rat, d.h. das Potential ist nicht ausgeschöpft worden.

Dass die AfD ihren Höhenflug in NRW nicht fortsetzen konnte, kann da nur wenig trösten. Im Ruhrgebiet lag sie zudem mit 6,8% deutlich über dem Landesergebnis, bis hin zu 12,9% in Gelsenkirchen, wo sie noch vor den Grünen liegt.

## DOK: Wahlanalyse von Peter Heumann und Wolfgang Freye für das kommunalpolitische forum nrw (Auszug, vorab)

### 2.1 Wahlbeteiligung

An den Kommunalwahlen 2020 beteiligten sich mit 7.386.217 wahlberechtigten Einwohner\*innen 253.945 Menschen mehr als noch an den Wahlen in 2014. Die prozentuale Wahlbeteiligung stieg damit leicht von 50,0% auf 51,9% der Wahlberechtigten, den Wert der Kommunalwahlen 2009. Damit bleibt die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in NRW bei leichten Schwankungen auch im Vergleich zu anderen Wahlen auf niedrigem Niveau. Es gibt dabei deutliche räumliche Unterschiede. (...) Deutlich wird, dass sich Kommunen mit

geringer Wahlbeteiligung insbesondere im Ruhrgebiet häufen, wo viele Städte und Gemeinden hohe und in den letzten Jahren noch gestiegene Armutssquoten ausweisen. Diesen Zusammenhang hat auch das Kölner Amt für Stadtentwicklung und Statistik (dies., 2020a) für die Domstadt bezogen auf die Stadtteile ausgemacht und auch aus weiteren Wahlen ist er bekannt (FAZ.net, 2017). Höher ist die Wahlbeteiligung vor allem in den Landkreisen des Münsterlandes sowie in Westfalen und im südlichen Rheinland. Wahlforscher sprechen von immer stärker „gespaltenen Wahlen“.

Partei	Kommunalwahl 2014		Kommunalwahl 2020		Veränderungen	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent	Stimmen	%punkte
CDU	2.636.256	37,5	2.495.743	34,3	-140.513	-3,2
SPD	2.207.265	31,4	1.766.181	24,3	-441.084	-7,1
Grüne	821.010	11,7	1.452.571	20,0	+631.561	+8,3
FDP	333.714	4,7	405.139	5,6	+71.425	+0,9
Linke	326.798	4,6	277.781	3,8	-49.017	-0,9
AfD	179.485	2,6	367.433	5,0	+187.948	+2,4
Piraten	117.178	1,7	24.815	0,3	-92.363	-1,4
Die PARTEI	4.447	0,1	76.317	1,0	+71.870	+0,9
Volt	-	-	37.590	0,5	+37.590	+0,5
Sonstige	760.064	5,6	374.362	5,2	-385.702	-0,4

**Tabelle 1:** Stimmen und Stimmanteile verschiedener Parteien bei den Kommunalwahlen 2014 und 2020 (Quelle: Landeswahlleiter NRW).

## 2.2 Landesweite Ergebnisse der Parteien

Die großen Gewinner\*innen der Kommunalwahlen sind eindeutig Bündnis 90/Die Grünen. Die Partei konnte ihr landesweites Ergebnis deutlich steigern und wurde in drei Städten des Rheinlandes stärkste Kraft. Die deutlichsten Verluste erlitt die SPD, die nur noch in Teilen des Ruhrgebietes sowie Herford und Lippe die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die CDU wurde landesweit und in den meisten Kommunen erneut stärkste Kraft, blieb aber hinter ihrem Ergebnis von 2014 zurück und fuhr ihr schlechtestes Ergebnis bei einer NRW-Kommunalwahl überhaupt ein (Tabelle 1). Im Folgenden werden die Ergebnisse der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP, Die Linke und AfD sowie der sonstigen Parteien im Einzelnen betrachtet.

### CDU

Die CDU wurde landesweit erneut die stärkste Partei mit 34,3 % der Stimmen (minus 3,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2014). Ihre (relativen) Hochburgen hat die Union weiterhin in den Landkreisen. In der Rangfolge der Stimmenanteile unter den 54 Landkreisen und kreisfreien Städten in NRW werden folglich die ersten 23 Plätze von Landkreisen belegt. Erst auf den Plätzen 24 und 25 folgen mit Essen (34,4 %) und Mönchengladbach (34,0 %) kreisfreie Städte. Die schwächsten Ergebnisse erzielte die CDU in kreisfreien Städten an Rhein und Ruhr, insbesondere in Herne (20 %), Bochum (20,8 %) sowie Duisburg und Köln (je 21,5 %).

### SPD

Die deutlichsten Verluste musste die SPD hinnehmen, die NRW-weit mit 24,3 % ganze 7,1 Prozentpunkte hinter ihrem Ergebnis aus 2014 blieb. Damit blieb die Partei unter ihren Ergebnissen in NRW bei den Landtags- (31,2 %) und Bundes-

tagswahlen (26,0 %) in 2017, schnitt aber deutlich besser ab als bei der Europawahl 2019 (19,2 %). Bei dieser Kommunalwahl reichten die Ergebnisse von 44,1 % in Herne bis 15,5 % im Kreis Paderborn, jeweils 15,6 % in Bonn und im Kreis Heinsberg sowie 15,8 % im Kreis Borken und wiesen somit die stärkste Streuung aller Parteien auf. Fast alle SPD-Hochburgen liegen im Ruhrgebiet. Das wurde auch noch mal bei den Stichwahlen für die Oberbürgermeister\*innen bestätigt, die die SPD in so wichtigen Städten wie Dortmund und Hamm teilweise knapp für sich entscheiden konnte, in Düsseldorf jedoch verlor.

### Bündnis 90/Die Grünen

Die größten landesweiten Zugewinne konnten Bündnis 90/Die Grünen verzeichnen. Sie haben sich mit 20,0 % der Stimmen (plus 8,3 Prozentpunkte) nah an die zweitplatzierte SPD (24,3 %) herankämpfen können und wurden in den Räten der kreisfreien Städte Aachen (34,1 %), Bonn (27,9 %) und Köln (28,5 %) jeweils stärkste Kraft. In Münster blieb die Partei mit 30,3 % nur knapp hinter der CDU (32,7 %). Selbst die schwächsten Ergebnisse in Gelsenkirchen und Olpe (je 12,2 %) sowie Hamm (12,7 %) und Bottrop (12,8 %) waren deutlich zweistellig und erheblich besser als bei den letzten Wahlen.

### FDP

Durchweg einstellig blieb bei diesen Kommunalwahlen die FDP, die aber ihr landesweites Ergebnis aus 2014 leicht von 4,8 auf 5,6 % verbessern konnte. Das mit Abstand stärkste Ergebnis erreichte sie in der Landeshauptstadt Düsseldorf (9,2 %) gefolgt vom Kreis Euskirchen (7,9 %) und dem Märkischen Kreis (7,5 %). Ihre schwächsten Ergebnisse lagen im Ruhrgebiet, insbesondere in Essen und Oberhausen (jeweils 3,0 %) und Duisburg (3,1 %). Im Ruhrgebiet ist die FDP insgesamt schwächer als Die Linke.

### Die Linke

Die Linke blieb mit 3,8 % 0,8 Prozentpunkte hinter ihrem Ergebnis von 2014 zurück. Sie konnte nur in sieben Kreisen und kreisfreien Städten absolut Stimmen hinzugewinnen (Bonn, Borken, Heinsberg, Märkischer Kreis, Münster, Rhein-Erft-Kreis sowie Rheinisch-Bergischer Kreis). Relative Stimmanteile gewann die Partei im Kreis Heinsberg, im Märkischen Kreis und im Rhein-Erft-Kreis – in Bonn, Bochum und im Kreis Borken blieben die Anteile stabil.

Die zehn relativ besten Ergebnisse erzielte Die Linke bis auf den Rhein-Erft-Kreis im Braunkohlen-Abaugebiet in kreisfreien Städten, insbesondere in Wuppertal (6,6 %), Köln (6,5 %), Bonn (6,2 %) und Bochum (6,1 %). Mit einer Ausnahme: Das beste Ergebnis überhaupt erhielt Die Linke in Iserlohn im Märkischen Kreis mit 7,52 %, der Bürgermeisterkandidat der Linken, Manuel Huff, erhielt mit 8,58 % sogar 1 % mehr als die Grüne-Kandidatin.

Die schwächsten zehn Ergebnisse lagen ausschließlich in Landkreisen, hier insbesondere in Höxter und Kleve (je 1,8 %) sowie im Hochsauerlandkreis und im Kreis Olpe (je 2,0 %). Dabei zeichnet sich im Mittelfeld der übrigen 34 Kreise und kreisfreien Städte durchaus ein durchmischttes Bild ab, so dass sich nicht per se sagen ließe „je städtischer, desto besser das Ergebnis“. Die größten Verluste hatte Die Linke in den Städten des Ruhrgebietes, wo sie im Durchschnitt 1,2 % verlor, am meisten in Oberhausen mit – 2,8 %.

### AfD

Die Befürchtung, dass der AfD die Mobilisierung wie bei den letzten ostdeutschen Landtagswahlen besonders gelingt, hat sich im Landesschnitt und den meisten Kreisen und Städten nicht erfüllt. Mit 5,0 % konnte die AfD zwar ihr Ergebnis aus 2014 verdoppeln, bleibt aber landesweit unter ihrem Potential aus den jüngsten Wahlen.

In einigen Ruhrgebietsstädten sind die AfD-Ergebnisse jedoch überproportional. An der Spitze stehen Gelsenkirchen (12,9 %), Hagen und Duisburg (je 9,3 %) sowie Herne (8,5 %). Die schwächsten Ergebnisse holte die Partei im stark katholisch beeinflussten Kreis Coesfeld (0,6 %) sowie in Remscheid (1,0 %).

### Weitere Parteien

Unter den weiteren Parteien verdienen insbesondere die Piratenpartei, die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) sowie die erst 2017 als „paneuropäisches“ Projekt gestartete Volt eine genauere Betrachtung.

Die Piratenpartei erzielte nach ihren kurzlebigen Erfolgen in den frühen Jah-

ren des Jahrzehnts bei den Kommunalwahlen 2014 noch 1,7% der Stimmen und zog insbesondere in Großstädten mit teils mehreren Mandaten in die Kommunalparlamente ein. Mit dem zunehmenden bundesweiten Bedeutungsverlust erreichte die Partei bei den Kommunalwahlen 2020 nur noch 0,3 % der Stimmen und ist damit weitgehend marginalisiert.

Zulegen konnte hingegen die satirisch angelegte Die PARTEI, die ihren Stimmanteil von 0,1% 2014 auf 1,0% deutlich anheben konnte und vor allem in den Großstädten vermehrt in den Räten vertreten ist. Wie sich dies bei teils knappen Mehrheitsverhältnissen auf die kommunalpolitische Praxis vor Ort auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Die Partei Volt, die in Deutschland 2019 erstmals zur Europawahl antrat, ist zwar mit 0,5 Prozentpunkten landesweit kaum relevant, erzielte aber in einzelnen Kommunen zum Teil erstaunliche Ergebnisse. So ist sie im Bonner Rat mit 5,1% künftig mit drei Mandaten in Fraktionsstärke vertreten. Auch bei den Wahlen für den Kölner Rat erreichte Volt mit 5,0% der Stimmen und vier Mandaten die Fraktionsstärke. Dort stammen ihre Stimmen zum allergrößten Teil (11.600 Stimmen) von vorherigen Grüne-Wähler\*innen (Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 2020a und 2020b). Auch im Falle von Volt bleibt abzuwarten, wie sich die Partei in konkreten kommunalpolitischen Fragen sowie bündnispolitisch verhalten wird und ob es ihr gelingt, sich dauerhaft – auch kommunalpolitisch – zu verankern.

### 2.3 Wahlentscheidende Themen

Wahlentscheidend waren nach einer Erhebung von Infratest dimap landesweit vor allem die Themen Umwelt und Klima (32%) sowie Wirtschaft (28%). Es folgten Schule und Bildung (23%), Einwanderung und Integration (20%) sowie Verkehr und Stadtplanung (19%). Dies unterscheidet sich aber teils deutlich nicht nur zwischen den Wähler\*innen der jeweiligen Parteien, sondern auch je nach Kommune – und das nicht nur, wie man erwarten könnte, zwischen Stadt und Land (WDR, 2020).

So ist in Dortmund der Themenkomplex Umwelt und Klima (32%) zwar auch der wichtigste, allerdings relativ dicht gefolgt vom Thema Wirtschaft (28%). Es folgen mit größerem Abstand Einwanderung

und Integration (22%), Schule und Bildung (21%) sowie Verkehr und Stadtplanung (20%). Letzterer Themenkomplex ist in Köln hingegen auf dem zweiten Platz (29%), noch deutlich hinter Umwelt und Klima (41%). Es folgen Wohnungsbau und Mieten sowie Schule und Bildung (je 22%) und abschließend Einwanderung und Integration (21%). Bei den diversen Themen muss beachtet werden, dass unklar ist, in welcher Weise das Thema wahlentscheidend war. So können beispielsweise für Wähler\*innen der Linken Einwanderung und Integration wichtig sein, weil sie eine möglichst offene Politik wollen, während es für die AfD-Wähler\*innen aus der völlig entgegengesetzten Position heraus von Bedeutung sein kann.

**Umwelt und Klima.** Wenig überraschend waren für 80 % der Grünen-Wähler\*innen landesweit Umwelt und Klima wahlentscheidend, ebenso wie für 38 % Linke-Wähler\*innen, 24 % der SPD-Wähler\*innen, 15 % der CDU-Wähler\*innen, 13 % der FDP-Wähler\*innen und acht % der AfD-Wähler\*innen.

**Wirtschaft** spielte für 45 % der CDU-Wähler\*innen sowie 44 % der FDP-Wähler\*innen eine wahlentscheidende Rolle. Es folgen 23 % der SPD-Wähler\*innen, 18 % der Linke-Wähler\*innen, 14 % der AfD-Wähler\*innen und nur acht % der Grüne-Wähler\*innen.

**Verkehr und Stadtplanung.** Bei diesem Themenkomplex war die Streuung deutlich weniger breit. Für 23 % der Wähler\*innen der Grünen war dieses Thema wahlentscheidend, es folgen die Wähler\*innen von SPD, CDU, FDP und Die Linke mit 19, 18, 17 beziehungsweise 16 % und weit abgeschlagen die Wähler\*innen der AfD mit sieben %.

**Wohnungsbau und Mieten** spielten für die Linke-Wähler\*innen am ehesten eine wahlentscheidende Rolle (27%). Mit deutlichem Abstand folgten die SPD-Wähler\*innen mit 18%, FDP-Wähler\*innen mit 13%, CDU- und Grüne-Wähler\*innen mit jeweils zehn % und die Wähler\*innen der AfD mit sieben % ... Für die Wähler\*innen keiner Partei war der Themenkomplex Wohnungsbau und Mieten so wichtig wie für diejenigen der Linken. Hier werden der Partei anscheinend durchaus Lösungskompetenzen zugeschrieben, wobei dies hier nicht konkret abgefragt wurde (WDR, 2020).

Thema	Dortmund
Umwelt, Klima	32
Wirtschaft	28
Einwanderung, Integration	22
Schule, Bildung	21
Verkehr, Stadtplanung	20

Thema	Köln
Umwelt, Klima	41
Verkehr, Stadtplanung	29
Wohnungsbau, Mieten	22
Schule, Bildung	22
Einwanderung, Integration	21

**Tabelle 2:** Wahlentscheidende Themen in den kreisfreien Städten Dortmund und Köln bei den Kommunalwahlen 2020 (Quelle: WDR, 2020, eigene Darstellung).

**Kommunale Politik: Linke zur Klimapolitik** – dok: Ulli Jäckel Hamburg

**Antrag: Klimasensible Neuzonierung von Grünzügen und Grünzäsuren.** STUTTGART. Antrag an den Planungsausschuss der Region Stuttgart am 9.7.2020. Die Fraktion Die Linke/Pirat beantragt: Die Verwaltung legt dar, wie bestehende regionale Grünzüge und Grünzäsuren in ihrer räumlichen Ausdehnung so angepasst werden können, dass sie gleichzeitig dem Schutz klimabedeutsamer Freiflächen, dem Schutz von Flächen für den Wasserhaushalt, dem Schutz von Böden mit höchster Fruchtbarkeit gemäß der Flurbilanz und der Freihaltung von Flächen, die in der Multigefahrenkartierung eine hohe Vulnerabilität aufweisen, Rechnung tragen. Dabei sind auch sogenannte „weiße Krägen“ im Regionalplan zu betrachten. Die Prüfung soll auf Basis der fortlaufenden Erkenntnisse aus der Weiterentwicklung des regionalen Klimaatlas und der Multigefahrenkartierung erfolgen.  
<https://www.stuttgart.die-linke-bw.de>

**Antrag Die Linke: Klimaschutz in der Region** REUTLINGEN: Als Anpassungsstrategien schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Auf allen Flachdächern, bei Neubauten verpflichtend, ist eine Dachbegrünung vorzusehen. Das gilt für Industriebauten und für die Wohnbebauung. Dachbegründung vermindert den Aufheizungseffekt von versiegelten Flächen, verbessert das Mikroklima, vermindert Temperaturen und erhöht die Luftfeuchtigkeit.
- Fassadenbegrünungen sind zu fördern.
- Kaltluftschneisen von der Alb bis in die Stadt mindern die sommerliche Aufheizung. Sie dürfen nicht zugebaut werden.
- Versiegelte Bodenflächen sollen entsiegelt werden. Versiegelte Flächen haben einen hohen Aufheizeffekt, nehmen Regenwasser nicht auf und verhindern die Besiedlung durch Kleinlebewesen ...
- Wasserflächen in der Stadt vermindern Aufheizungen und verbessern das Stadtklima. Anlage von kleinen Teichen (Umbau ZOB), Ausweitung städtischer Brunnen, mehr Trinkwasserspender für Menschen und auch für Haustiere sind zu fördern.
- Bei Neupflanzungen und Nachpflanzungen von Bäumen und Stadtgrün sollen klimaangepasste Gehölze verwendet werden. Zunehmende Hitze und lange Trockenperioden führen bereits jetzt zu sommerlichem Blätterabwurf und Baumstress. Dem ist durch resistenter Arten vorzubeugen.
- Vorbeugung gegen Hitzebelastung der Bevölkerung durch innerstädtische zusammenhängende Grünzü-

ge und Wasserelemente. Dies wirkt sich auch positiv auf die Luftqualität aus. • Starkregenereignisse nehmen aufgrund des Klimawandels zu. Der Hochwasserschutz der Stadt Reutlingen, beispielsweise mit Renaturierungsmaßnahmen bei Gewässern und Regenüberlaufbecken soll weiterentwickelt werden. Ziel ist eine Regenwasserwirtschaft im Sinne des Konzepts „Sponge City“ (Schwammstadt): Flächen sollen so gestaltet werden, dass Niederschläge mehr und länger gespeichert werden können.  
<https://die-linke-reutlingen.de/klimaschutz-in-der-region-reutlingen/>

**Durch Klimaresilienz-Maßnahmen Gesundheits- und Klimaschutz vereinen.** MÜNCHEN. Der Stadtrat möge beschließen: • Aufwertung der Straßenraumqualität in sämtlichen Straßen unter Ausstattung mit beidseitigem Baumbestand und/oder kleinteiligen Grünflächen durch Entsiegelung zulasten des stehenden/rollenden motorisierten Individualverkehrs (MIV). Die entsprechenden Straßen werden mind. alle 30 Meter mit Bäumen ausgestattet. • Bereits bestehendes Straßenbegleitgrün wird bereits im Sommer 2020 zur Nutzung durch die Bewohner\*innen und lokale Gastronomie freigegeben. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Bezirksausschüssen. • Spannung eines grünen Netzes (Biotopverband) durch die Stadt. Alle Bürger\*innen müssen eine (nichtkleinteilige) Grünfläche (Park, öffentlicher Garten etc.) in weniger als 10 Gehminuten erreichen können. Inspiration dafür können sogenannte „städtische Miniaturwälder“ sein. • Die LHM stellt den Münchner\*innen mind. 15% der großteiligen Grünflächen für Urban Gardening, Kunst-/Kulturprojekte, Begegnungsstätten, o.ä. zur Verfügung. • Bei den neu entstehenden sowie bereits bestehenden Grünflächen/Straßenbegleitgrün ist darauf zu achten, dass der Pflanzenbestand über eine hohe ökologische Wertigkeit verfügt ... Wenn möglich wird Obst zur Nutzung der Anwohner\*innen gepflanzt, Stichwort „Essbare Stadt“. <https://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de>

**Die Linke im Stadtrat SAARBRÜCKEN: Keine Windräder in GERSWEILER!** Nach einer Ortsbegehung am vergangenen Montag zur Begutachtung des Standortes für den geplanten Windpark in Gersweiler, hat die Fraktion Die Linke den Entschluss gefasst, dem „gemeindlichen Einvernehmen“ nach §36 BauGB in der nächsten Stadtratssitzung nicht zuzustimmen. Der Fraktionsvorsitzende Michael Bleines erläutert: „Die grundsätzliche Notwendigkeit eines Ausbaus der Windenergie aus Gründen der Energiewende und des Klimaschutzes

steht für uns außer Frage. Wir dürfen hierbei nur nicht den gleichen Fehler machen wie in der Vergangenheit und Kraftwerke wahllos in der Landschaft platzierten, ohne die Hypothek für unsere Nachkommen zu bedenken. In diesem Fall sind zwei Windräder geplant, wovon das größere eine Höhe von 240 Metern und einen Rotordurchmesser von 160 Metern haben soll. Die Anlagen sollen unmittelbar an die französische Grenze platziert werden, so dass der Schattenwurf die französischen Nachbargemeinden belastet und der Rotorausschlag bis knapp an die dortige Departementalstraße reicht. Es wird allein für die Vorbereitung der beiden Standorte enorme Eingriffe in den Altwaldbestand und in das Ökosystem geben.  
<http://www.dielinke-saarbruecken.de>

### **Klimaprüfsteine zu Ernährung und Landwirtschaft:** DORTMUND.

Das Klimabündnis und Parents for Future haben im Wahlkampf den Parteien in Dortmund mehrere Wahlprüfsteine zukommen lassen. Hier sind Fragen und Antworten, die für Die Linke Dortmund OB-Kandidat Utz Kowalewski beantwortet hat.

*Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Dortmunder Boden als CO<sub>2</sub>-Speicher geschützt und gefördert wird?* Die Linke: In der Landwirtschaft sollen ein stärkerer Grünlandanteil und die Humusbildung gefördert werden. Futtermais soll weniger werden. Wir möchten Feuchtgebiete stärker schützen und eine Vernässung von Flächen wieder zulassen. In den Naturschutzgebieten wollen wir deutlich mehr Flächen zur natürlichen Waldentwicklung, also ohne Bewirtschaftung, ausweisen.

*Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Dortmund die Kultur der Solidarischen Landwirtschaft, der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“ oder vergleichbare Projekte unterstützt?* Die Linke: Angesichts der starken Armut in Dortmund kommt den Projekten neben der Umweltfunktion auch eine soziale Funktion zu. Wohnungsgesellschaften und Schulen wollen wir dazu anhalten, gezielt Obstbäume anzupflanzen oder Gemeinschaftsgärten zuzulassen. In Neubaugebieten sollen solche Projekte mit eingeplant werden. Dachflächen können für das Urban Gardening zugänglich gemacht werden. Schulgärten sind zu fördern.

*Wie sollte die Stadt Dortmund Initiativen und Bildungsmaßnahmen zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise unterstützen und fördern?* – Die Linke: An der Schule sollte das Fach Haus-

wirtschaftslehre unterrichtet werden – auch in Bezug auf einen ökologischen Konsum, Verbraucherrecht und Medienkompetenz, um Werbung zu hinterfragen. Dabei sollen die Praxisangebote den Blick auf eine ausgewogene und gesunde Ernährung unter ökologischen Aspekten fördern.

<https://www.dielinke-dortmund.de>

**Magdeburg fährt Lastenrad:** Magdeburg will bis 2035 klimaneutral werden (Beschluss 2019) – dann muss auch heute schon investiert werden. Darum fordert die Fraktion Die Linke. im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg eine Lastenradprämie in Höhe von 500 Euro! Perspektivisch muss Magdeburg zu einer Fahrradstadt werden. Das bedeutet, dass die Stadt aktiv an einer Erhöhung des Anteils des Radverkehrs arbeitet und dafür die Rahmenbedingungen schafft. Eine entscheidende Rahmenbedingung ist – neben einem gut ausgebauten, sicheren und funktionstüchtigen Radwegenetz, Radschnellwegen sowie mehr Fahrradstellplätzen – die Lastenradförderung auf lokaler Ebene. Für solch eine Lastenradförderung wirbt auch die 2. Lastenradparade in der Landeshauptstadt. Passend dazu bringt Die Linke Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zur kommenden Stadtratssitzung den Antrag „Magdeburg fährt Lastenrad“ ein. Wir fordern, dass die Landeshauptstadt Magdeburg Familien und Alleinerziehende, Vereine, Verbände sowie soziale oder ähnliche Einrichtungen beim Kauf eines Lastenrads unterstützt.  
<https://www.dielinke-magdeburg.de>

### **Kein Kühlwasser aus der Elbe für Moorburg – das muss so bleiben!**

HAMBURG. Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat heute entschieden, dass Vattenfall zur Kühlung des Kraftwerks in Moorburg weiterhin kein Wasser aus der Elbe entnehmen darf. Die bisherige Erlaubnis Hamburgs muss nachgebessert werden. Dazu Stephan Jersch, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Das ist ein guter Tag für die Elbe und für die ganze Stadt Hamburg! Erneut erleidet der Senat Schiffbruch mit seiner Abwägung zwischen unternehmerischen Interessen und dem Umweltschutz. Angesichts der überschaubaren Restlaufzeit für Kohlemonster wie Moorburg gebietet die Abwägung aller Nachhaltigkeitsaspekte, die Entnahme von Elbwasser zur Kühlung Moorburgs für dessen Restlaufzeit nicht mehr zu genehmigen. Umweltschäden wären zwangsläufig und die Gewinne, die Vattenfall damit ermöglicht würden, wären teuer erkauft.“  
[www.dielinke-hamburg.de](http://www.dielinke-hamburg.de)

# Covid-19-Pandemie: Arbeitsschutzaspekte

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Die Erkrankung halber Belegschaften hat nicht nur die von den Gewerkschaften schon lange skandalisierten Arbeitsbedingungen in Sektoren wie der Fleischwirtschaft, der Saisonarbeit in der Landwirtschaft oder dem Bausektor in die öffentliche Wahrnehmung gerückt, sie hat auch gezeigt, dass es keine Events wie in Ischgl oder Bergamo braucht, um eine Infektionsexplosion auszulösen – die üblichen Wirtschaftsabläufe bzw. die speziellen Arbeitsbedingungen reichen völlig. Sie sind in den genannten Sektoren häufig schäbig, insbesondere bezüglich der sanitären Bedingungen, aber auch im Bereich Klima (u.a. Be- und Entlüftung); beengte, häufig unhygienische Pauserräume sind eher die Norm als Seltenheit; Anfahrten zu Einsatzorten standardmäßig in überfüllten Kleinbussen organisiert; die Unterbringung und Verpflegung von Saisonarbeitern ist beredter Skandal; die Tätigkeiten sind oft verbunden mit schwerer körperlicher Belastung (hoher Erschöpfungsgrad und leichtere Anfälligkeit). Auch in den genannten Sektoren finden sich Betriebe mit einer ordentlichen Arbeitsschutzorganisation und guten Sozialeinrichtungen, die genannten Phänomene sind aber weit verbreitet, nicht nur für entsandte oder Saisonarbeiter. Und auch für andere verarbeitende Wirtschaftssektoren gilt, Produktionsarbeit ist noch immer in weiten Teilen Arbeit, bei der eine Hand in die andere greift, auch wenn die Arbeitsbedingungen gut sind.

Im Ohr sind auch noch die frühen Aufrufe und Pressemitteilungen der IG BAU, die die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Saisonarbeiter zu Beginn der Pandemie skandalisiert haben, mit dem parallelen Hinweis, dass die Ernte durch den jahreszeitlichen Wechsel festgelegt wird und ungeübte Hände die Saisonarbeiter kaum ersetzen können. In dieser Gemengelage und bei weitgehenden Einschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeiten auch im verarbeitenden Gewerbe haben sich in allen europäischen Ländern früh Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände zusammengesetzt und Anforderungen an die Betriebe (Arbeitsschutz) und Anforderungen an das politische Feld (Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit und finanzielle Hilfen) formuliert.

## Untersuchung der Stiftung in Dublin

In diesem Zusammenhang hat die Europäischen Stiftung zur Erforschung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Dublin Foundation) kürzlich einen Bericht veröffentlicht, der Übersichten über die auf nationaler Ebene zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarungen und ihrer Inhalte wiedergibt.

Ebenso Übersichten staatlicher Maßnahmen und Programme.

Untersucht wurden auch auf die wirtschaftlichen Folgen.

## Folgend Zitate aus der Zusammenfassung der Ergebnisse:

„Die wirtschaftlichen und die arbeitsmarktpolitischen Folgen der Covid-19-Pandemie sind schwer vorhersehbar, dürften jedoch schwerwiegender sein als die der globalen Finanzkrise 2008–2009.“

Aufgrund der Art der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind die Auswirkungen sehr branchenspezifisch und dürften sich am stärksten auf diejenigen auswirken, die einen höheren Anteil an Aufgaben haben, die nicht in Telearbeit verrichtet werden können und Arbeitnehmer mit prekären Verträgen, junge Menschen und Frauen.

Die Mehrzahl der 500 Maßnahmen, die in der Covid-19 EU Policy Watch-Datenbank von Eurofound (April 2020) erfasst wurden, waren darauf ausgerichtet, Unternehmen am Leben zu erhalten (35%), Einkommen zu sichern (über Kurzarbeitsformen – 20%) und Beschäftigung zu schützen (13%).

Aufgrund der Lehren aus der vorherigen Wirtschaftskrise bieten alle EU-Mitgliedstaaten jetzt verkürzte Arbeitszeiten oder Kurzarbeitsmodelle an. Ihre Wirksamkeit wird jedoch wahrscheinlich durch erhebliche Unterschiede bei den Bedingungen des Zugangs, dem Einkommensausgleich und der Dauer und den damit verbundenen Entlassungsbeschränkungen beeinflusst.

Die Tatsache, dass trotz der weit verbreiteten Einführung von Einkommenssicherungsmaßnahmen bei vielen Einzelpersonen und Familien dramatische Einkommensrückgänge zu verzeichnen waren, zeigt sich in der weit verbreiteten Annahme von Initiativen zur Verschiebung von Mietzins-, Hypotheken- oder Darlehenszahlungen.“

(eigene Übersetzung)

## Corona in Arbeitsschutzrichtlinie aufgenommen

Unmittelbar nach dem Ausbruch der Pandemie haben die europäischen Gewerkschaften die Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit gefordert. Gewissermaßen als rechtliche Voraussetzung hierfür ging es konkret um die Aufnahme von Sars-CoV-2 in die Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer gegenüber Gefährdungen durch biologische Arbeitsstoffe. Zu den biologischen Arbeitsstoffen werden auch Viren gezählt. Relativ schnell hatte dann die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Aufnahme des Virus in diese seit 1989 bestehende Richtlinie (89/391/EWG) vorgelegt.

Sie unterteilt die biologischen Arbeitsstoffe in vier Gefährdungsgruppen (Artikel 2). Und genau um die Einstufung in eine dieser vier Gruppen drehte sich der politische Streit. Die letzliche Einstufung in Gruppe 3 wurde u. a. von den Gewerkschaften kritisiert. Sie forderten eine Einstufung in Gruppe 4, deren Definition wie folgt lautet: „Biologische Arbeitsstoffe der Gruppe 4 sind Stoffe, die eine schwere Krankheit beim Menschen hervorrufen und eine ernsthafte Gefahr für Arbeitnehmer darstellen; die Gefahr einer Verbreitung in der Bevölkerung ist unter Umständen groß; normalerweise ist eine wirksame Vorbeugung oder Behandlung nicht möglich.“ Insbesondere die Kriterien wirksamer Vorbeugung und Behandlung wurden von den Gewerkschaften ins Feld geführt. Für die Gruppe 3 wird beides bejaht, tatsächlich sei aber beides derzeit (noch) nicht möglich bzw. verfügbar. Weder Impfstoff noch validiert wirksame Behandlungsmittel gibt es.

## Informationen für die betrieblichen Akteure

Eine von der europäischen Arbeitsschutzzagentur in Bilbao betreute Webseite (OSH-WIKI) veröffentlicht Handlungsempfehlungen für den allgemeinen Arbeitsschutz und spezielle Handreichungen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Sie richten sich wesentlich an die Arbeitgeber und an betriebliche Arbeitsschutzausschüsse/Arbeitsschutzstrukturen. Sie fokussiert auf betriebliche Arbeitsschutzmaßnahmen. Davor hatte die Agentur bereits Handreichungen veröffentlicht, die einer Unterweisung für den einzelnen Beschäftigten entspricht:

Links zu den angesprochenen Dokumenten: **Arbeitsschutzagentur in Bilbao:** [https://oshwiki.eu/wiki/Covid-19:\\_Back\\_to\\_the\\_workplace\\_-\\_Adapting\\_workplaces\\_and\\_protecting\\_workers](https://oshwiki.eu/wiki/Covid-19:_Back_to_the_workplace_-_Adapting_workplaces_and_protecting_workers) **Dublin Foundation:** [https://www.eurofound.europa.eu/publications/report/2020/Covid-19-policy-responses-across-europe\\_\(nur\\_Englisch\)](https://www.eurofound.europa.eu/publications/report/2020/Covid-19-policy-responses-across-europe_(nur_Englisch)) **EU-Richtlinie:** <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020L0739&from=EN> **OSH-Wiki:** [https://oshwiki.eu/wiki/Covid-19:\\_guidance\\_for\\_the\\_workplace\\_\(nur\\_Englisch\)](https://oshwiki.eu/wiki/Covid-19:_guidance_for_the_workplace_(nur_Englisch)) **IG Metall:** [https://www.igmetall.de/download/20200825\\_IG\\_Metall\\_Handlungshilfe\\_Corona\\_Prevention\\_im\\_Betrieb\\_25\\_f203dc8f16ab0edfeb5a2f0be5c3ed53e5f977c4.pdf](https://www.igmetall.de/download/20200825_IG_Metall_Handlungshilfe_Corona_Prevention_im_Betrieb_25_f203dc8f16ab0edfeb5a2f0be5c3ed53e5f977c4.pdf)

Infektionswege, individueller Schutz, Hygiene und Maßnahmen bei einer möglichen Infektion sind unter anderem Themen dieser Handreichung.

#### Corona-Prävention im Betrieb – Handlungshilfe der IG Metall



Betriebliche Prävention ist auch Thema einer Handlungshilfe der IG Metall. Wie Infektionsrisiken durch Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutzmaßnahmen im Betrieb minimiert werden können, wird detailliert behandelt. Sie ist mittlerweile in mehreren überarbeiteten Versionen publiziert worden, die jeweils aktuelle Entwicklungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, neue Wissensstände bezüglich der Infektionswege und Schutzmaßnahmen aufgenommen haben.

Die Broschüre orientiert sich an dem durch die Europäische Arbeitsschutzrahmenverordnung eingeführten Stop-Prinzip (Substitution/technisch/organisatorisch/persönlich). In der betriebli-

chen Prävention muss danach eine Gefährdung durch hierarchisch gegliederte Maßnahmen beseitigt oder minimiert werden. Wobei der Bereich Substitution bei einem Virus selbstredend entfällt. Minimierung der Gefahr durch technische Maßnahmen; Minimierung der Gefahr durch organisatorische Maßnahmen, wie etwa die Minimierung der Betroffenen durch räumliche Trennung; persönliche Schutzausrüstung, etwa durch angemessene Atemschutzmasken, sind die drei Hierarchieebenen. Das bedeutet eigentlich, dass, nur wenn die Gefährdung durch technisch oder organisatorische Maßnahmen nicht ausreichend minimiert werden kann, wird auf persönliche Schutzausrüstung zurückgegriffen.

**Schwerpunkt der Broschüre sind dann auch Überlegungen zu technischen und organisatorischen Maßnahmen.**

Für den Bereich der technischen Maßnahmen werden unter anderem folgende Handlungsfelder besprochen:

- Sicherheitsabstände gewährleisten;
- Trennwände installieren;
- Zusätzliche Räume bereitstellen;
- Lüftungskonzepte;

- Zusätzliche Bereitstellung von Materialien und Werkzeug.

#### Für den Bereich der organisatorischen Maßnahmen u. a.:

- Umziehen, Duschen und Arbeitskleidung;
- Innerbetriebliche Verkehrswege;
- Sichere Gestaltung der Arbeitsabläufe;
- Arbeitszeitorganisation;
- Pausenregelung und Kantinenutzung;
- Reinigungspläne, Sanitäträume, individuelle Hygiene;
- Der Weg von und zur Arbeit.

Der Zugriff auf die Broschüre (Link siehe S. 16 unten) ist enorm, ebenso die Teilnahme an von der IG Metall angebotenen Online-Seminaren. Der starke Rückgriff auf die Angebote, Diskussionen in den Seminaren und die Rückmeldungen weisen darauf hin, dass die betrieblichen Interessenvertretungen dem Thema viel Aufmerksamkeit widmen und vielfach eine hohe Gefährdung sehen. Überwiegend wird einer koordinierten betrieblichen Prävention starke Bedeutung zugemessen, und gut organisierte (sichere) Arbeitsabläufe für die meisten Produktionsbedingungen werden durchaus für möglich gehalten.

für die Wegezeit. Darüber hinaus gibt es eine „Corona-Prämie“ von 500 Euro als einmalige steuerfreie Sonderzahlung. Azubis erhalten 250 Euro. Zudem steigt die Ausbildungsvergütung um 40 Euro pro Monat im ersten, um 30 Euro im zweiten und um 20 Euro im dritten Ausbildungsjahr. Auch die Arbeitgeber von Bauhandwerk und Bauindustrie haben dem Spruch von Rainer Schlegel zugesagt ... Die IG BAU spricht von einem „Tarifabschluss, der Perspektive bringt“. So werde die Laufzeit des neuen Tarifvertrages bis zum kommenden Juni genutzt, um eine Lösung für eine verbindliche Einführung einer Wegezeit-Entschädigung zu schaffen. „Damit ist ein wichtiger Punkt erreicht: Die Entschädigung der Zeit, die Baubeschäftigte bislang zusätzlich zu ihrer Arbeitszeit investieren, um überhaupt zur Baustelle zu kommen“, sagt IG BAU-Chef Robert Feiger. Für die Arbeitgeber sei dies stets ein „No-Go“ gewesen ... Carsten Burckhardt, der im Bundesvorstand der IG BAU für das Bauhauptgewerbe zuständig ist, verweist auf das Ergebnis einer Branchen-Umfrage: „Die Wegezeit-Entschädigung brennt den Baubeschäftigten auf den Nägeln. Ihre Einsatzorte wechseln ständig – die Pendeldauer zur Baustelle ist für sie nie absehbar. Das alles entscheidet allein der Chef. Die umsonst geleistete Wegezeit rangiert bei der Unzufriedenheit von Baubeschäftigten ganz oben.“

<https://igbau.de/IG-BAU-nimmt-Schlichterspruch-zur-Bau-Tarifrunde-an.html>



#### Warnstreiks für besseren Manteltarifvertrag ÖPNV und höhere Tarife im öffentlichen Dienst

Weil die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) weiterhin nicht zu Verhandlungen über einen bundesweiten Tarifvertrag bereit ist, kam es zu weiteren Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr. Im Tarifkonflikt mit den rund 130 Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland will Verdi bundesweit einheitliche Regelungen in Fragen wie Nachwuchsförderung sowie den Ausgleich von Überstunden und Zulagen für Schichtdienste erreichen. Mit einer Forderung für Auszubildende sollen Anreize zum Einstieg in den Beruf und zur Nachwuchsförderung geschaffen werden. Außerdem fordert Verdi für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro pro

Monat, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Bezahlung von Azubis und Praktikant\*innen soll um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Erwartet wird die Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit. Darüber hinaus soll in den Tarifverhandlungen das Thema der Entlastung der Beschäftigten behandelt werden.

<https://www.verdi.de>

#### Mehr Geld für Bauarbeiter – Wegezeit kommt

Bauarbeiter bekommen mehr Geld: Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat den Schlichterspruch zur Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe angenommen. Dieser sieht für die Baubeschäftigten ein Lohn-Plus von insgesamt 2,6 Prozent im Westen und 2,7 Prozent im Osten vor. Darin enthalten ist erstmals auch ein symbolischer Zuschlag als Einstieg

# Perspektiven der EU-Außenpolitik

EVA DETSCHER, ROLF GEHRING, RÜDIGER LÖTZER

Am 1. Oktober erörterten die Staats- und Regierungschefs der EU die Lage im östlichen Mittelmeerraum, die Beziehungen zu China, die Lage in Belarus, den Bergkarabach-Konflikt und die Vergiftung Alexej Nawalnys – vielschichtige Konflikte unterschiedlichster Tragweite. Ein Standard-Reaktionsmuster steht da nicht zur Verfügung. Sicherheitspolitik besteht aus mehreren Komponenten, Außenpolitik ist ein Element davon, dabei sind die Zuständigkeiten der EU begrenzt.

Historisch war die Außen- und Sicherheitspolitik kein Bestandteil der EWG-Politik. Mit der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ wurde sie Gegenstand der europäischen Integration und mit der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) seit Maastricht Bestandteil der Verträge. Artikel 11 beschreibt die Zielsetzungen mit den Worten „Wahrung des Friedens“, „Stärkung der internationalen Sicherheit“, „Förderung internationaler Zusammenarbeit“, „Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“

und „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“. Ein weiterer Schritt war 2016 die EU-Globalstrategie mit den Sofia-Einsätzen, die in der ersten Phase humanitären Charakter hatten. Mit der Europäischen Interventionsinitiative wurde dann eine außerhalb der EU angesiedelte Struktur geschaffen, der heute 13 Staaten angehören.

Hier zeigt sich die besondere Rolle Frankreichs in der EU. Nach Austritt von UK ist Frankreich einzige Atommacht und stärkste Militärmacht in der EU, in den meisten militärischen Konflikten involviert; hat darüber hinaus in der Außenpolitik eine besondere Haltung zu Russland. Auch sieht Frankreich aktuell das Militär als Schlüsselement internationaler Politik (Macron bei seiner Rede im Februar an der École Militaire), und agiert völlig schamfrei unilateral entsprechend der eigenen Interessen.

Die EU ist aufgrund der hohen Zahl der Mitglieder und deren unterschiedlichen Größe und mehr oder weniger starken Dominanz strukturell mit Fraktionierungen

in der politischen Positionsfindung konfrontiert. Die divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten müssen aber nicht unbedingt in Handlungsunfähigkeit der EU als ganzer enden oder in Einzelaktionen von EU-Staaten. Der weitgehend einheitliche Bezug auf den Multilateralismus ist hierbei eine wichtige Konstante. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat er eine politische Relevanz erfahren, Einrichtungen wie die WHO, das Pariser Klimaabkommen oder andere Formate regelmäßiger Treffen/Kommunikation sind Ausdruck davon. Sicher aktuell durch den Rückzug der USA aus diversen Strukturen unter Druck, gibt es doch ein weltweites Interesse am Ausbau solcher Strukturen, und in der EU kann der Bezug darauf vor allem auch eine Klammer nach innen bilden.

Dass die GASP mehr ist als ein institutionelles Forum zur Abstimmung der Interessen der Mitgliedsstaaten, wo jedes Land Vetorecht hat, zeigt sich an den Diskussionen um die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs. In den Verhandlungen zu seiner Einstellung und seinem Statut gab es keine einheitliche EU-Position. Zusätzlich hat die USA ihn

## Die EU, internationale Konventionen und Organisationen

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Die EU gilt als Befürworter des „Multilateralismus“ in internationalen Beziehungen. So stellt sie sich selbst auch dar, siehe z.B. die Entschließung des EU-Parlaments vom 11. Mai 2011 „Die EU als globaler Akteur und ihre Rolle in den multilateralen Organisationen“. Besonders stolz ist sie auf ihre Rolle bei der Einrichtung des „Internationalen Strafgerichtshofs“ (IStGH) der am 11. März 2003 in Den Haag seine Arbeit aufnahm und bisher u.a. Menschenrechtsverstöße im Kongo, in Uganda und Sudan verfolgt hat. Die USA lehnen den IStGH ab. Auch China, Indien, die Türkei und Israel erkennen ihn nicht an, Russland zog 2016 seine Anerkennung zurück.

Die UNO und ihre Unterorganisationen sind bis heute reserviert gegenüber der Mitgliedschaft von Staatenbünden, so dass die EU in den meisten UNO-Einrichtungen nur den Status eines „Beobachters“ hat. Das gilt für die UN-Vollversammlung seit 1974, ebenso für die ILO, die WHO, den IWF und die UNESCO. Mitglied ist die EU in der Welternährungsorganisation FAO (seit 1991), der Welthandelsorganisation WTO und der Internationalen Organisation für Tro-

penholz. Die Zusammenarbeit mit der UNO ist eng. Pro Jahr trägt die EU-Präsidentschaft etwa 200 UNO-Stellungnahmen zu internationalen Angelegenheiten mit. Relevant ist das besonders im Bereich Kriseninterventionen, bei denen UN und EU auch bilaterale Abkommen haben, um zusammen zu arbeiten. „Seit 2011 spricht der Präsident des Europäischen Rats im Namen der EU alljährlich vor der UN-Generalversammlung, die EU ist als einzige nichtstaatliche Organisation an über 50 UN-Übereinkommen beteiligt.“ (zit. aus BPB-Nachschlagewerk). Allerdings gilt das nicht für alle Bereiche: „Bei sensitiven Themen wie dem der nuklearen Abrüstung“, generell beim Thema Rüstung oder Abrüstung gilt das nicht (ebenda).

Die Kombination von Mitgliedschaft aller 27 Einzelstaaten und Beobachterstatus für die EU verschafft der „Gesamt-EU“ zusätzliches Gewicht. „Die EU und ihre Mitglieder sind der größte Finanzier der UNO. Sie gewährleisten 38% des Budgets der UNO, über 40% der UN-„Friedensoperationen“ und etwa die Hälfte aller Beiträge zu anderen UN-Fonds und -Programmen. Ähnliches gilt für die Weltbank und den IWF.

Auch bei internationalen Konventio-

nen ist das Bild mehrdeutig. So hat die EU die „Istanbuler Konvention“ zum Schutz von Frauen ratifiziert, die Klimakonventionen, Seerechts- und Luftfahrtkonventionen, die Kinderrechtskonvention und die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Die UN-Wanderarbeiterkonvention dagegen ist bis heute weder von einzelnen EU-Staaten noch von der EU selbst unterzeichnet. Auch die Genfer Flüchtlingskonvention ist nur von den EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Wer in der Datenbank des Europäischen Rats Verträge der EU mit internationalen Partnern sucht, findet dort 29 Verträge, darunter Geheimschutzabkommen mit der „Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation“ (einer 1996 errichteten Behörde in Bonn, die Rüstungsprojekte Italiens, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Spaniens koordiniert), mit der Weltraumagentur ESA und der Nato, ein Abkommen über Sicherheit in der Luftfahrt, das nach dem Desaster von Bophal entstandene Abkommen über die Kontrolle von Schadstoffen und Abkommen zur Finanzierung der Arbeit von UNWRA, der UN-Einrichtung zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlingslager.

**Quellen:** WIKIPEDIA, Übersicht über UN-Konventionen; Internationale Konventionen und Übereinkünfte der EU (zu finden unter <https://eur-lex.europa.eu>); Frank Hoffmeister, Aufsatz im „Common Market Law Review“ Nr. 44 vom 23.1.2007; Bundeszentrale für politische Bildung, Das Europalexikon. UN und EU; Anne Wetzel, Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, Die EU in internationalen Organisationen (Original in Englisch).

bekämpft. Dennoch kam ein Kompromiss zustande, und mit der Arbeitsaufnahme eine Abstimmung der EU-Staaten. Hier wird nicht gesagt, dass es an der Praxis des Strafgerichtshofs oder die faktische Außerkraftsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention durch EU-Staaten keine Kritik geben darf. Am Beispiel kann aber gesehen werden, dass Normen wie Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Grundrechte und ihre prozeduralen Verfahren über die Zeit Konsens stärken und Konflikte regulieren können.

Nun muss man der EU-Außenpolitik keinen ethischen Universalismus unterstellen, aber eine auf Dialog setzende internationale Politik hat positive Wirkung. Das EP hat am 17. September das türkische Parlament aufgerufen, das gemeinsame Parlamentskomitee wiederzubeleben. Und der Rat ruft am 2. Oktober „dazu auf, eine Multilaterale Konferenz über den östlichen Mittelmeerraum zu veranstalten. Auf der Konferenz könnten Themen behandelt werden, bei denen multilaterale Lösungen nötig sind, darunter Seengebiete, Sicherheit, Energie, Migration und wirt-

schaftliche Zusammenarbeit.“

Eine solche Form der Außenpolitik ist auch die einzige Chance, Konflikte, die oft lange zurückliegende Gründe haben und nicht rasch zu „lösen“ sind, wenigstens so zu moderieren, dass es zu keiner kriegerischen Auseinandersetzung kommt. Ihre Moderation zu ermöglichen, gegenseitige Interessen verstehen zu lernen – das sollte Agenda der EU sein unter der Voraussetzung, dass die Beteiligten sich auf Gewaltfreiheit als Basis und Voraussetzung einigen. Alternativen hierzu würden wesentlich in roher Durchsetzung von Herrschaftsverhältnissen bestehen (große über kleine Staaten, militärische Bedrohung, wirtschaftliche Dominanz und Abhängigkeit). In der zunehmenden Betonung, die EU müsse eine „dritte Macht“ neben den USA und China werden, deutet sich allerdings auch an, dass Kräfte, die die europäische Politik in eine eher aggressive Richtung treiben wollen, derzeit an Einfluss zunehmen. Eine Schranke dagegen kann sein, dass das Europäische Parlament künftig eine größere Rolle spielt.

Ausgewählte Quellen: Deitelhoff, Nicole; Burkhard Eva: **Europa vor Gericht: die EU-Außenpolitik und der Internationale Strafgerichtshof** | Emmanuelle Maître: **Zwischen Kontinuität und Innovation – Macrons Konzept der französischen Abschreckung**. In Weltrends Nr. 167, S. 41 bis 45



**Welt Trends**  
Das außenpolitische Journal  
[bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)  
[shop.welttrends.de](http://shop.welttrends.de)  
[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

## Die Akteur\*innen der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik

AXEL RUPPERT, BRÜSSEL

In der von der Europäischen Kommission 2016 vorgelegten „Globalen Strategie der Europäischen Union“ heißt es: „Wir brauchen ein stärkeres Europa. Das sind wir unseren Bürgern schuldig, das wird weltweit von uns erwartet.“<sup>1</sup> Wie dieses stärkere Europa in der Welt aussehen wird, das liegt fest in der Hand der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten. Sie haben die Gestaltungs- und Entscheidungsmacht in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union. Der Europäische Rat, sprich die Staats- und Regierungschefs, legen die allgemeinen Grundsätze und Leitlinien dieses Politikbereiches fest. Eine Schlüsselrolle kommt den Außenministerien zu: In der monatlichen Zusammenkunft der Außenminister\*innen im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ werden maßgebliche Entscheidungen für die Umsetzung der GASP getroffen. Dazu gehören auch zivile und militärische EU-Operationen und Sanktionen. Werden Themen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) besprochen, nehmen hier auch die Verteidigungsminister\*innen teil. Die zentrale Rolle der Ministerien wird auch

am 1999 eingerichteten Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee deutlich. Es versammelt Vertreter\*innen aus den Außenministerien der Mitgliedsstaaten und hat weitreichende Kompetenzen in der Europäischen Außenpolitik. Dazu gehören die Vorbereitung der Ministerratstreffen, die Beobachtung der internationalen Lage und die Überwachung der EU-Politiken, als auch die strategische Leitung und Kontrolle von Operationen und in Krisenfällen. Bezuglich der Vorbereitung der Ministerratstreffen gibt es eine starke Überschneidung mit den Aufgaben des sogenannten COREPER, der wöchentlichen Zusammenkunft der Leiter\*innen der Ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedsstaaten. Eine wichtige Rolle für die Themensetzung in der GASP, aber auch in der Bearbeitung ihrer vielen Kontroversen, nimmt die Ratspräsidentschaft ein, die gerade von Deutschland für sechs Monate gehalten wird.

Vonseiten der Europäischen Kommission übernimmt der/die Hohe Vertreter\*in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik die Koordinierung der GASP-Umsetzung. Dieses Amt hat gerade Josep Borrell inne, der bei seiner Einführung forderte, die EU müsse häufiger die „Sprache der Macht“<sup>2</sup> sprechen. Zu seinen Aufgaben

gehört es unter anderem, „Fortschritte in Richtung einer europäischen Verteidigungsunion“ zu unternehmen und die Rolle der EU als „global leader“ mit ihrer Fähigkeit, „autonom“<sup>3</sup> zu handeln, zu stärken. Dabei kann Borrell auf den Auswärtigen Europäischen Dienst (EAD) mit circa 140 diplomatischen Vertretungen weltweit zurückgreifen. Der EAD übernimmt als eigenständige Institution unter anderem die Steuerung von EU-Missionen im Rahmen der GASP oder die Umsetzung von EU-Finanzinstrumenten der EU-Entwicklungsarbeit.

Das Europäische Parlament ist in die Entscheidungsprozesse der GASP hingegen nicht direkt eingebunden. Dem Parlament kommt lediglich eine beratende Rolle zu und es wird regelmäßig von Rat und Kommission unterrichtet. Das soll aber nicht über die engagierte und wichtige Arbeit derjenigen Abgeordneten im Parlament hinwegtäuschen, die sich im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und seinen beiden Unterausschüssen für Sicherheit und Verteidigung und für Menschenrechte kritisch mit der GASP auseinandersetzen und nicht zuletzt auch die Militarisierung der Europäischen Union beleuchten und in die Öffentlichkeit bringen.

<sup>1</sup> Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe – A Global Strategy for the European Union’s Foreign and Security Policy (2016): [https://eeas.europa.eu/archives/docs/top\\_stories/pdf/eugs\\_review\\_web.pdf](https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf) <sup>2</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/neuer-eu-chefdiplomat-borrell-will-sprache-der-macht-100.html> <sup>3</sup> [https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/borrell-fontelles\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/borrell-fontelles_en)

# Rechte Provokationen – demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN. ZUSAMMENGESTELLT VON ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN, HESSEN

**Reichskriegsflagge verbieten!** In mehreren Bundesländern wächst die Unterstützung für ein Verbot der Reichskriegsflagge. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Hamburg sprechen sich dafür aus, das Zeigen der Flagge im öffentlichen Raum zu untersagen, auch Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, NRW, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Berlin prüfen die Möglichkeit für ein Verbot. Manche plädieren für ein bundesweit einheitliches Vorgehen. Bremen hatte bereits Mitte September beschlossen, die Reichskriegsflagge, die Rechtsextremen als Erkennungszeichen dient, aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

**Ethnopluralistischer Bundestagsantrag der AfD. Sitzungswoche 16. bis 18.9.:** „Außerhalb des Kulturräums der modernen aufgeklärten Welt herrschen andere Leitvorstellungen. Sie sind den dortigen Bevölkerungen durch jahrhundertelanges Leben in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit, vermittelt durch viele rahmenggebende Institutionen und Erfahrungen wie Recht, Religion, Geschichte und dem Verhältnis von Staatsaufbau und gesellschaftlichen Akteuren, ebenso tief angepasst und angewöhnt wie andererseits den modernen aufgeklärten Gesellschaften ihre Leitvorstellungen. So stehen diese Voraussetzungen – sowie ihre gelebte Verinnerlichung in der Bevölkerung in ... den modernen aufgeklärten Staaten einerseits und den muslimischen und afrikanischen Staaten andererseits, in scharfer Ausprägung und diametraler Entgegensetzung einander gegenüber. Bei künstlich angestoßenen Bevölkerungswanderungen von der einen in die andere Kulturregion wird es vorhersehbarweise konfliktträchtige Reibungen geben.“ Ob Kolonialismus, Rassismus, Antisemitismus zu diesen jahrhundertelang angewöhnten Traditionen der aufgeklärten Gesellschaften gehören, sagt der Antrag nicht. Nur, dass ein Zusammenleben von Menschen dieser unterschiedlich definierten Kulturräume prinzipiell unmöglich ist. Daraus folgt das im Antrag u.a. skizzierte und von der AfD geforderte Deportationsprogramm, mit dem Hundertausende Menschen „vor die deutsche Grenze zurückzuführen“ oder anderweitig abzuschieben seien.

**„Corona-Hysterie“ und „Merkel-Diktatur“ waren die ideologischen Leitplanken der AfD in der Woche 29.9. bis 2.10.** „Wir fordern die Bundesregierung auf, die Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen

Lebens unverzüglich zu beenden, nur die kleine Risikogruppe wirklich wirksam zu schützen und die anderen Menschen endlich realistisch, anstatt hysterisch über die geringe Covid-Bedrohungslage zu informieren. Stoppen Sie die Maskerade der Nation!“ (Gerd Wiegel, Drs. 19/22515 Deutscher Bundestag, Protokoll 178. Sitzung)

**Kein Schlussstrich!** NSU-Watch hat u.a. das große Verdienst, den Münchener NSU-Prozess beobachtet und protokolliert zu haben. Kürzlich nun hat NSU-Watch ein Buch über den NSU-Komplex und den Münchener Prozess veröffentlicht. In der Pressemitteilung dazu heißt es: „Es hat lange gedauert, aber wir sind uns sicher, dass die intensive Arbeit an der Analyse sich gelohnt hat: Ende August erschien das Buch „Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess“. Mit der Publikation zieht NSU-Watch einerseits ein Resümee des NSU-Prozesses. Es führt zurück in den Gerichtssaal und beschreibt anhand maßgeblicher Akteur\*innen den Prozessverlauf. Das Urteil im Münchener Prozess aber hat keinen Schlussstrich unter den NSU-Komplex gezogen. Zu vieles – etwa zum Netzwerk des NSU und zur staatlichen Mitverantwortung an den Morden und Bombenanschlägen – ist weiterhin unaufgeklärt. „Aufklären und Einmischen“ ist daher andererseits keine detaillierte Nacherzählung des Prozesses. Stattdessen legt NSU-Watch entlang des Prozesses seine Perspektive auf den NSU-Komplex, rechten Terror und Rassismus dar. Dabei geht es auch um die Entwicklung der Arbeit von NSU-Watch – in der Hoffnung, Hilfestellung auch für andere Aktive zu geben.“

Aufklären und einmischen – der NSU-Komplex und der Münchener Prozess | NSU Watch | Broschur, 232 Seiten, Preis: 18,00 €, ISBN: 9783957324221

**Die Linke im Thüringer Landtag zum Lagebericht Thema Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden.** Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag erklärt: „Im Lagebericht [des Bundesinnenministers] werden im Wesentlichen die seit Jahren bekannten Straf- und Disziplinarverfahren der Länder zusammengerechnet und auch nur das, was die Behörden freiwillig gemeldet haben. Weder erfährt die Öffentlichkeit etwas wirklich Neues, noch wird ein realistisches Bild gezeichnet. Der Lagebe-

richt verdeutlicht vor allem, dass es an validen Daten fehlt.“

Dies seien vor allem: Material über diskriminierendes bzw. einstellungsmotiviertes Fehlverhalten im Rahmen von Polizeieinsätzen, Einstellungsuntersuchungen etwa auch zu Ungleichwertigkeitsvorstellungen und politischen Positionen, Vorkommnisse mit vermeintlich diskriminierenden Charakter aus dem Erleben von Betroffenen sowie Polizist\*innen im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen sowie das Prüfen polizeilicher Maßnahmen aufgrund struktureller und gesetzlicher Vorschriften, die gegebenenfalls Diskriminierung befördern.

Der Innenpolitiker verweist zudem auf das hohe Dunkelfeld, das sich durch die zahlreich geschilderten Erfahrungen im Zusammenhang mit Racial Profiling erahnen lässt, die aber nur selten überhaupt zur Anzeige führen. Für Dittes ist das Lagebild ein neuerlicher Beleg für die Notwendigkeit einer unabhängigen wissenschaftlichen Studie.

Wichtig sei, dass sowohl das Ausschreibungsverfahren als auch die Studie Vertreter von Antidiskriminierungs- und Menschenrechtsverbänden, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Demokratieforschern und People of Colour begleiten. Zudem sollten Vertreter aus Polizei, Polizeibildungseinrichtungen, Polizeivertrauensstelle, Personalräten und Gewerkschaften involviert werden ... „Eine wissenschaftliche Studie würde nicht nur Datenlücken schließen, sondern könnte wichtige Erkenntnisse für Aus- und Fortbildung liefern und somit für eine Verbesserung der Fehlerkultur in den Sicherheitsbehörden sorgen.“ (DIE-LINKE-THL.DE)

**Essener Rat verurteilt rechtsextreme Vorfälle bei Polizei.** Im Juni kam es im Rat der Stadt Essen zu einer aggressiven Debatte, als die linke Fraktion einen polizeikritischen Änderungsantrag zu der Resolution von SPD und CDU: „Solidarität mit den Essener Einsatzkräften bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten“ gestellt hatte, die mittlerweile in der Presse als Persilschein für die Polizei bezeichnet wird. Nach Bekanntwerden der rechtsextremen Vorfälle beim Polizeipräsidium Essen im September, hat die linke Fraktion das per Dringlichkeitsantrag für den Rat thematisiert. Groko und Grüne haben mit eigenen Anträgen nachgezogen. Der Antrag der Groko war wieder mal unzureichend, strukturelle Probleme kamen nicht zur Sprache und es wurde wieder vor „Pauschalverurteilungen“ gewarnt – allerdings nur der Polizei, nicht etwa von Migranten und Menschen mit dunkler Hautfarbe. Aber immerhin wurden die Vorfälle in der Polizei einhellig verurteilt, aggressiv war auch niemand mehr, eher kleinlaut. THORSTEN JANNOFF

# Der Militarismus der AfD

CHRISTINE BUCHHOLZ, AVA MATHEIS, BERLIN\*

Die AfD offenbart in ihrem Konzeptpapier „Streitkraft Bundeswehr. Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands“, dass sie die politische Einhegung des Militärs überwinden will, ein Traditionenverständnis in positivem Bezug auf die Wehrmacht und Reichswehr verankern will sowie einen ungehemmten Aufrüstungskurs verfolgt. Damit kann sie an die Politik der bisherigen Bundesregierungen anknüpfen und geht darüber hinaus. Wer Auslandseinsätze, Aufrüstung und jede Militarisierung der Gesellschaft ablehnt, muss sich sowohl gegen den Militarismus der AfD sowie den der Bundesregierung stellen.

Grundsätzlich gilt: mit der AfD – einer Partei, in der Faschisten weiter an Einfluss gewinnen – arbeitet man nicht zusammen. Wie auch in anderen Bereichen vertritt die AfD in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik diametral entgegengesetzte Positionen zur Linken. Das zeigt sich auch im Abstimmungsverhalten der AfD in Bezug auf Rüstungsprojekte und Militarismus. Wenn es in Einzelfällen ein identisches Abstimmungsverhalten gibt – z.B. in Bezug auf den Auslandseinsatz in Mali – sind die Beweggründe grundverschieden: Der AfD ist der Einsatz nicht „robust“ genug, die Linke lehnt Auslandseinsätze grundsätzlich ab.

## Stärkung des Militärischen, Schwächung des Politischen

Die Ausgangsbeschreibung für die AfD: „Die Bundeswehr als Ganzes ist nicht einsatzbereit.“<sup>1</sup> Um die „Verteidigungsbereitschaft Deutschlands“ wiederherzustellen ist für die AfD eine umfassende Neuaufstellung der Bundeswehr notwendig. Zu diesem Zweck will sie eine permanente und massive Aufrüstung grundgesetzlich festlegen. Die Höhe der Rüstungsausgaben und Investitionen müssen laut AfD „mindestens 20% des Gesamtetats der Bundeswehr betragen.“

Man muss sich keine Illusionen über die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse machen: Der Aufrüstungskurs der letzten Jahre wurde von der überwältigen Mehrheit des Bundestags mitge-

tragen. Die Loslösung der Entscheidung über den Verteidigungshaushalt aus den Händen des Parlaments ist dennoch ein Rückschritt im Vergleich zum jetzigen Status Quo.

Auch das Beschaffungswesen soll unter militärische Kontrolle gebracht werden. Dazu will die AfD die Trennung zwischen der zivilen Bundeswehrverwaltung und den Streitkräften aufheben. Diese Trennung wurde 1956 grundgesetzlich festgelegt, um die Macht der neu aufgestellten Streitkräfte einzudämmen. Auch den im Potsdamer Abkommen von 1945 verbotenen Generalstab will die AfD wieder einführen. Damit würden Planungs- und Beratungskompetenzen vom Verteidigungsministerium in die Hand der Streitkräfte gelegt werden. Die Forderung nach dem Aufbau einer „unabhängigen Militärjustiz“ dient der Entkopplung des Militärischen vom zivilen Einfluss. Ergebnis wäre eine Paralleljustiz für Soldatinnen und Soldaten. Die US-amerikanische Militärjustiz wird von Amnesty International<sup>2</sup> immer wieder kritisiert, dass US-Soldaten Tausende Zivilisten in Afghanistan getötet haben, aber kaum ein Strafverfahren eröffnet wurde. Die AfD-Vorschläge ziehen darauf ab, das Militär als „Staat im Staate“ wiederherzustellen, wie es die Reichswehr der Weimarer Republik war.

## Der Soldat für die „Unerbittlichkeit des Kampfes“

Mit einer „geistig-moralische[n] Reform“ zielt die AfD darauf ab, Soldaten für ihren Kernauftrag – und die „Unerbittlichkeit des Kampfes“ – auszubilden. Wenn die AfD schreibt, die Bundeswehr ist eine „Armee der Deutschen“, meint sie damit: Nicht jeder Staatsbürger kann ihrem Verständnis nach Soldat werden, sondern nur Deutsche ohne Migrationshintergrund. Auch Arbeitnehmerrechte sollen im Zuge der „geistig-moralischen Reform“ geschliffen werden. Im Juni 2019 stimmte die AfD im Bundestag dafür, zivile Arbeitszeitregelungen für Soldaten zu kippen. Das ist nichts Neues, auch ansonsten gerät die AfD in Widerspruch zu den sozialen Interessen der Soldatinnen und Soldaten.

Unter „Fürsorge“,<sup>3</sup> so erläutert der verteidigungspolitische Sprecher der AfD, Rüdiger Lucassen, im NDR-Interview, versteht die AfD stattdessen die Ausbildung zum Kampf: „Kämpfe, auch vor allem dann wenn sie irregulär stattfin-

den, haben nun einmal etwas Perfides an sich und hierbei Soldaten auf den (...) höchstwahrscheinlich schlimmsten Fall vorzubereiten, bedeutet eben auch, sie körperlich und psychisch so auszubilden, dass sie (...) auch in einem unerbittlichen Kampf bestehen können.“<sup>4</sup> Als Leitspruch für eine Ausbildung in diesem Sinne wird in dem Papier das Prinzip „Schweiß spart Blut“ gewählt. Das Zitat geht zurück auf Erwin Rommel und ist der Name eines Propaganda-Kriegsfilms aus dem Jahr 1944. Die Tugenden eines Soldaten sind für die AfD „Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit“, das erinnert stark an den SS-Wahlspruch „Meine Ehre heißt Treue“.

In Bezug auf das Traditionenverständnis der AfD hat der heutige Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland bereits auf dem Kyffhäusertreffen 2017 gesagt: Wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder den Kriegspremier Winston Churchill seien, „haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.<sup>5</sup> Die AfD schreibt in ihrem Verteidigungspapier, dass die Soldaten der Bundeswehr ihre Militärtradition zu wesentlichen Teilen selbst bestimmen sollen. Auch wenn Wehrmacht und Reichswehr nicht explizit genannt werden: Die AfD strebt eine Bundeswehr an, die als unabhängige Macht im Staat agiert, während zugleich die Wehrmachtstradition enttabuisiert werden soll.

## Bezüge zum historischen Faschismus: „Wehrwille“

Um den „Wehrwille[n] des deutschen Volkes“ und die „Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft“ zu stärken, will die AfD die Wehrpflicht wieder einführen. Der Bezug auf faschistisches Ideengut ist hier unverhohlen: Den „Wehrwillen“ der Bevölkerung beschwore Adolf Hitler in einer Rede 1933 vor der Reichswehr.<sup>6</sup> Neben der ideologischen Funktion dient die Wehrpflicht auch der Mobilisierung für die Aufstockung der Streitkräfte und der Reservisten. Nur in Ausnahmefällen soll eine Verweigerung des Kriegsdienstes möglich sein. Frauen sollen nicht wehrpflichtig sein, können aber freiwillig antreten.

Nach Vorstellung der AfD soll sich die Bundesregierung für die „gesellschaftliche Privilegierung ihrer Soldaten“ einsetzen. Zwar finden öffentliche Gelöbnisse

<sup>1</sup> Zitate beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Konzeptpapier „Streitkraft Bundeswehr. Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands“, URL: <https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/06/Endfassung-SK-Bundeswehr-26.06.pdf> <sup>2</sup> Amnesty International (2014) Afghanistan: US-Militärjustiz muss Tod von tausenden Zivilpersonen aufklären, URL: <https://www.amnesty.de/2014/8/8/afghanistan-us-militaerjustiz-muss-tod-von-tausenden-zivilpersonen-aufklaeren> <sup>3</sup> NDR (2020) Streitkräfte und Strategien, URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Lucassen-Entwicklung-zur-Verweichlichung-der-Streitkraeften,audio568688.html> <sup>4</sup> Ebd. <sup>5</sup> Frankfurter Rundschau (2019) Gauland will stolz sein „auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen“, URL: <https://www.fr.de/politik/gauland-will-stolz-sein-auf-leistungen-deutscher-soldaten-weltkriegen-11087638.html> <sup>6</sup> VVN-BDA (2020) Rede Hitlers vor der Reichswehr, URL: <https://dasjahr1933.de/3-februar-1933-rede-hitlers-vor-der-reichswehr/> >>

\* CHRISTINE BUCHHOLZ (Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke und vertritt diese im Verteidigungsausschuss des Bundestages), AVA MATHEIS (Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestagsbüro von Christine Buchholz), Berlin, 7.10.2020



Das Hamburger Deserteursdenkmal des Bildhauers Volker Lang wurde 2015 eingeweiht. Es ist ein Gedenkort für Wehrmachtsdeserteure und steht für eine diametral entgegengesetzte Erinnerungskultur zum Kriegerdenkmal von 1936 (im Hintergrund). Erst zwischen 1998 und 2009 erkannte der Deutsche Bundestag Deserteure, sogenannte „Wehrkraftzersetzer“ und „Kriegsverräter“ als Opfer nationalsozialistischer Unrechtsjustiz an. Heute gibt es in Deutschland rund dreißig Denkmäler für Deserteure. [www.zeitgeschichte-online.de](http://www.zeitgeschichte-online.de)

Seit Juni 2020 steht eine neue Skulptur eines Minen-Opfers auf Krücken am Erwin-Rommel-Denkmal. Die Skulptur soll an die Kriegsopfer erinnern. 1961 wurde von ehemaligen Wehrmachtssangehörigen das Rommel-Denkmal errichtet. Die Skulptur des einbeinigen Minenopfers auf Krücken, die der Künstler Rainer Jooß schuf, symbolisiert die Kriegsopfer und die Kriegsgegnerschaft, die ein Kernelement demokratischen Erinnerungskulturs darstellt. Hunderttausende Minen ließ Generalfeldmarschall Rommel im Krieg gegen Großbritannien auf libyschem und ägyptischem Boden verlegen, die weiterhin töten und verletzen. [www.rommel-denkmal.de](http://www.rommel-denkmal.de). Bildabdruck mit Genehmigung der Stadt Heidenheim.

jetzt schon statt und Soldaten dürfen seit Kurzem kostenlos in der Bahn fahren. Die AfD will aber noch viel weiter gehen: Die Politik soll dafür Sorge tragen, dass Soldaten geehrt und privilegiert werden. Dazu will sie Wissen über den Auftrag von Soldaten – den „Kampf“ – an Schulen lehren lassen. Nach Vorstellung der AfD soll es wieder große Militärparaden zum Tag der deutschen Einheit in Berlin geben, Anfeindungen gegen Soldaten sollen strafrechtlich verfolgt werden können. Es geht der AfD darum, die Sichtbarkeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zu erhöhen, um damit das Militärische als Teil nationaler Politik wieder deutlich zu stärken. Ziel der Bundeswehrreform der AfD ist die Militarisierung der Zivilgesellschaft.

#### Aufbauprogramm für die Rüstungsindustrie

Soldaten sind in der AfD stark vertreten: 14 Abgeordnete der insgesamt 91 Mitglieder der AfD-Fraktion im Bundestag haben mehr als einen Wehrdienst geleistet. Zwei der AfD-Mitglieder im Verteidigungsausschuss kommen aus der Rüstungsindustrie. Unter den Abgeordneten der Landtags-Fraktionen finden sich rund 10 Prozent Soldaten. Die AfD gibt selbst an, dass rund 2100 Soldaten unter ihren 35000 Mitgliedern sind.<sup>7</sup> Sie spielt sich immer wieder als Anwältin für Soldaten auf, indem sie Unzufriedenheiten aufgreift.

Mit Rüdiger Lucassen und Gerold Otten sitzen gleich zwei Vertreter der Rüstungsindustrie für die AfD im Ver-

teidigungsausschuss. Lucassen war Geschäftsführer der pro-ades GmbH, die offiziell seiner Frau gehörte. Die Firma war laut „Spiegel“ an der „computergestützten Ausbildung“ der Landstreitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate beteiligt.<sup>8</sup> Gerold Otten hat 20 Jahre lang für Europas größtes Rüstungsunternehmen, Airbus Defence and Space, gearbeitet.<sup>9</sup>

Für Lucassen ist der Schutz und die Weiterentwicklung von Rüstungstechnologien von „existentieller Bedeutung“.<sup>10</sup> Der im Papier geforderte „nationale Beschaffungspakt“ und garantierte Exportquoten sollen gewährleisten, dass die deutsche Rüstungsindustrie ihre „Schlüsseltechnologien und Kernfähigkeiten“ weiterentwickeln kann. In Sachen Aufrüstung treibt die AfD die große Koalition vor sich her – bspw. in der Frage der Bewaffnung von Drohnen

#### „Heimatschutz“, Ja zur Nato und Absage an die EU

Die AfD verwischt in ihrem Papier den Unterschied zwischen „innerer und äußerer Sicherheit“. Daraus folgt sie: Um „Heimatschutz“ gewährleisten zu können müsse der Inlandseinsatz der Bundeswehr erlaubt und normalisiert werden.

Für den Verteidigungsfall soll die Bundeswehr nach Vorstellung der AfD „Alarmkräfte“ aufstellen, in die Reservisten eingebunden werden (S. 33). Das Reservistenkorps will sie zu einer 50 000 Soldaten umfassenden Nationalgarde umwandeln. Diese soll nach Wunsch der

AfD Terrorangriffe, Drohnenangriffe oder Angriffe mit gekaperten Flugzeugen abwehren. Außerdem soll die Bundeswehr unter anderem Mobilmachungszentren betreiben und gemeinsam mit Reservisten die gesamte kritische Infrastruktur schützen können.

Sowohl die regulären Streitkräfte als auch die Reserve sollen nach Wunsch der AfD die Bundespolizei beim Grenzschutz unterstützen. Das passt ins Bild: Bereits 2016 forderten Beatrix von Storch und Frauke Petry den Einsatz von Schusswaffen gegen Geflüchtete an den deutschen Außengrenzen. In der rassistischen Logik der AfD ist das konsequent, werden Geflüchtete doch als „Invasoren“ gesehen.

Die AfD lehnt Auslandseinsätze nicht generell ab, gibt der „Landesverteidigung“ aber Vorrang. Maßstab für sie sind die eng definierten nationalen Interessen Deutschlands, wogegen sie multilaterale Ansätze ablehnt. Der Logik folgend, dass „innere und äußere Sicherheit“ verschwimmen, will sie die Bundeswehr im Ausland zur „Gefahrenabwehr und Strafverfolgung“ auch gegen den Willen anderer Staaten einsetzen. Das Motto: Je „robuster“ das Vorgehen, desto größer die Abschreckung. Am Beispiel Mali wird das deutlich. Zwar stimmt die AfD regelmäßig gegen die Verlängerung der Bundeswehr-Mandate in Mali. Für den AfD-Nationalkonservativen Lucassen steht der Einsatz der Bundeswehr in keinem „angemessenen Verhältnis zum Ergebnis“. Er will einen „robusten Ein-

<sup>7</sup> Naumann/Hock (2020) Heimat für Law & Order? Soldaten und Polizisten in den AfD-Fraktionen, URL: <https://libmod.de/hock-naumann-afd-soldaten-polizisten/> <sup>8</sup> Spiegel (2017) Deals im Morgenland, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-153650424.html> <sup>9</sup> Deutscher Bundestag (2020) Gerold Otten, URL: <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/0/522500-522500> <sup>10</sup> AfD (2019) Lucassen: Liberalisierung der deutschen Rüstungsexportpolitik statt sprunghafter Moralismus, URL: <https://www.afdbundestag.de/lucassen-liberalisierung-der-deutschen-ruestungsexportpolitik-statt-sprunghafter-moralismus/> <sup>11</sup> Deutscher Bundestag (2018) Stenografischer Bericht 26. Sitzung, URL: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19026.pdf#P2398>

satz gegen Terror, gegen Kriminalität und gegen irreguläre Migration“,<sup>11</sup> da sonst unnötig Kräfte gebunden würden. Das Abstimmungsverhalten darf also nicht mit Zurückhaltung bei Auslandseinsätzen verwechselt werden.

Zwar gibt es in der AfD auch Nato-kritische Stimmen, in Sachen Bündnispolitik betont das Papier aber die Wichtigkeit der Nato als „sicherheitspolitische Rückversicherung“. Auch die nukleare Teilhabe stellt die AfD nicht in Frage – und spricht sich dafür aus, eine „gleichwertige Alternative“ zu suchen, d.h. sie argumentiert hier implizit für eine atomare Bewaffnung Deutschlands. Es ist als ein Signal an die pro-russischen Stimmen in der AfD zu werten, dass neben der deutschen Führungsrolle in der Nato eine nicht weiter ausbuchstabierte Entspannungspolitik gegenüber Russland gefordert wird. Übereinstimmend mit ihrer Ablehnung einer integrierten Europäischen Union (EU), lehnt die AfD auch den Aufbau einer „EU-Armee“ als eine „Parallelstruktur“ zur Nato ab.

#### Brüche und Kontinuitäten: Die AfD und die Politik der Bundesregierung

Bereits mit ihrer Gründung 1955 war in der Bundeswehr ein zwiespältiges Verhältnis zwischen Reform – in Form der „Inneren Führung“ und dem Bild des „Staatsbürgers in Uniform“ – und dem alten deutschen Militarismus angelegt. Ursula von der Leyen und ihre Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer haben – auf massiven Druck, der realen Gefahr des Vordringens von AfD und Nazis in die Bundeswehr und aus Angst vor einer angekratzten internationalen Reputation der Bundeswehr – weitere Schritte in Richtung Aufklärung rechter Netzwerke und eines Bruchs mit Traditionslinien des deutschen Faschismus unternommen.

Dem will sich die AfD mit ihrer Bundeswehrreform entledigen. Dafür gibt die Politik der vergangenen Bundesregierungen den Resonanzboden: Wirklich konsequent wurde der Bruch nie verfolgt. Offenkundigstes Indiz dafür sind die unzähligen nach Nazi-Offizieren und Kriegsverbrechern der Wehrmacht benannten Kasernen, NS-Lehrmaterial, NS-Liedgut und die Teilnahme von Wehrmachtsveteranen an Gedenkveranstaltungen. Was Kramp-Karrenbauer und von der Leyen anstreben, ist eine „neuer“ deutschen Militarismus für eine moderne und schlagkräftige Armee im Einsatz und den Bruch mit Wehrmachts- und Reichswehrtraditionen. Die AfD ist

die parlamentarische Kraft, die die Rechten innerhalb und außerhalb des Militärs gegen diese Bemühungen mobilisiert.

Die zeitweise Ablehnung von Auslandseinsätzen ist kein Bruch mit dem seit 1991 forcierten Interventionskurs der Bundeswehr, sondern vorläufiges Ergebnis einer Abwägung strategischer Interessen. Hinter dem Umbau der Bundeswehr zur globalen Einsatzarmee stehen die Anforderungen von Teilen des deutschen Kapitals. Diese sind durch eine hohe Exportabhängigkeit und hohen Grad der Transnationalisierung darauf angewiesen, Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sicherzustellen. Die interventionistische Außenpolitik ist Ausdruck dieser Kapitalinteressen. Die AfD als Oppositionskraft macht sich diese Anforderungen derzeit (noch) nicht stringent zu Eigen – auch, weil sie für ein anderes, deutlich nationaler ausgerichtetes Konzept kapitalistischer Verwertung eintritt.

Entgegen ihrer Rhetorik bricht die AfD auch in Sachen Aufrüstung nicht mit dem Kurs der letzten Bundesregierungen. Diese rüsteten konsequent auf: Seit 2014 hat sich der Verteidigungshaushalt um knapp die Hälfte (44,4%) vergrößert. Auch das einbrechende Wirtschaftsvolumen infolge der Auswirkungen der Corona-Pandemie führt nicht zu einem Umschwenken. Im Gegenteil: Kramp-Karrenbauer dachte öffentlich darüber nach, das Nato-2%-Ziel durch das Ziel, künftig „10 Prozent der Fähigkeiten“<sup>12</sup> bei der Nato zu stellen, zu ersetzen. Derzeit wären das rund 93 Mrd. Euro. Die AfD drängt auf eine grundgesetzlich verankerte, massive Ausweitung des bisherigen Kurses. Sie will den Einfluss der Rüstungsindustrie auf politische Prozesse erhöhen, das Militär und die Rüstungsindustrie eng miteinander verzahnen.

Auch in der Frage des Inlandseinsatzes der Bundeswehr haben vergangene Bundesregierungen und insbesondere die CDU Vorlagen geliefert. Mit den Notstandsgesetzen von 1968 wurde der Inlandseinsatz der Bundeswehr, unter anderem im Falle eines „inneren Notstands“ (Art. 87a GG), ermöglicht. Unter diesem vagen Begriff lässt sich sowohl eine landesweite Katastrophe, aber auch ein Aufstand verstehen. Da ein solcher Notstand selten ist, arbeiten konservative Politiker seit vielen Jahrzehnten daran, die bestehenden Instrumente über die Gewährung von „Amtshilfe“ im Rahmen des Artikels 35 des Grundgesetzes auszunutzen, um die Bundeswehr

als „Krisenhelfer“ im Innern präsent zu machen.

Im Bundeswehr-Weißbuch von 2016 werden „äußere und innere Sicherheit“ auffällig oft in einem Atemzug genannt, begleitend wird der Aufbau von Strukturen für den Inlandseinsatz vorangetrieben.<sup>13</sup> Im Juli 2020 stellte Kramp-Karrenbauer den neuen Bundeswehr-Freiwilligendienst „Dein Jahr für Deutschland – freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz“ vor. 1000 Teilnehmer sollen eine siebenmonatige militärische Ausbildung durchlaufen und anschließend einen Reservedienst leisten. Dabei geht es explizit um den Einsatz im Inneren: Im Verteidigungsfall soll die Reserve wichtige Infrastruktur schützen, im Frieden soll sie Krisenhelfer sein. Der Name zeugt von einem geschichtsvergessenen Umgang mit dem Wort Heimatschutz.

Der AfD-„Heimatschutz“ ist weitergehend: Die grundgesetzlich festgelegten Regeln zum Einsatz der Bundeswehr im Falle eines „inneren Notstands“ und im „Verteidigungs- und Spannungsfall“ sollen gänzlich geschliffen werden. Reservisten sollen zur Unterstützung der Polizei und zum Grenzschutz eingesetzt werden. Damit wird das Verschmelzen der „inneren und äußeren Sicherheit“ an ihr logisches Ende geführt. Kramp-Karrenbauers Vorstoß wirkt wie eine zahlenmäßig klein gestrickte Vorarbeit in diese Richtung.

Die AfD verfolgt das Ziel einer massiven Aufrüstung, der Stärkung der Rüstungsindustrie und der gesellschaftlichen Militarisierung. Das ist nichts Neues, damit treibt die AfD nur auf die Spalte, was die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte vorgemacht haben. Doch sie geht über das Bestehende hinaus: Sie nimmt offen Anleihen an faschistischem Gedankengut und will die Bundeswehr von parlamentarischen Einflüssen weiter abkoppeln. Das Papier zeigt: Das Zurück zu einem Militär nach Vorbild der Reichswehr, der Bezug zur Wehrmacht und damit zum historischen Faschismus scheint auch unter den Nationalkonservativen wie dem Verteidigungspolitiker Lucassen Konsens zu sein.

Die drei Grundprinzipien der Linken – das Nein zu Auslandseinsätzen, das Nein zur Aufrüstung jeder Art und das Nein zur Militarisierung – gebieten den Kampf gegen den Militarismus der AfD sowie den der Bundesregierung. Das AfD-Papier verdeutlicht: Der Kampf gegen den Faschismus muss auch antimilitaristisch sein.

<sup>12</sup> Spiegel (2020) Bundeswehr soll künftig „zehn Prozent der Fähigkeiten“ in der Nato stellen, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/annegret-kramp-karrenbauer-bundeswehr-soll-kuenftig-10-prozent-der-faehigkeiten-in-der-nato-stellen-a-8baf82cd-3e61-49a0-94d1-5874938d8504> <sup>13</sup> Rosa-Luxemburg-Stiftung (2016) Schwarzbuch. Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr. URL: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publikationen/Schwarzbuch\\_Bundeswehr\\_August\\_2016.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Schwarzbuch_Bundeswehr_August_2016.pdf)

# „Krieg im Pazifik“ unvermeidlich?

HARDY VOLLMER, FREIBURG

„Krieg im Pazifik“ titelt die FAZ am 3.9.2020. Der Autor des Artikels sieht das Ende der Pax Amerikana in der Region. „Genau 75 Jahre nach dem Ende des Pazifikkriegs schürt der „neue Kalte Krieg“ zwischen Amerika und China nun allerdings die Angst vor einer neuen „heißen“ Konfrontation. Das Verhältnis der beiden Mächte hat sich in den vergangenen Jahren über fast alle Politikfelder hinweg stark verschlechtert. In Südostasien, das schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders betroffen war, warnen immer mehr Stimmen vor einem militärischen Konflikt. Als möglicher Auslöser gilt neben einem Angriff Chinas auf Taiwan eine Eskalation im Südchinesischen Meer.“<sup>1</sup>

In einer von der Rosa Luxemburg-Stiftung herausgegeben Broschüre von Ingar Solty mit dem bezeichnenden Titel: „Der kommende Krieg“<sup>2</sup> heißt es:

„Im US-Pentagon rechnet man längst damit, dass ein großer Krieg mit China unvermeidlich sein wird, selbst wenn damit ein Dritter Weltkrieg mit Atomwaffen und die völlige Auslöschung der Menschheit drohen.“ Nach Solty arbeiten die USA nach ihrer Aufkündigung des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) an der Modernisierung ihrer Atomwaffen, die auch in Deutschland stationiert sind. Es geht ihnen um den Ausbau von Erstschlagkapazitäten und Zweitschlagverhinderungsmöglichkeiten. Hierfür entwickeln sie sogenannte Mini-Nukes. Die haben die Sprengkraft der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki. Auch führen sie Verhandlungen mit westpazifischen Staaten, um dort – gegen China gerichtet – entsprechende Mittelstreckenträgerraketen zu stationieren. Zudem verfügen die USA über wenigstens 800 Militärbasen weltweit. Die USA gaben 2017 685,9 Milliarden US-Dollar für Rüstung aus und werden diese Ausgaben 2020 auf über 750 Milliarden US-Dollar steigern. Die Nato-Staaten gaben 2017 ganze 956,6 Milliarden US-Dollar für Rüstung aus.

Wer bedroht hier wen?

Vergleichen wir dagegen die Entwicklung der Rüstungsausgaben der VR China, muss man sich wirklich die Frage stellen: Wer bedroht wen? Und die Frage lässt sich eindeutig beantworten.

So stiegen nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensfor-



schungsinstituts Sipri die chinesischen Militärausgaben zwischen 1991 und 2017 von 22,4 auf 228,2 Milliarden US-Dollar, im Jahr 2020 sollen sie 241 Milliarden US-Dollar betragen. Nimmt man jetzt noch die russischen Militärausgaben von 2020 hinzu, die nach Sipri 55,3 Milliarden US-Dollar betragen, so kommen wir bei den Militärausgaben auf ein Verhältnis von 1 Billion auf Seiten der Nato-Staaten gegenüber 300 Milliarden bei Russland und China. Sind die Zahlen eh schon irrwitzig genug, wenn man weiß, was man dafür alles für die bessere Entwicklung der weltweiten Lebensverhältnisse leisten könnte, so weiß man ja auch, dass dahinter ein riesiges Vernichtungspotential steckt, das die Erde mehrfach in kosmischen Staub verwandeln kann.

Warum wird China zu einem Hauptfeind der „westlichen Welt“

Seit dem Besuch Nixons in China 1972 bestand die Strategie darin, den riesigen Markt Chinas für die kapitalistische Produktionsweise zu erschließen. Über etliche Jahre hinweg hat dieses Konzept auch funktioniert, vor allem als China zur „verlängerten Werkbank“ der Welt umfunktioniert wurde. Das Billiglohnland China sollte die billigen Waren liefern, und dann später vor allem als Abnehmer der Massenproduktion der industriellen Landwirtschaft aus den USA fungieren. Vor allem die US-Regierungen hatten immer die Vorstellung, dass sie die Entwicklung in China so kontrollieren können, wie sie es mit den europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg veranstalteten. Aber es kam anders. Gerade in der Phase ab den 1990er Jahren, als das globalisierte Finanzkapital sich aufmachte, neue Märkte zu erschließen und die lokalen Märkte in Schutt und Asche zu legen, gelingt es China, doch seine Mauern instand zu halten und in Ausnutzung der Gesetze des globalisierten

Kapitals und in Rückbesinnung auf das traditionelle Konzept „auf die eigenen Kräfte zu vertrauen“ einen technisch-ökonomischen Gegenpol zu bilden, der sich heute anschickt, die USA als Weltmacht abzulösen. Und dabei richtet sich die chinesische Regierung nicht auf das traditionelle Konzept kapitalistischen Wirtschaftens aus, sondern nimmt die aktuellen Konzepte eines New Green Deal auf, die zum Leitbild einer in die Zukunft weisenden Politik wird – und das alles unter Führung der Kommunistischen Partei. Es ist klar, dass jede US-Regierung (und nicht nur die) in heftige Turbulenzen stürzen lässt. Inzwischen sieht die US-Regierung „China als existentielle Bedrohung“, als „Bedrohung des amerikanischen Way of Life“, und „China führt einen „wirtschaftlichen Blitzkrieg, um die USA als die herausragende Supermacht abzulösen“.<sup>3</sup>

UN-Charta als Leitbild für internationale Kooperationen

Es ist schon erstaunlich, angesichts des Bedrohungsszenario, das die US-Regierung weltweit gegen China inszeniert, mit welcher Engelsgeduld die chinesische Regierung dagegen auf die Einhaltung internationaler Normen besteht, die eine friedliche Zusammenarbeit ermöglichen. Seit Monaten fahren chinesische Botschafter auf und ab und propagieren ein politisches Handeln, das sich an den bewährten Grundsätzen der Vereinten Nationen orientiert. Aber ebenso werden seit Monaten diese Vorschläge von den Regierungen ignoriert und von den herrschenden Medien diskreditiert. Einen riesigen Aufruhr gab es, als einige Bücher des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping im deutschen Buchhandel auftauchen. Aber von kritischer Auseinandersetzung mit diesen Positionen keine Spur. Anstatt an Buchverbot und Schließung von Konfuzius-Instituten zu denken, sollte man einfach mal die Vorschläge zu Kenntnis nehmen, die von chinesischer Seite kommen. Da ist nichts Verwerfliches daran, sondern eigentlich Selbstverständliches und, wenn sich alle Staaten daran halten, durchaus friedensstiftend gegenüber den Atomkriegs-Szenarien, die von der US-Regierung propagiert werden.

In einer Rede zur 75. Vollversammlung der UNO sagte der chinesische Staatspräsident:

„In der Welt gibt es nur ein System, das UN-zentrierte internationale System, und nur ein Regelwerk, die Grundnormen der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der UN-Charta ... China habe sich verpflichtet, den Weltfrieden und die internationale Ordnung zu verteidigen sowie einen Beitrag zur

globalen Entwicklung zu leisten. Die Covid-19-Pandemie zeige, wie sehr die Welt das UN-zentrierte internationale System brauche, so Xi Jinping weiter. In diesem Zusammenhang rief er zu globalen Anstrengungen auf sowie dazu, über nationale und ideologische Grenzen hinauszudenken, um eine bessere Zukunft für die gesamte Menschheit aufzubauen. Die Pandemie habe die Probleme der Weltordnungspolitik verschärft, sodass die betroffenen Parteien darüber nachdenken sollten, wie sie das System verbessern können, anstatt es zu stürzen und neu aufzubauen, sagte Xi.<sup>4</sup>

Es hat schon einigen Wert, in Zeiten aggressiv auftretender Nationalstaatsideologen sich positiv auf die UN-Charta zu beziehen, 1945 beschlossen, um imperialistische Expansionspolitik einzuhegen und Frieden, Sicherheit und Wohlstand der Völker zu garantieren. Wir wissen, dass in den vielen Jahren danach sich nicht wenige der Unterzeichnerstaaten nicht an die Grundsätze der UN-Charta gehalten haben. Wir wissen aber auch, dass sich immer wieder breite Bewegungen gebildet haben, die auf die Einhaltung der UN-Charta und auf konkretere Umsetzung pochten. Eine besondere Bedeutung für den Weiterentwicklungsprozess der Grundsätze der UN-Charta spielte da sicherlich die

1 FAZ v. 3.9.2020

2 Ingar Solty: Der kommende Krieg (<https://www.rosalux.de/publikation/id/42612/der-kommende-krieg?cHash=8a97665f3e215a70a17f76c94c2259a3>)

3 Amerikanische Chinapolitik und transatlantische Beziehungen, SWP-Aktuell 2020/A 68, September 2020 <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020A68/>

4 Beijing Rundschau [http://german.beijingreview.com.cn/International/202009/r20200924\\_800221819.html](http://german.beijingreview.com.cn/International/202009/r20200924_800221819.html)

5 Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

6 In diesem Zusammenhang ist das gerade auf deutsch erschienenen Buch des chinesischen Philosophen Zhao Tingyang mit dem bezeichnenden Titel: „Alles unter dem Himmel“, interessant. Seine Grundthese: Nationalstaaten sind per se auf Streit aus und eine Weltgemeinschaft nötig. Der Weg, den er vorschlägt wie man dahin kommt, ist durchaus kritikwürdig, und in den nächsten Ausgaben der Politische Berichte wollen wir uns ausführlich mit diesen Gedanken beschäftigen.

Blockfreienbewegung. Die UN-Charta ist ja im Wesentlichen als Antikriegsdokument entstanden. Die Intentionen der Blockfreienbewegung gingen darüber hinaus und beschreiben ein internationales System, das auf den Grundsatz der gleichberechtigten Völker besteht mit dem Ziel, eine gemeinsame diskriminierungsfreie Weltwirtschaft aufzubauen. Eine wichtige Wegmarke war da der Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24.10.1970<sup>5</sup> der auf Initiative der Blockfreienbewegung zustande kam. Und so ist auch der Hinweis von Xi Jinping zu verstehen, dass die Parteien daran arbeiten sollten, das UN-System zu verbessern und nicht zu stürzen.

Die Welt hat sich seitdem weiterentwickelt. Unter dem Logo des „Eine-Welt-Denkens (Porto-Allegro-Prozess, Anti-Globalisierungsbewegung usw.) hat sich ein Denken manifestiert, das über den Nationalstaat hinausdenkt.<sup>6</sup>

Man hat ja keine Illusionen mehr. Aber besteht man heute darauf, dass das internationale politische Handeln auf Grundlage der UN-Charta und weitere Vereinbarungen der UNO basieren sollte, dann besteht eine gute Möglichkeit, dass es zu einer friedlichen und kooperativen Zusammenarbeit zwischen den Völkern kommt.



## RESONANZ: \* „Lutherstadt Wittenberg; Judenhass – in Stein gemeißelt“

### Wie weiter in der Berichterstattung ?

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

In der letzten Ausgabe (PB 4/20; Seite 26) hatten wir unter der Überschrift „Judenhass – in Stein gemeißelt“ von der inzwischen am Bundesgerichtshof anhängigen Kontroverse um die „Judensau“ an der Wittenberger Stadtkirche berichtet.\* Auf diesen Artikel haben wir über ein Dutzend Zuschriften erhalten.

Zwei der Stimmen kommen von jüdischen Freunden. Beide, als Betroffene, voll Abscheu – und doch kontrovers. Der eine spricht sich für den „Erhalt“ der

\*ZUR ERINNERUNG: ■■■■■ Es handelt sich dabei um eine Plastik aus dem Jahre 1390, die zuletzt anlässlich des Luther-Jahres 2017 frisch renoviert wurde. Die Wittenberger Stadtkirche war die Predigtkirche Martin Luthers und ist, von ihrem Selbstverständnis her, „Mutterkirche der Reformation“. „Hier begann die Tradition der evangelischen Gottesdienste in deutscher Sprache, mit Gemeindegesang und mit der Kommunion des Abendmahls in beiderlei Gestalt (Brot und Wein).“ ... so ist auf der Homepage der Kirchengemeinde zu lesen.

Über den als Juden kenntlich gemachten Figuren, die sich an der Sau zu schaffen machen, prangt in goldenen Lettern der Schriftzug „Rabini Schem HaMphoras“. Das nimmt Bezug auf Luthers Schmähschrift gegen die Juden. Es ist Luthers Deutung jüdischer Theologie. R. Kessler, Professor für Altes Testament, erläutert das so: „Gemeint ist der heilige Gottesname, den Jüdinnen und Juden nicht aussprechen. Die Zusammenstellung des Gottesnamens mit der „Judensau“ ist also die schlimmstmögliche Beleidigung nicht nur des Judentums, sondern auch des Gottesnamens. Und das im Namen von Christen, die in ihrem Vaterunser beten: „geheiligt werde dein Name.“ ■■■■■

„Judensau“ aus: „... Ich bin dafür, dass die schmutzige Geschichte offen gelegt bleibt und nicht a posteriori glattgebügelt wird.“ Während der andere die Intention des Artikels, dass die „Judensau“ zu verschwinden hat, ausdrücklich begrüßt.

In der Mehrzahl der Zuschriften wird theologisch argumentiert, im Wesent-

**ZHAO Tingyang**  
**Alles unter**  
**dem Himmel**

Vergangenheit und Zukunft  
der Weltordnung  
suhrkamp taschenbuch  
wissenschaft

Aus der Verlagsankündigung:

„Tingyang, Zhao, Alles unter dem Himmel

Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung. 2020. 266 S. Taschenbuch. Suhrkamp Verlag, Berlin. 22,00 €.

Zhao Tingyang gilt als einer der bedeutendsten chinesischen Philosophen der Gegenwart. Mit diesem Hauptwerk liegen nun seine Über-

<https://www.wbg-wissenverbindet.de/shop/28329/alles-unter-dem-himmel?>

legungen zu einer neuen politischen Weltordnung erstmals in deutscher Übersetzung vor. Sie basieren auf dem alten chinesischen Prinzip des tianxia – der Inklusion aller unter einem Himmel. In Auseinandersetzung mit okzidentalnen Theorien des Staates und des Friedens von Hobbes über Kant bis Habermas sowie unter Rückgriff auf die Geschichtswissenschaft, die Ökonomie und die Spieltheorie eröffnet uns Zhao einen höchst originellen Blick auf die Konzeption der Universalität. Ein wegweisendes Buch, auch um Chinas aktuelles weltpolitisches Denken zu verstehen.“ Der Verlag weist weiter auf Pressestimmen:

„The Washington Post: „Zhao Tingyang ist einer der einflussreichsten zeitgenössischen Philosophen Chinas“

„Der Tagesspiegel: Zhao formuliert nichts weniger als eine chinesische Antwort auf Immanuel Kants Schrift Zum ewigen Frieden ...“

lichen bezogen auf das Verhältnis von Christen und Juden. Der Artikel, so ein Leserbrief, zeichnet „... korrekt die Geschichte des Antijudaismus und -semitismus in seiner zweitausendjährigen Geschichte nach. Ein Dreckhaufen, der in zweitausend Jahren angewachsen und festgetreten worden ist, lässt sich vermutlich nicht einmal in zweihundert Jahren beseitigen. Man muss dran bleiben.“

Allen Stellungnahmen, die uns erreicht haben, ist gemeinsam, dass sie nicht auf das Thema des „öffentlichen Raums“ eingehen. Dabei müsste es unseres Erachtens, ausgehend von einem jeweiligen säkularen und religiösen Standpunkt, darum gehen, was im „öffentlichen Raum“ dieser Gesellschaft der BRD erlaubt ist. Auf verfassungsrechtlicher wie auch auf der Grundlage des sogenannten Blasphemie-Paragraphen (166 StGB), der „Beschimpfung von Bekennissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“ verbietet. Dadurch wird die „Judensau“ nicht mehr allein zu einem Thema zwischen Juden und Christen – so waren nach unserer Kenntnis die bisherigen beiden Klagen gegen das Relief angelegt. Herr Michael D. Düllmann, der Kläger gegen die „Judensau“, lässt jetzt in seiner Klageschrift im Revisionsverfahren am Bundesgerichtshof den Satz schreiben: „Es ist kaum eine bildliche Darstellung denkbar, die im höheren Maße im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht.“

Die Redaktion unserer Zeitschrift kann sich eine Weiterführung des Themas vorstellen, wenn die historische und gesellschaftliche „Funktion“ eines Denkmals, nämlich die Vergegenwärtigung von Herrschaft, genauer dargestellt würde – vom alten Gott Marduk in Babylonien über die Kaiserstatuen im Römischen Reich bis hin zum Schiller'schen Geßlerhut im „Wilhelm Tell“; nicht zu vergessen die immer noch auf ihren Sockeln stehenden Bismarck- und Wilhelm-Statuen. Seit Denkmäler errichtet wurden sind sie auch wieder gestürzt worden. Es gilt bis heute hin.

Das Schleifen von Lenin-Standbildern gehört zur jüngsten BRD-Geschichte. Das Stürzen von vermeintlichen „Helden der Geschichte“ geschieht oft zu Recht: Nazi-Standbilder sind in der BRD richtigerweise per Gesetz verboten – und eigentlich auch nicht vorstellbar. Sollten dagegen antisemitische Denkmäler, wozu die „Judensau“ eindeutig zählt, am Ende erlaubt sein?

Als gedankliche Anregung: Würde man so eine Figur aktualisieren, z.B. mit den Gesichtszügen eines prominenten Vertreters der jüdischen Gemeinde, es wäre doch glatt als Volksverhetzung und nicht mehr als „Kulturgut“ anzusehen.

## Präsenz und Online – wie gehen unser Verein und Kooperationspartner mit der Situation um?

Die Vorschriften und die persönlichen Vorkehrungen wegen des Covid-19-Infektionsrisikos belasten und verzerrn die Kommunikationsprozesse. Auch im Vereinsleben handeln die Organe, die Vorstände, Redaktionen, Geschäftsführungen, während die Einflussmöglichkeiten der Mitgliedschaft wie des Publikums umso mehr schwinden, je länger die Restriktionen andauern. Schon werden Bestimmungen geändert, die Aufstellungsverfahren bei Parteien, Rechenschaftslegung von Vereinen usw. betreffen. Unsere Erfahrung im Zuge der Planung und Erstellung der Politischen Berichte sind: Wenn ein konkreter Text vorliegt und wenn die Arbeit sich auf besprochenen Pfaden bewegt, ist eine Online-Diskussion anstrengend, aber möglich. Wir sprechen von einem Personenkreis von unter einem Dutzend und von einer Dauer von maximal eineinhalb, allenfalls zwei Stunden. Wenn Neuland betreten werden muss, neue Themenfelder aufgemacht, gewagte Thesen ausgelotet werden sollen?

### Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation

1. Mitgliederversammlung: Für die Arbeit an Projekten und bei der Herausgabe dieser Zeitschrift zeichnet sich nach vorläufiger Erörterung zwischen Vorstand und Redaktion (Christoph Cornides, Martin Fochler, Alfred Küstler) folgendes Szenario ab: Wir befürchten, dass eine Tagung zum gewohnten Frühjahrstermin nicht möglich sein wird, loten aber aus, ob um die Jahreswende wenigstens eine Vorstandssitzung – zur Not im gemischten Präsenz-/Online-Verfahren – möglich ist. Dabei werden wir beraten, wie die Demokratie im Verein erhalten bleiben und Kooperation bei der Projektarbeit gefördert werden können. Wenn es im Lauf des ersten Quartals 2021 ein Art Berichts- und Antragsheft gäbe, das der Mitgliedschaft vorab zugestellt und innerhalb einer Frist für Stellungnahmen offen ist, die dann im Konferenzmaterial mitveröffentlicht werden, könnten die nötigen Anträge, Haushaltsbeschlüsse, Wahlen in einem gemischten Präsenz-/Online-Verfahren zur Diskussion und Entscheidung kommen. Auf diesem Wege könnten auch die Stimmen der Genossinnen und Genossen, für die Präsenz zu riskant wäre, einfließen.

2. Planung der Arbeit an den laufenden Ausgaben der Politischen Berichte. Hier hat sich das Verfahren einer Online-Besprechung per Telefon, bei der die von den Bereichsverantwortlichen punktuell vorbereitete Projekteliste abgearbeitet wird,

bewährt. Moderation und technische Betreuung liegen bei Christoph Cornides und Alfred Küstler. Die nächste Projektierungsbesprechung wird am Freitag, 4. Dezember, 8 bis 9.30 Uhr, stattfinden. Interessierte können auf Wunsch – (bitte bei alfred.kuestler@gnn-verlage.com melden) einen Leselink erhalten und sich gegebenenfalls an die dort genannten Bereichsverantwortlichen wenden. Tun sich bei der Bearbeitung eines Themas Differenzen auf, besteht die Möglichkeit, diese in die Publikation einzubringen (siehe auch den Einwurf Seite 29 dieser Ausgabe).

**Der Linken-ArGe Konkrete Demokratie soziale Befreiung** stehen die Politischen Berichte für die Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen und Einladungen etc. zur Verfügung.

Brigitte Wolf und Wolfgang Freye, Sprecherin und Sprecher der ArGe, sowie Eva Detscher als Delegierte teilen auf Anfrage mit: In den nächsten Monaten werden wir uns nicht unbeschwert treffen können. Die Winterschule 2021 muss deswegen ausfallen. Denkbar sind aber regionale eintägige Thementreffen, die ohne Übernachtung funktionieren und vielleicht auch Online zugänglich gemacht werden können.

Konkret geplant ist – Zeitrahmen bis Ende März – ein Arbeitstreffen zu Fragen der regionalen Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung des Ruhrgebietes, dessen Ergebnisse publiziert würden. Wenn das Format funktioniert, wäre eine thematisch ähnliche Veranstaltung für den Raum Südbayern/München möglich. – Mehr zur konkreten Vorbereitung der ersten Veranstaltung in der Dezemberausgabe. Dort auch mehr zu weiteren ArGe-Projekten.

Beim Parteitag der Linken am 1. November vertreten Eva Detscher und Wolfgang Freye die ArGe als Delegierte mit beratender Stimme. Wer den Delegationsbericht vor der Veröffentlichung in den Politischen Berichten erhalten will für eine eventuelle Stellungnahme, melde sich bitte bei w.freye@web.de.

Wir alle empfinden den Kommunikationsverlust schmerzlich, die im politischen Leben immer nötige Vergewisserung, die solidarische Bewältigung von Differenzen und nicht zuletzt die freundschaftliche Begegnung sind durch keine Art von technischem Aufwand zu ersetzen. Trotzdem werden wir versuchen, per Arbeitsorganisation und vielleicht auch die Bereitstellung geeigneter Tagungsräume durch diese schwierige Zeit zu kommen.

Martin Fochler, München, Alfred Küstler, Stuttgart. Wie bekannt, mussten wir das Jahrestreffens des Trägervereins der Politischen Berichte ausfallen lassen, ebenso die Sommerschule der Linke ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, bei dem viele am Diskussionsprozess der Politischen Berichte Beteiligte sich begegnen. Wie bekannt, bestehen gesellschaftlich tiefgreifende Differenzen über die Bewertung der Covid-19-Infektion bzw. der Hygienepolitik. Siehe dazu auch den Beitrag von PB-Autor Andreas Adrians S. 29. Wie soll eine „Zeitschrift für linke Politik“ damit umgehen? Auf Grundlage von Diskussionen in der Redaktion Politische Berichte versuchen wir im Folgenden, unsere Berichterstattung zu begründen und damit auch diskutierbar zu machen.

## Covid-19 als Herausforderung linker Politik

Internationale Beziehungen, staatliche Ordnungspolitik und Leistungen der Daseinsvorsorge, Recht auf Arbeit und Teilnahme am Wirtschaftsleben, Chancen der privaten Lebensgestaltung, im Umgang mit Covid-19 ändern sich gesetzte Regeln wie die Richtung persönlicher Entscheidungen. Der Trend kann als Schrittfolge in Richtung einer „verwalteten Welt“ kritisiert werden, die per „Zwangsvergesellschaftung und Anonymisierung von Herrschaft, die auf die Liquidierung des Individuums und die Eliminierung des Nichtidentischen abzielt. Durch die ihr eigene Tendenz, alle Spontaneität abzuwürgen, lässt die verwaltete Welt alle ‚Schlupfwinkel verschwinden‘. Es findet eine totale Kontrolle, eine widerstandslose Integration der gleichgeschalteten Individuen statt.“(Wikipedia-Eintrag „Verwaltete Welt“, nach Adorno.)

Diese, in die linken Diskurse der alten BRD tief eingesunkenen kritischen Begriffe eignen sich zur Kritik von poli-

tischen als Sachzwang markierten Diktaturen und von vorausseilendem Gehorsam geprägter öffentlicher Meinung. Sie begründen ein Recht auf Widerstand auch und besonders durch abweichendes, widersetzungsbereites Verhalten. Ob Gebrauch des Rechts auf Wehrdienstverweigerung, positiven Gedenkens an Wehrmachtedeserteure, Bekenntnis und Ausleben der sexuellen Orientierung, die Reihe der Beispiele ist lang und beeindruckend. Abweichende Meinung, unterstrichen durch demonstrativ abweichendes Handeln, bildet in der hoch arbeitsteiligen, global vernetzten Industrie- und Wissensgesellschaft ein unverzichtbares Gegengewicht zur Macht der Institutionen und der sanktionsbewehrten Logik der Systemabläufe. Diese politischen Strategien sollen und können das Handeln von Institutionen beeinflussen. Die politischen Institutionen sind z.B. beeindruckt von Querdenkerdemonstrationen. Das Covid-19-Virus nicht. Oder doch?

**Begrenzte Regelverletzung als politische Strategie / Atemluft als geteiltes Gut**  
Die Weltkarte der Verbreitung zeigt ein weltweites Infektionsgeschehen. Medium der Verbreitung ist geteilte Atemluft, die als Aura bezeichnet wird und sich bildet, wenn Personengruppen auf engem Raum Kontakt pflegen und dann auseinandergehen, um sich in anderer Kombination, mit anderen Leuten, an anderen Orten, neuerlich zu gruppieren. Dieses Bewegungsmuster ist für die hoch arbeitsteiligen Industrie- und Wissenschaftsgesellschaften typisch und eine Voraussetzung für Produktivität durch Spezialisierung. Die damit verbundene Vereinzelung erzeugt den Bedarf an Geselligkeit, die voneinander sonst weit getrennte Leute zusammenbringt. Bei all diesen Gelegenheiten geht es eng zu – Face-to-Face. Im heutigen Siedlungsgeschehen ist eine ökologische Nische entstanden, in der Covid-19 gedeihen kann und sich festgesetzt hat. Das Phänomen ist nicht neu. So wurde die moderne Industriestadt für die Choleraerreger durch Einrichtung von Wasserversorgung und Kanalisation unwirtlich, und dabei wurden Übertra-

gungswwege verbaut, die auch für andere Infektionskrankheiten gangbar gewesen waren. Es änderten sich auch die Regeln zum Umgang mit denen eigenen Exkrementen. Inzwischen ist „wildes Urinieren“ ein Skandal und Tüten für den Hundekot Zwang. Der öffentliche Raum trat als geteilter Raum ins Bewusstsein. Vergleichbares geschieht jetzt mit der Wahrnehmung der Atemluft.

● Als Zeitschrift für linke Politik muss uns interessieren, welche Maßnahmen zur Reinhaltung der Atemluft in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen entwickelt und getroffen werden können. Die Anforderungen an Technik und Organisationsabläufe werden erheblich sein. Das individuelle Verhalten wird mit sanktionsbewehrten Regeln konfrontiert. Lüften und Maske sind lästig. Wer bestreitet, dass solche Regeln zweckdienlich bzw. verhältnismäßig sind, kann die Verfahren der begrenzten Regelverletzung trotzdem nicht anwenden. Weil und soweit die Atemluft geteiltes Gut ist, entsteht daraus ein Übergriff in die Rechte anderer. Wer mich in der U-Bahn an hustet, handelt nicht widerständig, sondern unsolidarisch.

Wer bewertet das Covid-19 Risiko und auf welche Weise?

**Konsumentenentscheidungen oder Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste.** Die Bewertung eines Risikos ist ein komplexes Geschehen, das auf verschiedenen Feldern recht unterschiedlich abläuft. Dazu kommt, dass das Risiko der Erkrankung mit den Risiken abgewogen wird, denen ausgewichen werden kann. Abseits des politischen Raums finden solche Abwägungen millionenfach und täglich statt. Sie werden in Daten über Konsumentenentscheidungen sichtbar. Der Rückgang im Reiseverkehr, bei Luxus, Familienurlaub, Geschäftsreisen usw. mag als Beleg herhalten. Für diese Entscheidungen ist nicht erheblich, wie hoch das Covid-19-Risiko im Vergleich zu anderen Risiken errechnet wird. Daseinsrisiken sind kumulativ, ob hoch oder niedrig, das Covid-19-Risiko ist ein zusätzliches Risiko. Die Vermeidungsbewegungen der Einzelnen wirken sich nicht nur als Verlust von Freiheiten der Lebensgestaltung aus. Betroffen sind auch die Prozesse von Streit und Verständigung, die das politische und kulturelle Leben tragen.

● Uns interessiert die Entwicklung von Regeln und Verfahren, die das Covid-19-Risiko minimieren bzw. kalkulierbar machen. So würde z.B. ein Schnelltest manche Zusammenkünfte erleichtern.

**Versicherungswirtschaft. Was sagen die Profis – ist die Pandemie versicherbar?** Versicherungen entstehen im Lauf des 19ten Jahrhunderts. Sie entlasten die Personen und Wirtschaftssubjekte von Vorsorgeleistungen. Dabei werden, klassisches Beispiel die Brandversicherung, den einzelnen Versicherungsnehmern auch Verhaltensvorschriften gemacht. Versicherungen beruhen auf Versichertenkollektiven. Eine zunächst örtliche oder regionale Brandversicherung kann durch einen Großbrand über ihr Leistungsvermögen hinaus getroffen werden. Auch dieses Risiko lässt sich berechnen, und so sind global agierende Rückversicherungen entstanden. Bei diesen Institutionen laufen die Meldungen über Schadenefälle zusammen. Der exklusive Club der Rückversicherer trifft sich seit 60 Jahren alle Jahre in Monte Carlo, um die Konditionen für die Unfalls- und Schadensrückversicherung auszuloten. Dieses Jahr hat man das Mitte September angesetzte Treffen ausfallen lassen. Schon diese Tatsache enthält eine Botschaft. Für unser Problem wichtiger ist, was der Vorstand der Munic Re in der FAZ vom 8.9. unter der Überschrift „Rückversicherer rufen nach dem Staat. Für Pandemie-Schäden reicht privates

## Dok: Erhöhte Sterblichkeit durch Covid-19-Erkrankungen

Hier zunächst eine Pressemitteilung und die dazugehörige Grafik des Statistischen Bundesamts vom 2. Oktober 2020:

„Die Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus stellen weltweit die Gesundheitssysteme vor große Herausforderungen. Die Zahl der Todesfälle in diesem Zusammenhang variiert von Land zu Land. Wie groß sind die direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie auf die Gesamtzahlen der Sterbefälle in Deutschland? Zur Beantwortung dieser Frage stellt das Statistische Bundesamt vorläufige Auszählungen von Sterbefallmeldungen der Standesämter tagesgenau als Sonderauswertung zur Verfügung, bevor die regulären Ergebnisse der amtlichen Sterbefallstatistik vorliegen. Aktuell ist eine solche Auszählung bis zum 6. September 2020 darstellbar.“

Bei der Betrachtung des Jahresverlaufs in der Sterbefallstatistik sind die typischen Schwankungen während der Grippezeit von ungefähr Mitte Dezember bis Mitte April zu beachten. Dies wird beim Blick auf die Zahlen aus den Vorjahren deutlich: Im März 2019 starben beispielsweise etwa 86500 Menschen. Im März 2018, also in einem Jahr, als die Grippewelle besonders heftig ausfiel, waren es 107 100. Auch ohne Corona-Pandemie können die Sterbefallzahlen demnach insbesondere in der typischen Grippezeit stark schwanken.

Betrachtet man die Entwicklung im Jahr 2020 nach Kalenderwochen, dann haben sich von der 13. bis zur 18. Kalenderwoche (23. März bis 3. Mai) durchgehend und deutlich erhöhte Sterbefallzahlen im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 gezeigt. In der 15. Kalenderwoche (6. bis 12. April) war die Abweichung mit 14 % über dem vierjährigen Durchschnitt am größten. Auch die Zahl der Covid-19-Todesfälle, die beim

Robert Koch-Institut (RKI) gemeldet werden, erreichte in dieser Woche ihren Höchststand. Im gesamten April lag die Zahl der Gestorbenen mit derzeit etwa 83 700 gemeldeten Fällen deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre (+10 %).

Seit der 19. Kalenderwoche (4. bis 10. Mai) lagen die Sterbefallzahlen nach der vorläufigen Auszählung zunächst wieder im Bereich des Durchschnitts der Vorjahre oder schwankten darum. Mitte Juli hatten die Sterbefallzahlen ein Minimum erreicht. Im August waren die Sterbefallzahlen allerdings im Zuge der Hitzewelle wieder erhöht. Ein

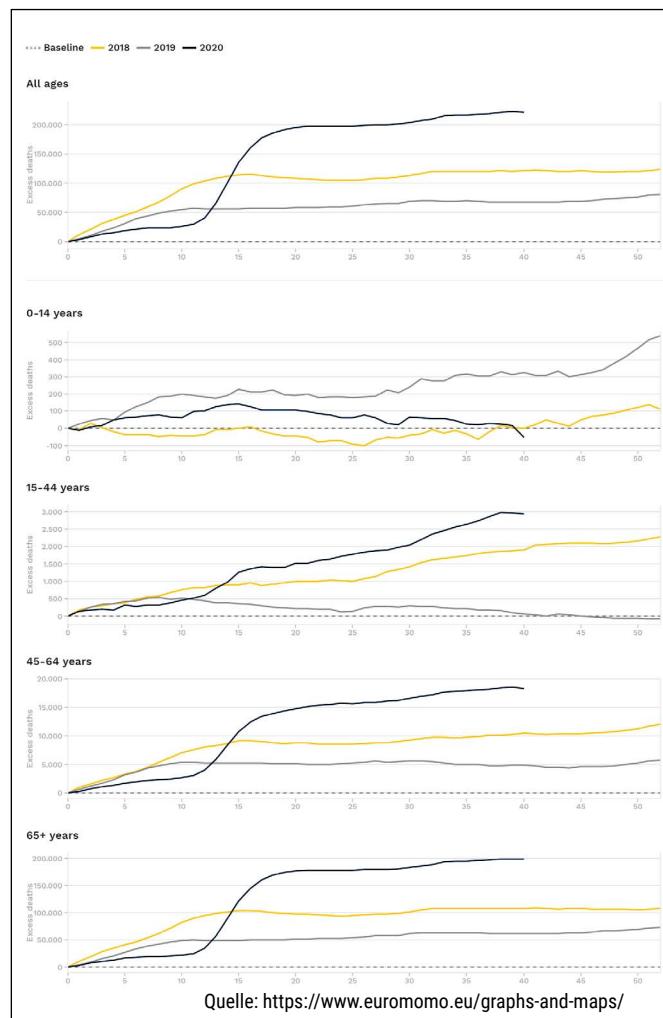
deutliches Maximum gab es in der 33. Kalenderwoche (10. bis zum 16. August). Hier lagen die Sterbefallzahlen 19 % über dem Durchschnitt. Dieser ist von zeitlich unterschiedlich verlaufenden Hitzeperioden der Vorjahre beeinflusst.“

### Vorsichtige Schlussfolgerung:

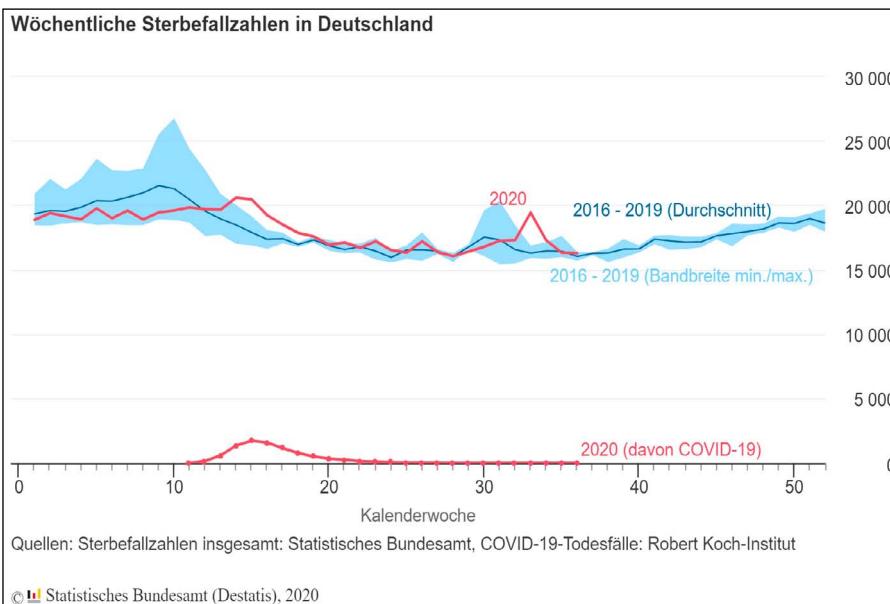
Die Interpretation der Sterbedaten, zumindest wenn sie auch noch nicht endgültig sind, ist nicht einfach. Es deutet jedoch

alles darauf hin, dass im März, April dieses Jahres eine erhöhte Sterblichkeit durch Infektionen mit dem Corona-Virus zu beobachten war, die im Bereich einer starken Grippewelle lag (wobei es zum Glück im Gegensatz zu Vorjahren keine schwere Grippewelle gab). Eine weitere Beurteilung wird nach Ablauf des ganzen Jahres möglich werden. Bringt die jetzt steigenden Infektionszahlen wieder eine höhere Sterblichkeit? Es steht erst nach ca. drei bis vier Wochen nach einer Infektion fest, ob die Infektion glimpflich ausging oder tödlich.

In den europäischen Statistiken spiegelt sich die sehr starke Abhängigkeit von Sterblichkeit und Alter wider (Grafik 2). Dargestellt sind die kumulierten Zahlen für Übersterblichkeit in den Jahren 2018 bis 2020 gegenüber dem Durchschnitt früherer Jahre. In absoluten Zahlen nimmt die Übersterblichkeit in den höheren Altersgruppen immer zu, gleich ob Influenza, Hitzewelle, Covid-19 oder was immer die Todesursache ist. Auffällig ist aber, dass die Übersterblichkeit 2020 in den hier aufgeführten 24 europäischen Ländern (BRD ist nur mit Hessen und Berlin dabei) erstens mit bisher rund 100 000 Toten mehr gegenüber 2018/19 deutlich ist und zweitens bei Kindern und jüngeren Personen gar nicht auftritt.



Quelle: <https://www.euromomo.eu/graphs-and-maps/>



Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

Kapital niemals aus, sagt die Munich Re“. Er steht mit dieser Ansicht nicht allein. „Die Munich Re beruft sich dabei auf den Verband der amerikanischen Schaden- und Unfallversicherer (APCIA). Laut dessen Schätzungen wäre das Risikokapital der Versicherer in Amerika binnen weniger Wochen aufgezehrt, wären Corona-Schäden durch Betriebsunterbrechung versichert gewesen.“

- Wir schlagen vor, zur Diskussion der mit dem Covid-19 Geschehen verbundenen sozialen Risiken, auch die Aussagen (und tatsächlichen Bilanzen) der Versicherungen heranzuziehen. Dies wäre ein Weg zur Versachlichung.

**Wie tickt der Staat?** Das erste Risiko der Staatsgewalt ist die Erschütterung ihrer Legitimation. Wenn eine Behandlung der Krankheitsfälle nicht mehr möglich ist, würde das Versprechen von Daseinsvorsorge und Achtung der Menschenwürde hohl. Die nächste Priorität hat die Eindämmung des Infektionsgeschehens, das sich in den täglichen Infektionszahlen abbildet. Die Möglichkeit, das Infektionsgeschehen nachzuverfolgen, belegt oder kontrolliert den Anspruch effektiver Verwaltung. Ein weiterer Punkt sind die Haushaltsrisiken, die durch Ersatzleistungen und Einnahmeausfälle entstehen.

- Schon wegen der Achtung der Menschenwürde ist die Gewährleistung der Behandlung ein prioritäres Ziel auch der linken Politik. Ebenso kann die Tatsache einer Covid-19-Infektion nicht als Privatsache behandelt werden. Trotzdem muss ein Weg gefunden werden, die dabei entstehende Datenmasse vor Zugriffen für ganz andere Zwecke der Administration zu sichern. Schließlich bleibt die Frage, wie die entsprechenden Gesetze zu gestalten sind, damit das Publikum die Chance hat, Art und Ausmaß administrativer Maßnahmen zu kontrollieren.

## Die Ballung von Risiken und die Gefahr der moralischen Desintegration

Wenn wir die Verteilung der Covid-19-Fälle nach dem Alter der Verteilung der Covid-19-Todesfälle gegenüberstellen, wird die enorme Anspannung deutlich. Es haben sich Klumpenrisiken herausgebildet. Das Verbreitungsmaximum hat sich in Richtung der jüngeren Generationen verschoben, die Übersterblichkeit liegt bei den Älteren. Die Sekundärrisiken – Einschränkungen des Erwerbs- und Berufslebens und der Freiheiten der Lebensgestaltung – treffen die Jüngeren viel härter. Unklar ist bislang das Ausmaß der Spätfolgen bei mildem oder mittelschwerem Verlauf. Sicher ist, dass Spätfolgen auftreten.

- Wir gehen davon aus, dass in einer solidarischen Gesellschaft den Menschen, die besonde-

## Einwurf: Wie gefährlich ist Covid-19 wirklich?

Andreas Adrians, Hamburg. 8.10. Seit Monaten verbreiten Regierungen, Behörden und staatstragende Medien mit den Fallzahlen der Corona-Infizierten in der Bevölkerung Angst und Schrecken. Die Verwaltungen nutzen das, um weitreichende Eingriffe in das Wirtschaftsleben und das soziale Leben der Menschen zu rechtfertigen.

Nun wird, wer sich infiziert hat, nicht unbedingt krank. Man muss also die Frage stellen, warum die Zahl der Infizierten eine solche Bedeutung haben soll.

**Einige Zahlen:** Laut einer RKI-Statistik wurden am 7.10.2020 470 Coronakranke intensivmedizinisch betreut. Die Kapazität für diese Art Behandlung beträgt 21.831 Betten. Bis zum 8.10.2020 sind seit Jahresbeginn in Deutschland 9.542 an oder mit Corona Gestorbene zu beklagen (Quelle: Statistisches Bundesamt) Die Altersverteilung sieht so aus:  
0 – 59 Jahre 481 Tote,  
60 – 69 Jahre 924 Tote,  
70 – 79 Jahre 2.149 Tote  
80 – 89 Jahre 4.204 Tote,  
über 90 Jahre 1.784 Tote.

5% der Gestorbenen waren also jünger als 60 Jahre, 86% waren 70 Jahre und älter.

96% der Verstorbenen hatten Vorerkrankungen.

Der Median der Verstorbenen liegt bei 82 Jahren.

314 Menschen sind in den letzten zwei Monaten an Corona gestorben.

Die meisten Infektionen verliefen komplett ohne Symptome. Seit Monaten benötigen nur noch 5% Prozent der Infizierten überhaupt eine klinische Versorgung, weitaus weniger eine intensivmedizinische. Hauptsächlich für Menschen in hohem Alter und mit Vorerkrankungen ist das Virus gefährlich und unter Umständen tödlich.

Daraus folgt, dass der Umfang der Maßnahmen der Exekutive in keinem

Verhältnis zur Größe der Gefahr durch das Virus stand und steht.

Kitas, Schulen und Unis hätten geöffnet bleiben können und die Menschen zur Arbeit gehen.

Ältere Menschen mit Vorerkrankungen müssen sich schützen und müssen geschützt werden.

Ehrhaft etwas getan werden muss te in Alten- und Pflegeheimen, denn dort starben etwa die Hälfte, der an Corona erkrankten Menschen. Das ist aber nicht rechtzeitig und ausreichend geschehen, was nicht den Beschäftigten anzulasten ist.

Die Politik hat nicht den Mut heute zuzugestehen, dass die Sterblichkeit von Corona-Infizierten viel geringer ist, als sie es im Frühjahr prophezeit hatte. Wahrscheinlich ist es aber nicht fehlender Mut, sondern das Kalkül, dass mit dem Corona-Virus die Stunde der Exekutive geschlagen hat. Administratives Formierungsbegehrten kann ungehindert agieren.

Parlamentarische Beratungen finden nicht statt. Millionen Existenzien stehen auf dem Spiel.

Behörden und Ämter greifen tief in die Privatsphäre der Menschen ein und schreiben vor, was sie zu tun und zu lassen haben.

Vor welcher Aufgabe stehen eine kritische Publizistik und Öffentlichkeit? Infektionszahlen dürfen nicht mehr im Mittelpunkt beim Umgang mit dem Coronavirus stehen. Vermutlich werden die Infektionszahlen im Herbst und Winter weiter steigen. Lässt man der Exekutive freie Hand, werden keinen Widerspruch dulden, die Menschenwürde verletzende Maßnahmen zunehmen. Für verantwortliches und vernünftiges Handeln sind die tatsächlichen Krankheitsausbrüche, sowie die Auslastung in der stationären Behandlung und der Anteil der belegten Intensivbetten wichtigere Informationen als Fallzahlen.

re Risiken tragen, Rücksicht und Schutz der Allgemeinheit zusteht.

## Sekundäre Folgen: Vorzeichenwechsel von Freiheitsrechten zur Leistungsverpflichtung

Wenn sich, wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt hoch wahrscheinlich, herausstellt, dass auf geraume Zeit nur Eindämmungen und graduelle Verbesserung der Behandlung möglich sind, werden die gesellschaftlichen Kreisläufe unter der

Bedingung des Infektionsrisikos ablaufen müssen. Dabei wird sich herausstellen, dass die jetzt eingeschränkte Freiheit zur Berufsausübung umschlägt in eine Verpflichtung, trotz Infektionsrisikos anzutreten.

- Gewährleistung von Arbeitsplatzsicherheit durch Arbeitgeber und Anbieter von Diensten. Es steht die Frage, inwieweit Verpflichtungen zu Tests und, wenn denn Stoffe zur Verfügung stehen, zur Impfung akzeptabel sind, ebenso inwieweit ein Anspruch auf Tests und Impfung bei entsprechender Gefährdung besteht.

6. Oktober\*  
1820  
Schweiz

# Lesegesellschaften – Bildung und Weiterbildung für breite Volksschichten

ROLF GEHRING, BRÜSSEL,  
EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Mit den Lesegesellschaften – exemplarisch der „Sonnengesellschaft“ – hat sich im Kanton Appenzell Ausserrhoden eine gesellschaftliche Praxis aus dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts erhalten, die anderswo in dieser Art verschwun-

Ende des 17., Anfang des 18. Jahrhunderts führt die schwungvolle Entwicklung der Naturwissenschaften und Technik zu neuen Anforderungen an die Arbeitskraft. Eisenbahnen, Tuchproduktion, industrielle Fertigung, Verlagswesen – es braucht den auf Basis eigener Kenntnisse handelnden Menschen. Buchdruck und sich beinahe explosiv entwickelndes Zeitungswesen mit Auflagen in neuem Umfang und weiter Verbreitung, nach

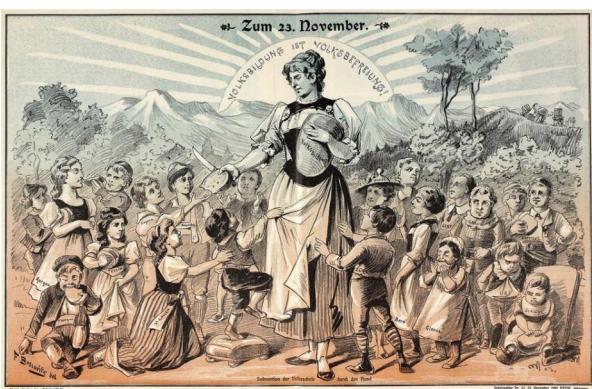
den ist. In 13 der 20 Gemeinden des Kantons bestanden im Jahr 2017 noch eine oder mehrere Lesegesellschaften. Sie vereinigen Leute mit unterschiedlichen Ansichten zu einem Austausch in allgemeinbildenden und meist auch in aktuellen politischen Themen und geben so wichtige Impulse für das politische und kulturelle Leben ihrer Gemeinden.“ (1)

Wissensgebieten und sozialen Schichten differenzierte Zeitschriften können ohne kenntnisreiche Arbeiter nicht hergestellt werden.

## Schrifttum, Publizistik und Gründungsfieber

Der Umgang mit der Schrift, mehr oder weniger bis ins hohe Mittelalter beim Klerus monopolisiert, war nicht mehr Privileg eines bestimmten Standes. Im Typus des Bildungsbürgers formte sich

eine Verbindung von Erwerbsbürger und Gelehrtem, die, beseelt vom Ideal der Gelehrsamkeit und orientiert an den modernen Wissenschaften und Künsten, nach Information aus allen Bereichen des Wissens und des gesellschaftlichen Lebens verlangte. Die Gelehrten sprache Latein wurde von den nationalen Hochsprachen verdrängt, und unterhaltende Literatur und Bücher der allgemeinen Wissensvermittlung traten an die Stelle der theologischen Schriften. Aufklärung und freiheitliche Bewegungen werden zu bildungsmächtigen Motoren. Wie in Deutschland und weiten Regionen Europas entstanden in der Schweiz seit 1700, vor allem aber in der zweiten Hälfte des 18. Jh. viele „Lesezirkel“, „Lesegesellschaften“, „Literarische Gesellschaften“ und ähnliche Vereinigungen, und zwar in



**dok:** „Volksbildung ist Volksbefreiung! Subvention der Volksschule durch den Bund / Die weltliche, unentgeltliche und obligatorische Schule.

Karikatur von Fritz Boscovits, erschienen im Nebelspalter, 1902, Nr. 47 (Schweizerische Nationalbibliothek, Bern, e-periodica).

Mutter Helvetia in Berner Tracht verteilt Brot an ihre Kinder, die Kantone. Der Bundesbeschluss betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule durch den Bund wurde am 23. November 1902 vom Volk gutgeheissen. Der Bund hat in allen Kantonen die Aufsichtspflicht über die konfessionell neutralen, unentgeltlichen und obligatorischen Schulen inne und subventionierte diese bis 1985.“

Quelle: Historisches Lexikon der Schweiz:  
<https://hs-dhs-dss.ch/de/articles/010402/2012-06-14/>

## „Jetzt musst du lesen lernen.“ Johanna Spyri, Heidi (1880 und 1881)

ALFRED KÜSTLER, STUTTGART

Die bekannten Heidi-Bücher der Schweizer Autorin Johanna Spyri stehen durch Verfilmungen und Vermarktung für ein romantisches und idealisiertes Bild der Schweiz – zu Unrecht. 1880 erschien der erste Heidi-Roman. Das Waisenmädchen Heidi wird von der Tante Dete zum mit der Welt überworfenen Großvater, dem Alm-Öhi, auf eine Alp oberhalb von Maienfeld (Graubünden) gebracht – die Tante geht auf Dienst nach Frankfurt. Der Großvater fängt an, das Heidi zu mögen und zusammen mit dem Geißelpeter genießt sie das Leben auf der Alp. Die Tante holt dann das inzwischen achtjährige Kind ab. Heidi soll einem gelähmten Mädchen, Klara Sesemann, in Frankfurt Gesellschaft leisten. Heidi freundet sich auch mit dem Mädchen an, nur mit der Hausdame Fräulein Rottenmeier gibt es Konflikte, weil Heidi die gutbürgerlichen Sitten nicht kennt. Heidi fühlt sich immer

schlechter und hat Sehnsucht nach den Bergen. Auf Anraten des Doktors der Familie wird Heidi schließlich heimgeschickt, wo es dann wieder glücklich ist.

Im zweiten Band, 1881 erschienen, kommt zunächst der Doktor zu Besuch auf die Alm. Es gefällt ihm und im folgenden Jahr kommt Klara zu einem Kuraufenthalt. Der Geißelpeter ist eifersüchtig und lässt den Rollstuhl von Klara in die Tiefe rollen, wo er zertrümmert liegen bleibt. Klara lernt daraufhin wieder das Gehhen. Der Vater und der Doktor sind begeistert und der Doktor nimmt Heidi an Kindesstatt an und der reiche Herr Sesemann verspricht lebenslang für sie zu sorgen.

Soweit die mit literarischer Qualität erzählte

Geschichte. Johanna Spyri war mit dem großen Zürcher Schriftsteller Gottfried Keller befreundet. Sie selbst war als Zürcher Stadtschreiber unter anderem zuständig für die Höheren Töchterschulen.

Die Heidi-Geschichten haben eine politische Komponente. 1874 wurde in die

Schweizer Verfassung die allgemeine Schulpflicht aufgenommen. Die praktische Umsetzung war aber schwierig, und es gab zahlreiche Widerstände.

In den beiden Heidi-Geschichten spiegelt sich das wider, und Johanna Spyri entwickelt Argumente, warum das Lesen so wichtig ist und dass es alle Kinder, auch die Mädchen, lernen müssen.

Eines der Probleme bei

### Johanna Spyri Heidi

Heidis Lehr- und Wanderjahre  
Heidi kann brauchen, was es gelernt hat



HOFENBERG

solcher Zahl, dass sie nicht als historische Zufallserscheinungen betrachtet werden können.

#### Die in der Einleitung beschriebene 1820 gegründete „Sonnengesellschaft“ in

Speicher steht am Anfang einer langen und fast kontinuierlichen Gründungswelle, und vermutlich war sie, zumindest am Anfang, auch das regionale Vorbild. Als Initiator gilt Landschreiber und Landsfährnrich Johann Heinrich Tobler, der Komponist des Landsgemeindelieds. Auf seinen Aufruf hin versammelten sich 18 Gemeindeeinwohner, welche „sich zu einer Gesellschaft gebildeter und bildungsliebender Männer zusammenschlossen, die sich die Aufgabe setzte, wöchentlich einmal zusammenzukommen und sich durch das Lesen von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, sowie durch mündliche Aussprache gegenseitig zu unterhalten und zu belehren“.

#### Eine kommunale Öffentlichkeit entsteht

Auf die Sonnengesellschaft in Speicher folgten rasch Lesegesellschaften in Heiden (1821) und Bühler (1822) und sukzessive im ganzen Kanton gebiet. Ende des 19. Jahrhunderts hatte jede außerrhodische Gemeinde (außer Schönengrund) ihre Lesegesellschaft, größere Gemeinden sogar mehrere, weil sich die einzelnen Quartiere und Gemeindebezirke eine eigene Vereinigung schufen. Alle verfolgten das Ziel, Literatur zu beschaffen und

(1) Lebendige Tradition – ein Projekt der Schweizer Eidgenossenschaft. Bundesamt für Kultur – <https://www.lebendige-traditionen.ch/tradition/de/home/traditionen/lesegesellschaften.html>

**Quellen:** Dr. Thomas Samuel Eberle: **Die Appenzeller Lesegesellschaften im Zeitalter des Fernsehens.** Sonderdruck aus: R. Dubs u. a.: Der Kanton St. Gallen und seine Hochschule. St Gallen 1989. **Stäfnerhandel – Historisches Lexikon der Schweiz.** <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017215/2012-02-27/>

Johanna Spyri, Heidis Lehr- und Wanderjahre und Heidi kann brauchen, was es gelernt hat. Zahlreiche Ausgaben auch als kostenloses Ebook.

der Schulpflicht war die mangelnde Qualität der Lehrer bzw. dass es vor allem in den Gebirgsregionen oft keine Lehrer gab. Im ersten Roman spiegelt sich das so: Heidi nimmt am Unterricht für Klara teil, dieser Unterricht ist grottenschlecht. Der als Hauslehrer angestellte Kandidat langweilt die Mädchen und Heidi lernt nicht einmal das Abc. Schließlich mischt sich aber die Großmama von Klara ein.

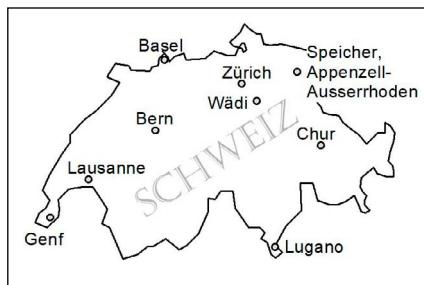
Heidi beklagt sich: „Lesen kann man nicht lernen, es ist zu schwer.“ „Das wäre! Und woher weißt du denn diese Neuigkeit?“ „Der Peter hat es mir gesagt und er weiß es schon, der muss immer wieder probieren, aber er kann es nie lernen, es ist zu schwer.“ „Heidi“, sagte nun die Großmama, „jetzt will ich dir etwas sagen: Du hast noch nie lesen gelernt, weil du deinem Peter geglaubt hast; nun aber sollst du mir glauben, und sage dir fest und sicher, dass du in kurzer Zeit lesen lernen kannst.“

In den katholischen Kantonen und Ge-

Zusammenkünfte abzuhalten, an denen belehrende Vorträge gehalten, lokale Angelegenheiten besprochen, allgemein politische Themen diskutiert wurden und auch die gesellige Unterhaltung nicht zu kurz kam. Besprochen wurden Neuerungen in den Schulverhältnissen, ihres Bezirkes, Anlegung von Bezirksstraßen, Verbesserung der Bedienung durch die Post, Einführung der Straßenbeleuchtung. Auch wurde die Finanzierung in die Hand genommen, die Gemeindebehörden für solche Wünsche interessiert und die Ausführung oft selbst übernommen.

#### Widerstand und Ausdifferenzierung

Die Beziehe zu Bewegungen, die Bürgerfreiheiten erreichen wollten, waren augenfällig. Die Lesegesellschaft von Stäfa



z.B. und ein dort vorgetragenes Memorial für die rechtliche und politische Gleichstellung mit dem städtischen Bürgertum, aber auch die Abschaffung des Zehnten und die Wiederherstellung der Gemeinderechte waren Ausgangspunkt für eine scharfe Auseinandersetzung zw-

Bundesamt für Kultur – <https://www.lebendige-traditionen.ch/tradition/de/home/traditionen/lesegesellschaften.html>

schen den ländlichen Eliten und der Zürcher Obrigkeit: Zürich untersagte das Verlesen des Memorials, das inzwischen seine Runde machte, es wurde jeglicher Handel mit Stäfa unterbunden und der Ort schließlich von Berner Truppen besetzt.

Einsetzende Parteigründungen und die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen bereicherten das Spektrum und veränderten die soziale Zusammensetzung und Funktion. Die Sonnengesellschaft in Speicher z.B. blieb ein Verein der „Mehrbesseren“, wie die Appenzeller sagten. Die Lesegesellschaft Bissau in Heiden beispielsweise war eine typische Arbeiter-Lesegesellschaft, die seinerzeit bewusst als Gegenorganisation gegen die noblen Leute im Dorf aus der Taufe gehoben wurde.

Gleichwohl entstanden in der Schweiz die Lesegesellschaften in einer Periode, in der eine Diskussion zur Reform des Schulwesens im Gange war: in einigen Regionen bestand die allgemeine Schulpflicht bereits über 200 Jahre (z.B. in Genf seit 1536). Historisch gesehen sind Lesegesellschaften Organisationen von Bürgern, die gutes Einkommen hatten und denen Wissen und Information, aber auch gemeinsame Befassung von Themen ein Anliegen waren, im Prinzip erste Einrichtungen der Erwachsenenbildung und, wie das Beispiel der Sonnengesellschaft zeigt, der kommunalen Selbstverwaltung.

dass du es nachher kannst.“ „Kann nicht“, bemerkte der Peter. „Dann will ich dir schon sagen, was kommt, wenn du nie etwas lernen willst: Deine Mutter hat schon zweimal gesagt, du müsstest auch nach Frankfurt ...“

Die Drohung mit der Fremde wirkt, Peter lernt tatsächlich einigermaßen lesen.

Eine ganzjährige Schule überstieg vor allem bei den vielen sehr kleinen Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten. Daher kam es vermehrt zu Gemeindeverbänden, die dann gemeinsam eine Schule für ihre Kinder einrichteten.

Am Schluss steht eine Mahnung, die Fähigkeiten der Kinder nicht verkommen zu lassen. Der Öhi sagt, dass er dem Heidi nichts hinterlassen könne, dass es keine Verwandten habe, außer der Tante, „die würde noch ihren Vorteil aus ihm ziehen wollen“. Daraufhin verspricht der reiche Herr Sesemann: „Nie in seinem Leben soll dieses Kind hinaus, um unter fremden Menschen sein Brot zu verdienen.“

meinden befürchteten größere Teil der Geistlichkeit, dass ihnen die Schäfchen ungehorsam werden. Johanna Spyri hält dagegen: Das erste Buch, das Heidi lesen kann, ist ein Erbauungsbuch über den verlorenen Sohn. Auch später kommt noch einmal der Nutzen des Lesens für die Religion: Heidi liest ihrer blinden Großmutter fromme Gedichte vor, für die alte Frau ein großer Trost.

Die Schulpflicht wurde lange Zeit nur eingeschränkt durchgeführt. Auf dem Land gab es nur eine Winterschule, im Sommer wurden die Kinder meist als Hirten eingesetzt. Der Geißepeter gehört auch zu diesen Kindern. Im zweiten Band nimmt sich Heidi den Geißepeter vor:

„Peter, ich weiß etwas“, rief es ihm entgegen. „Sag's“, gab er zurück. „Jetzt musst du lesen lernen“, lautet die Nachricht. „Hab's schon getan“, war die Antwort. „Ja, ja, Peter, so mein ich nicht“, eiferte jetzt das Heidi. „Ich meine so,

# Zadoff: Geschichte Israels, München 2020 – Differenziert und lesenswert

REZENSIONEN VON NOAM ZADOFF UND MICHAEL BRUMLIK: FLORIAN WEIS, WWW.ROSALUX.DE/NEWS/ID/43030

Einen landesgeschichtlichen Überblick auf rund 140 Seiten zu einem kontrovers betrachteten Gegenstand wie der Geschichte Israels zu geben, ist anspruchsvoll. Naom Zadoff ist in der notwendigen Verknappung eine überzeugende Darstellung gelungen, differenziert in der politischen Bewertung und anregend gerade durch den häufigen Einsatz von Zitaten und Beispielen aus Lyrik, Belletristik, Film und Musik.

In den ersten beiden Kapiteln werden die Entstehungsgeschichte des Zionismus sowie die Staatsgründung 1948 nach der Katastrophe der Shoah ebenso nachgezeichnet wie die damit einhergehende Flucht und Vertreibung von rund einer dreiviertel Million Palästinenser\*innen, der Nakba. Terroristische Gewaltverbrechen auf beiden Seiten an Zivilist\*innen, wie etwa alleine im April 1948 in Deir Jassin und am Skopus Berg, fallen in diese Phase, aber auch der innerjüdische Kampf zwischen dem sozialistisch geprägten Mehrheitsflügel des Zionismus unter Israels erstem Ministerpräsidenten David Ben Gurion und der revisionistischen Minderheit um Menachem Begin.

Im dritten Kapitel („Vom Schmelzriegel zur Mosaikgesellschaft“) werden die Spannungsverhältnisse zwischen religiösen und säkularen Israelis einerseits, zwischen den jahrzehntelang dominierenden europäisch geprägten Aschkenasim sowie den aus dem Irak, dem Jemen, Marokko und anderen arabischen Ländern einwandernden Misrachim anderseits dargestellt. Parallel dauerte es in einem schmerzhaften Prozess lange, bis die Leiden der Holocaust-Überlebenden, die anfangs etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten (S. 70), artikuliert und gehört werden konnten. Auch die Kibbuzim, die in den ersten Jahrzehnten

der israelischen staatlichen Existenz das Bild des Landes in Europa und den USA stark beeinflussten, obwohl nie mehr als eine/r von 15 Israelis in ihnen lebte, werden in einem Spannungsfeld zwischen „Nationalismus und Sozialismus“ dargestellt. Der vierte Abschnitt („Territorium und Grenzen 1967 bis 1977“) beschreibt die Unsicherheit in der israelischen Gesellschaft Mitte der 1960er Jahre und die übersteigerte Euphorie nach dem Sieg im Sechstagekrieg: „Der Messias ist gestern in Israel angekommen [...]. Dieses Mal trug der Messias Uniform.“<sup>1</sup>

Rasch folgten „erste Risse im Konsens“ (S. 88) nach dem Abnutzungskampf mit Ägypten 1968 bis 1970 und wachsende Zweifel: „Wenn wir spazieren gehen, dann sind wir zu dritt – Du und ich und der nächste Krieg.“<sup>2</sup>

Der auch auf israelischer Seite sehr verlustreiche und traumatisch nachwirkende Jom-Kippur-Krieg 1973 bereitete zwar einerseits dem Friedensabschluss von 1977 mit Ägypten indirekt den Weg, verstärkte aber auch den Prozess des Niedergangs des linken Lagers und mündete 1977 in den Sieg des rechten Lagers unter Menachem Begin. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, dominiert seitdem die israelische Rechte die Politik Israels, einer Rechten noch dazu, die sich im Laufe dieser Zeit erheblich radikalisiert hat.

Micha Brumlik: Antisemitismus. 100 Seiten; Reclam Verlag, Ditzingen 2020, 100 S., 10 EUR

„100 Seiten“ („für 100 Minuten“) heißt die Reclam-Reihe, in der Micha Brumliks Buch „Antisemitismus“ kürzlich erschienen ist. Ihm gelingt es darin überzeugend, in diesem kurzen Format eine Darstellung des Antisemitismus und Antijudaismus in den letzten 2 000 Jahren zu geben.

Eine zentrale Ursache für die im Vergleich zu den vorherigen Jahrhunderten wesentlich brutalere Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden in Europa ab dem ausgehenden 11. Jahrhundert sieht er in den beginnenden starken Umbrüchen dieser Gesellschaften, also keineswegs nur vordergründig in den Kreuzzügen (...). Trotz der dem Format geschuldeten knappen Gesamtdarstellung behandelt Brumlik die Thematik eines israelbezogenen Antisemitismus wohlzuwendung differenziert (S. 78ff.). Zum Vergleich von Antisemitismus und „heutiger Islamophobie“ formuliert er: „Für

eine strukturelle Ähnlichkeit des Antisemitismus im späten Kaiserreich mit der heutigen Islamophobie, für semantische Überschneidungen zwischen den Äußerungen Treitschkes und Thilo Sarrazins sowie auch Helmut Schmidts, liegen viele Indizien vor – Staatsanwälte würden von einem ‚begründeten Anfangsverdacht‘ sprechen.“ (S. 85).

Brumlik plädiert abschließend dafür, „(...) die Perspektive einer universalistischen Bildung zu den Menschenrechten sowie zu einem im Zeitalter der UN-Konventionen auch effektiv gewordenen Weltbürgertum an[zu]streben.“ (S. 99).

Langfassung der Rezension von Florian Weis: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/GK\\_Geschichte/Rezensionen/weis\\_brumlik\\_rezension\\_lang.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/GK_Geschichte/Rezensionen/weis_brumlik_rezension_lang.pdf) <https://www.rosalux.org.il/>



Das fünfte Kapitel („Verschwindende Grenze und Polarisierung der Gesellschaft 1977 – 1995“), das die erste Intifada der Palästinenser\*innen ab 1988 und den Oslo-Friedensprozess der neunziger Jahre einschließt, endet nicht zufällig mit der Ermordung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin durch einen jungen rechtsradikalen Israeli in einem aufgeheizten Klima, an dessen Entstehung zwei damalige Anführer des Likud, Ariel Sharon und Benjamin Netanyahu, ihren unseligen Anteil hatten. Der folgende Wahlkampf wurde, was Zadoff auslässt, auch unter dem Eindruck von schweren Selbstmordattentaten in Jerusalem und Tel Aviv, denen über 60 Menschen zum Opfer fielen, zu Gunsten der rechten Parteien entschieden und brachten erstmals Netanyahu an die Macht.

Bis weit in die 1980er Jahre hinein war Israel ein Land mit einer vergleichsweise geringen sozial-ökonomischen Ungleichheit. Das änderte sich ab den 1990er Jahren rasant und radikal. Vor diesem Hintergrund sind die großen Protestaktionen des Jahres 2011 zu sehen, die jedoch relativ schnell erlahmten und es nicht vermochten, soziale und ökonomische Gleichheit als zentrales Thema der israelischen Politik zu etablieren.

Das sechste Kapitel („Gemeinsam und getrennt. Araber und Juden seit dem Jahr 2000“) kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der andauernden Besatzung palästinensischer Gebiete und der schlechenden Aushöhlung des demokratischen Charakters Israels als deren Folge, die Zadoff sehr deutlich benennt, die Geschichte des Staates Israel auch eine Erfolgsgeschichte ist. Sichtbar wird dies etwa in den beeindruckenden wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen und dem generell hohen Lebensstandard. Gleichzeitig sieht der Autor die beiden Gesellschaften aber mittlerweile auf paradoxe Weise „untrennbar aneinander gebunden“ (S. 136), verstärkt noch durch die Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie und des Klimawandels. Ihre Zukunft müsse folglich eine gemeinsame sein.

(1) Zitiert aus der Tageszeitung Maariv, Zadoff, S. 86f.

(2) Hanoch Levin 1968, zitiert nach Zadoff, S. 88.

Hintergrundinformationen auch auf der Website des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<https://www.rosalux.org.il/>